

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer / Dr. Paul Barandon, Gesandter a. D. / Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie / Professor Dr. Carl Bilfinger, Direktor des Max-Planck-Instituts Heidelberg / Dr. v. Brentano, Fraktionsvorsitzender d. CDU / Bischof D. Dibelius, Berlin / Christian Fette, DGB / Prof. Dr. Karl Geller †, Ministerpräsident a. D. / Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger, Paderborn / Prof. Dr. Walter Jellinek, Heidelberg / Prof. Dr. Erich Kaufmann, Bonn / Reichstagspräsident Paul Löbe, Berlin / Erich Ollenhauer, 1. Vorsitzender der SPD / Bundesminister Dr. Hermann Schäfer / Dr. K. Schumacher † Dr. Herm. Weinkauff, Präsident des Bundesgerichtshofes

VORSTAND

Prof. Dr. Eduard Wahl, MdB, Heidelberg (1. Vorsitzender) / Prof. Dr. Walter Erbe, MdL., Tübingen (stellv. Vors.) / Dr. Otto Junghann, Regierungspräsident a. D., Hannover (stellv. Vorsitzender) / Senator a. D. Otto Bach, Berlin / Oskar Barthels, Gerichtsreferendar, Heidelberg / Dr. Carl E. Bloem, Rechtsanwalt, Mannheim / Dr. Julius Fehsenbecker, Beigeordneter der Stadt Mannheim / Dr. Heribert Knott, Rechtsanwalt und Kanzler der Erzdiözese Köln / Dr. Gerd Lengeling, Rechtsanwalt, Eppingen / Frau Emmy Meyer-Laule, MdB, Heidelberg / Ludwig Rosenberg, Mitglied des Bundesvorstandes des DGB / Vortrag. Leg.-Rat Dr. v. Trützschler, Ausw. Amt, Bonn / Dr. Rudolf Weeber, Direktor im Ev. Oberkirchenrat Stuttgart

*

GENERALSEKRETÄR

Hans Pfenninger

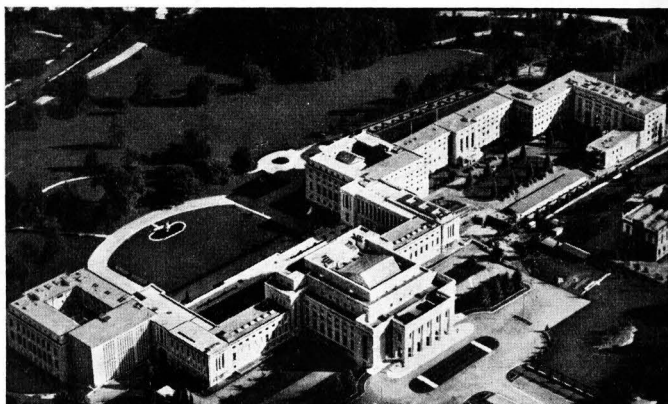
*

GENERALSEKRETARIAT

HEIDELBERG
Hauptstraße 244
Telefon Nr. 3128



DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN



Das „PALAIS DES NATIONS“ in Genf —
Europäischer Sitz der Vereinten Nationen, Schauplatz der Ostasien-Konferenz,
die am 26. April 1954 eröffnet wurde

Die UNESCO

(United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organisation)

„Da die Kriege ihren Ursprung im Geist der Menschen haben, muß auch die Verteidigung des Friedens im menschlichen Geist aufgebaut werden.“ — Dieses Wort steht in der Präambel zur Verfassung der UNESCO. Wer diese Notwendigkeit anerkennt, kann nicht mehr unbeteiligt an der Arbeit der UNESCO vorübergehen, die als Kulturorganisation der Vereinten Nationen den Auftrag hat, den Frieden zwischen den Völkern mit den Mitteln der Wissenschaft und der Erziehung vorzubereiten.

Der Grundstein zum Frieden muß im Geist der Menschen gelegt werden. Aber dieser Geist braucht Werkzeuge und Material, um seine Bollwerke zu errichten. Eben dies will die UNESCO den Völkern der Welt liefern: Keine schlüsselfertigen Ideologien, auch keine amerikanische Fertigware, sondern Rohstoff.

Werkzeuge — das ist: Lesen, Schreiben, Rechnen, Sich-Orientieren-Können. Noch aber sind mehr als die Hälfte der Menschen auf der Welt Analphabeten.

Und Rohstoff — das ist das von Land zu Land frei ausgetauschte, im Sinne der Erklärung der Menschenrechte allen zugängliche Wissen.

Nirgends — dies ist das Neue und Wesentliche an der UNESCO — wird es einer Nation aufoktroiert. Die UNESCO will auch nicht missionieren oder kolonisieren. Sie will vielmehr die Völker der Welt unter Wahrung und Achtung der Kultur jedes Landes zu einem gegenseitigen friedlichen Austausch ihrer kulturellen und technischen Güter und ihrer Erfahrungen anregen. Oft braucht sie dabei nicht mehr als die vermittelnde Instanz zu sein. Den Nationen unter ihren 69 Mitgliedstaaten, die durch Kriege, Naturkatastrophen, Übervölkerung verarmt und zurückgeblieben sind, schickt sie Hilfe, praktische Hilfe (TECHNICAL ASSISTANCE): Sie schickt ihnen Lehrer, Unterrichtsmaterial, physikalische, chemische, handwerkliche Geräte, Büchereien, Filme, Tonbänder . . . einen Strom von Wissen, aber einen Strom, dessen Lauf die Behörden der empfangenden Länder selbst bestimmen. Vielfach, wie in Indien, in Pakistan, in Libyen, in Mexiko, in Ekuador, sind die UNESCO-Vertreter nur Berater der schon bestehenden Regierungs-Organisationen, zusammen übrigens mit den Abgesandten der anderen UN-Sonderorganisationen: Ärzten und Schwestern der WHO und UNICEF, Ingenieuren und Landwirtschaftsexperten der FAO.

Sie vermittelt aber auch zwischen den hoch- und höchstentwickelten ihrer Mitgliedstaaten den Austausch von Wissen und Informationen. Diesem Gedanken dienen die Experten-Seminare über Fragen der Pädagogik, Kunst, Film, Wüstenforschung usw., Stipendien für Wissenschaftler und Studenten, die Austauschreisen von Arbeitern und die Kurse im UNESCO-Arbeiterseminar in La Brévière, Frankreich, die Wanderausstellungen der UNESCO, die Abkommen über die zollfreie Einfuhr von Büchern, Filmen, Tonbändern usw., das Welturheberrechts-Abkommen, das in Vorbereitung befindliche Abkommen über eine „Kulturkennkarte“, die Wissenschaftlern, Künstlern, Journalisten und Studierenden ermäßigte Studienreisen ins Ausland ermöglichen wird, die Bildung eines Internationalen Musikrats, eines Internationalen Theaterinstituts und einer Internationalen Vereinigung für Bildende Kunst.

Die periodischen Informationsblätter und Zeitschriften der UNESCO (Monatszeitschrift COURIER) und ihre Publikationen, — jedes Jahr mehrere Hundert, —

Übersichten und Handbücher über das Erziehungs-wesen in allen Ländern der Welt, Bibliographien der Erwachsenenbildung, der Grunderziehung (FUNDAMENTAL EDUCATION) in den unterentwickelten Ländern, des Bibliothekswesens (Vocabularium bibliothecarii, Index Translationum), des Weltnachrichtenswesens usw., sind ebenfalls Schritte auf diesem Weg, an dessen Ende die friedliche Zusammenarbeit der Völker stehen wird.

An all diesen internationalen Arbeitsgebieten der UNESCO beteiligt sich auch Deutschland seit seinem Beitritt zur UNESCO (1951).

Innerhalb Deutschlands gehört zu den besonderen Aufgaben der UNESCO:

Die Förderung des Volksbüchereiwesens, z. B. die Erstellung von Startbüchereien, die an kleinere Orte leihweise vergeben werden; viel beachtet wurde eine Denkschrift der Deutschen UNESCO-Kommission: „Deutschland braucht Büchereien“.

Die Schulbuchvergleiche und -verbesserung, in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Schulbuchinstitut, Braunschweig. Zur Zeit steht Deutschland mit 27 anderen Ländern im Austausch, um Geschichts- und Geographiebücher darauf zu prüfen, ob sie dem Gedanken der Völkerverständigung dienen oder Abbruch tun.

Die „Erziehung zum Leben in der Weltgemeinschaft“ („Education for Living in a World Community“) durch Verbreitung der „Erklärung der Menschenrechte“, Veranstaltungen zum Tag der Menschenrechte, Herausgabe deutscher UNESCO-Broschüren und Schriftenreihen zu diesem Thema, und Ausdehnung der UNESCO-Arbeit auf das Gebiet der „Politischen Bildung“ unter dem Aspekt dieses „Lebens in der Weltgemeinschaft“.

Ein praktischer Zweig dieses Programms ist auch die Teilnahme Deutschlands am „Geschenkgutscheinplan“, durch den die Schüler und Jugendorganisationen der wirtschaftlich besser gestellten Länder der Welt Unterrichtsmaterial — Bücher, Karten, Geräte usw. — an die Schulen in den Notstandsgebieten der Welt schicken. Die UNESCO als Sonderorganisation der Vereinten Nationen besteht seit 1946. Ihr ständiges Sekretariat (unter dem Generaldirektor Dr. Luther Evans) hat seinen Sitz in Paris. Die nächste Generalversammlung, die das Arbeitsprogramm für die kommenden zwei Jahre festlegen wird, findet im Oktober 1954 in Montevideo statt.

Westdeutschland ist durch die Bundesregierung Mitglied der UNESCO, die auch ihre Vertreter zu den Generalversammlungen entsendet. Federführend ist das Auswärtige Amt durch seine Kulturabteilung. Die Wahrnehmung der laufenden Aufgaben und die Festsetzung des UNESCO-Programms für Deutschland besorgt die Nationalkommission, gebildet durch Regierungsvertreter (Auswärtiges Amt, Bundes-Innenministerium, Länder-Kultusverwaltungen, Abgeordnete des Bundestages), alle großen westdeutschen Kulturorganisationen (Hochschul- und Volkshochschulverbände, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Lehrerverbände, Bundesjugendring, Frauenorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, den Deutschen Städtetag, Filmwirtschaft, Rundfunkanstalten, Börsenverein usw.) und Persönlichkeiten des kulturellen Lebens als freie Berater.

Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission ist Prof. Dr. Walter Erbe, Tübingen; 1. Vizepräsident Dr. Dolf Sternberger, Frankfurt; 2. Vizepräsident Dr. Heinz Küppers, Düsseldorf. Das ständige Sekretariat ist in Köln, Komödienstraße 40 (Generalsekretär Kurt Frey).
Brigitte Gnauck

AUS DEN VEREINTEN NATIONEN

VIII. Vollversammlung

Im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York tagte vom 15. September bis 9. Dezember 1953 die UN-Vollversammlung unter dem Vorsitz von Frau Vijaya Lakshmi Pandit (Indien). In den Mitteilungsblättern Nr. 3 und 4 haben wir über wichtige Beschlüsse der Vollversammlung berichtet. Heute sollen die übrigen Arbeitsergebnisse zusammenfassend dargestellt werden.

Die Kriegsgefangenenfrage

New York — In der Debatte über den Tagesordnungsplan „Maßnahmen zur friedlichen Lösung der Kriegsgefangenenfrage“ im 3. Komitee (Soziale und kulturelle Fragen) wurde neben Staatssekretär Prof. Dr. Hallstein als Vertreter der Bundesrepublik auch den italienischen und japanischen Vertretern das Wort erteilt. Gastone Guidotti (Italien) führte aus, daß über das Schicksal von 63 000 italienischen Soldaten, die an der Ostfront eingesetzt waren, nichts bekannt sei. Er appellierte an die Sowjetunion, Auskunft über den Verbleib dieser Soldaten zu erteilen, die Gefangenen menschlich zu behandeln und alle, denen keine wirklichen Kriegsverbrechen zur Last gelegt wurden, freizugeben. Der japanische Vertreter Renzo Sawada gab an, daß sich nunmehr noch 85 000 namentlich bekannte Japaner in Kriegsgefangenschaft befänden.

Die weißrussische Delegierte Novikova entgegnete, daß die Sowjetunion die deutschen, japanischen und sonstigen Kriegsgefangenen schon seit langem entlassen habe. Vielmehr hätten amerikanische und japanische Stellen die Tatsachen verfälscht und die Namen von Personen angegeben, die schon lange repatriert worden oder verstorben seien. Im übrigen seien die Vereinten Nationen für diese Frage nicht zuständig und die in diesem Zusammenhang tätige Sonderkommission sei dazu bestimmt, Feindschaft und Haß zu schüren und den internationalen Frieden zu gefährden. Delegierte von Brasilien, Chile, China, Kuba, Peru und den Vereinigten Staaten betonten jedoch, daß nach ihrer Überzeugung entgegen den Angaben der Sowjetunion noch eine große Anzahl von Gefangenen des zweiten Weltkrieges festgehalten würden.

Nach mehrtägiger Debatte wurde dem Plenum ein revidierter Entwurf vorgelegt, der am 7. Dezember mit 46 gegen 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen wurde; diese Resolution stellt nach der Prüfung des Berichts des Generalsekretärs über die Arbeit der Sonderkommission zur Lösung der Kriegsgefangenenfrage fest, daß alle Personen, die während des zweiten Weltkrieges von den Alliierten gefangen genommen wurden, nach internationalem Brauch und der Genfer Konvention von 1949 sowie nach besonderen Vereinbarungen der Alliierten schon längst hätten freigelassen werden müssen. Es wird mit Befriedigung verzeichnet, daß im Laufe der letzten zwei Jahre einiger Fortschritt erzielt wurde; die Regierungen, die hierzu beigetragen haben, und das Internationale Rote Kreuz werden aufgefordert, diese Anstrengungen fortzusetzen. Die Vollversammlung fordert alle Gewahrsamsländer auf, im Einklang mit den genannten Abmachungen zu handeln, allen Gefangenen ohne Verzug die Gelegenheit zur Heimkehr zu geben und jede verfügbare Auskunft über das Schicksal der Vermißten zu erteilen.

Die Abrüstungsfrage

Der jährliche Bericht der Abrüstungskommission an die Vollversammlung führte im ersten Komitee (Poli-

tische und Sicherheitsfragen) zu einer erneuten Diskussion der Abrüstungsfrage. Mit 54 Stimmen ohne Gegenstimme bei 5 Enthaltungen wird erneut der Wunsch der Völker nach baldiger Übereinstimmung in der Abrüstungsfrage bekräftigt, die Kommission zur Fortsetzung der Arbeit ersucht und die Mitgliedstaaten, vor allem die Großmächte, aufgefordert, die Abrüstungskommission und ihre Aufgaben zu unterstützen. Ferner wird der Abrüstungskommission empfohlen, die Zusammenstellung eines Unterausschusses mit den hiervon besonders betroffenen Mächten zu prüfen, um auf dieser Ebene ein Übereinkommen mit den Großmächten zu ermöglichen. Ein sowjetischer Entwurf, der das Verbot von Mitteln der Massenzerstörung ohne internationale Kontrolle sowie der Errichtung von militärischen Stützpunkten in freien Ländern vorsah, wurde mit großer Mehrheit verworfen.

Beschlüsse über Wirtschaftsfragen

Die Arbeit des zweiten Komitees (Wirtschafts- und Finanzfragen) wurde beherrscht von den Beratungen über die Errichtung eines Sonderfonds für unterentwickelte Gebiete, aus dem einzelne Länder über die Technische Hilfe und das Erweiterte Technische Hilfsprogramm hinaus Wirtschaftshilfe durch langfristige und niedrig verzinsten Darlehen erhalten sollen. Den Anstoß hierzu gab eine Empfehlung des Wirtschafts- und Sozialrats, wonach die bei einer internationalen Abrüstung eingesparten Gelder teilweise für diesen Zweck verwendet werden sollen.

Dieser Vorschlag wurde von fast allen Delegationen gutgeheißen und zahlreiche Delegierte setzten sich darüber hinaus dafür ein, den Fonds unabhängig von der Abrüstungsfrage sofort zu errichten. Andere Delegationen erklärten jedoch, daß ihr Land vor einer allgemeinen Abrüstung hierfür keine Mittel zur Verfügung stellen könne.

Zum Wiederaufbau von Korea und des im zweiten Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogenen Libyen wurde beschlossen, die bisherigen Programme der Vereinten Nationen auch in Zukunft zu verfolgen.

Vollversammlung verurteilt Zwangsarbeit

Im dritten Komitee (Soziale und kulturelle Fragen) stand außer der Kriegsgefangenenfrage noch der Bericht des Sonderkomitees zur Frage der Zwangsarbeit zur Debatte.

Gegen die Stimmen der osteuropäischen Staaten und bei Stimmenthaltung mehrerer südamerikanischer, afrikanischer und asiatischer Staaten wurde eine Resolution angenommen, die die Wichtigkeit der Abschaffung der Zwangsarbeit unterstreicht und den Wirtschafts- und Sozialrat sowie die Internationale Arbeitsorganisation auffordert, den Bericht des Sonderkomitees alsbald zu prüfen. Das Sonderkomitee wurde gebeten, auf der IX. Vollversammlung einen erneuten Bericht über die derzeitigen Verhältnisse in dieser Frage zu übermitteln.

Wahl für den Intern. Gerichtshof

Am 27. November wählte das Plenum mit absoluter Mehrheit Feodor Ivanovich Kozhevnikov (UdSSR) zum Richter in den Internationalen Gerichtshof; vorher hatte der Sicherheitsrat die erforderliche Zustimmung zu dieser Wahl erteilt. Richter Kozhevnikov nimmt dieses Amt an Stelle von Richter Golounsky (UdSSR) ein, der im vergangenen Sommer seinen Rücktritt bekanntgab (vgl. Mitt.Bl. Nr. 3, S. 2).

Am 30. November verstarb Sir Benegal Rau (Indien), der seit Februar 1952 am Internationalen Gerichtshof war. Die Vollversammlung gedachte in einer Minute des Schweigens des Verstorbenen. Frau Pandit, die Präsidentin der Vollversammlung, würdigte das Werk und die Verdienste Sir Benegals, den sie als außer-

gewöhnlichen indischen Juristen und Politiker bezeich-
nete. Der Verstorbene war von 1949—1952 der ständige
Vertreter Indiens bei den Vereinten Nationen; in dieser
Eigenschaft setzte er sich nachdrücklich für die Völker-
verständigung ein. Nach Ausbruch der Feindseligkeiten
in Korea bemühte er sich um die Einstellung der
Kampfhandlungen und versuchte, eine Ausweitung des
Krieges auf andere Gebiete zu verhindern.

Die Europäische Wirtschaftskommission der UN

Genf — Die Europäische Wirtschaftskommission der
Vereinten Nationen hielt in der Zeit vom 9.—22. März
1954 ihre 9. Sitzungsperiode in Genf ab, an der Vertre-
ter von 27 europäischen Ländern und der Vereinigten
Staaten von Amerika teilnahmen. Zum Vorsitzenden
wurde der tschechoslowakische Botschafter in London,
Josef Ullrich, wiedergewählt, zum stellvertretenden
Vorsitzenden der Leiter der griechischen Delegation,
Xenophon Zolotas, ernannt.

Auf der Tagesordnung standen zwei Punkte — wie
üblich — an erster Stelle:

1. Diskussion über die Wirtschaft Europas im Jahre
1953 unter Zugrundelegung der Untersuchung über
die wirtschaftliche Lage in Europa im Jahre 1953¹⁾
sowie der Berichte der 19 Delegationsführer über den
wirtschaftlichen Stand ihrer Länder.
2. Prüfung der Tätigkeit der Untergänge im Verlauf
des Jahres 1953, gestützt auf die Arbeitsberichte der
Fachausschüsse der Kommission.

Die Diskussionen erstreckten sich ferner auf drei wei-
tere Probleme, die bis jetzt noch nicht eingehend be-
handelt worden waren:

1. Untersuchung der wirtschaftlichen Lage in den unter-
entwickelten Gebieten Südeuropas. Fast die Hälfte
der oben erwähnten Veröffentlichung war einer Ana-
lyse dieses Problems gewidmet und enthielt Emp-
fehlungen an die betreffenden Staaten zur Herbei-
führung einer beschleunigten Wirtschaftsentwicklung
dieser Gebiete.
2. Prüfung einer Studie über die Probleme der euro-
päischen Landwirtschaft, die von der ECE in Zu-
sammenarbeit mit der Ernährungs- und Landwirt-
schaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)
herausgegeben wurde.
3. Intensivierung der Zusammenarbeit mit den anderen
regionalen Wirtschaftskommissionen des Wirtschafts-
und Sozialrates, der Wirtschaftskommission für
Asien und den Fernen Osten (Economic Commission
for Asia and Far East = ECAFE) und der Latein-
amerikanischen Wirtschaftskommission (Economic
Commission for Latin America = ECLA).

Schließlich wurde noch das Arbeitsprogramm für das
kommende Jahr 1954/55 festgelegt, sowie der Bericht,
der dem Wirtschafts- und Sozialrat bei seiner nächsten
Sitzung in Genf im Sommer 1954 vorgelegt werden soll,
diskutiert.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Frage der
Entwicklung des Handels, insbesondere zwischen Ost
und West, sämtliche anderen Probleme überschattete
und im Verlauf der Debatten über die Entwicklung
Südeuropas wie auch über die Arbeitsberichte der Fach-
ausschüsse immer wieder hervortrat. Sowohl die west-
als auch die osteuropäischen Delegationen sprachen sich
für eine weitere Förderung der Handelsbeziehungen
zwischen Ost und West aus. So können diese allge-
meinen Diskussionen als gute „klimatische“ Vorberei-
tung der am 20. April in Genf beginnenden Ost-West-
Handelskonferenz angesehen werden. Hier zeigte sich

¹⁾ Economic Survey of Europe in 1953, including a Study of
Economic Development in Southern Europe, 320 Seiten,
ECE, Genf 1954, in engl., franz. und russischer Sprache er-
schienen.

der Erfolg der zähen Arbeit des Exekutivsekretärs der
Kommission, Prof. Gunnar Myrdal, der während der
vorangegangenen Monate durch Fühlungnahme mit
den einzelnen europäischen Regierungen und persön-
liche Besuche in vielen europäischen Hauptstädten die
Atmosphäre vorbereitet hatte. Bekanntlich vertritt
Prof. Myrdal die Auffassung, daß eine Ankerbelung
der Handelsbeziehungen zwischen Ost und West, ins-
besondere den europäischen Staaten dies- und jenseits
des Eisernen Vorhangs, den entscheidenden Beitrag zu
einer Entspannung der politischen Lage leisten könnte
und außerdem zu einer Hebung des Lebensstandards
aller beteiligten Partner führen werde.

Nach mehrtägigen Aussprachen zwischen den einzelnen
Delegationen und im Plenum nahm die Kommission
einstimmig einen britisch-sowjetischen Resolutionsent-
wurf an, der die Wiederaufnahme der Tätigkeit des
Ausschusses zur Förderung der Handelsbeziehungen
forderte. Die Entschliebung stellte ein vorläufiges Ar-
beitsprogramm für diesen Ausschuß, dessen Arbeit seit
1949 ruhte, auf, als dessen Hauptpunkte die Aufhebung
der Außenhandelsbeschränkungen und der Abschluß
langfristiger und multilateraler Handels- und Zah-
lungsabkommen sowie die Förderung von Messen und
Ausstellungen hervorzuheben sind.

Ein Resolutionsvorschlag von polnischer Seite, die bei-
den Teile Deutschlands als gleichberechtigte Partner in
die Europäische Wirtschaftskommission aufzunehmen,
wurde von westlicher Seite abgelehnt mit der Begrün-
dung, daß Deutschland als besetztes Land in der ECE
gemäß der Satzung des Wirtschafts- und Sozialrates
nur über die Besatzungsmächte mitarbeiten könne. Der
amerikanische Delegierte schlug vor, es bei dem status
quo zu belassen, wonach deutsche Vertreter in den De-
legationen der vier Besatzungsmächte mitarbeiten. Auf
schwedischen Antrag wurde schließlich die Abstimmung
über diesen Punkt vorläufig zurückgestellt. Der Reso-
lutionsentwurf soll dem Wirtschafts- und Sozialrat
bei dessen nächster Sitzung vorgelegt werden.

Das Kinderhilfswerk der UN

Neues Programm der UNICEF

New York — Am 1. März 1954 trat der Verwaltungsrat
der UNICEF in New York zusammen, um rund 50 neue
Projekte in Asien, Lateinamerika, Afrika, Europa und
dem Nahen Osten zu prüfen und die Aufteilung der
zur Verfügung stehenden ca. 5,5 Millionen Dollar zu
beschließen. Der Rechenschaftsbericht, der bei dieser
Gelegenheit über die Arbeit des Jahres 1953 erstattet
wurde, gibt eindrucksvolle Zahlen wieder. So wurden
u. a. nicht weniger als 16 Millionen Menschen durch die
Bekämpfungsmaßnahmen der UNICEF gegen die Ma-
laria geschützt, 9 Millionen Kinder wurden gegen die
Tuberkulose geimpft und 1,5 Millionen Fälle von Fram-
bösie, eines tropischen Ausschlags, behandelt. 1,25 Mil-
lionen Mütter und Kinder wurden durch UNICEF in
Katastrophenfällen mit ausreichender Nahrung ver-
sorgt.

Der Verwaltungsrat beschloß die Zuteilung von 3,8 Mil-
lionen Dollar, von denen 895 000 Dollar für Einrich-
tungen zur Milchveredlung und -konservierung, vor
allem in Lateinamerika, 871 000 Dollar für das Hilfs-
programm für Mutter und Kind und 520 000 Dollar für
den Kampf gegen Malaria und Typhus verwendet wer-
den sollen. Die geographische Aufteilung sieht 1 040 000
Dollar für Projekte in Asien, 217 000 Dollar in Afrika,
492 000 Dollar im Nahen Osten, 320 000 Dollar in Europa
und 1 164 500 Dollar in Lateinamerika vor; 610 000 Dol-
lar werden für spezielle Untersuchungen, für Fracht-
kosten u. ä. verwendet werden. Die Tuberkulose-Im-
pfungen sollen auf 14 Millionen Kinder ausgedehnt wer-
den, die Behandlung der Frambösie und der Syphilis

auf über 1,75 Millionen Kinder. Für Katastrophenfälle und besondere Notgebiete, vor allem in Korea und Japan, wird die Hilfe etwa verdreifacht werden.

Nigerias Kampf gegen Krankheiten

New York — Die Regierung von Nigeria hat mit der Weltgesundheitsorganisation und der UNICEF ein Abkommen zur langfristigen Bekämpfung der am stärksten grassierenden Krankheiten Malaria, Frambösie und Lepra getroffen. Auch die hohe Kindersterblichkeit in diesem Gebiet soll mit Hilfe der Vereinten Nationen eingedämmt werden. Am gefährlichsten dürfte die Malaria sein, die über das ganze Land verbreitet ist. Insgesamt wird UNICEF rund 320 000 Dollar für dieses Programm zur Verfügung stellen.

Ersie Hilfe im Irak

Bagdad — Über 100 000 Mütter und Kinder aus Bagdad, die Opfer der Überschwemmungskatastrophe in der ersten Hälfte April 1953 wurden, konnten durch UNICEF mit den notwendigsten Lebensmitteln, Medikamenten, Seife usw. versorgt werden. Da die ungeheure Zahl von Obdachlosen die Gefahr des Ausbruchs von Seuchen außerordentlich gesteigert hatte, war dringendes Eingreifen geboten. UNICEF konnte als erste internationale Organisation dem Hilferuf der Regierung des Irak Folge leisten und Hilfsmittel für 53 000 Dollar in Bagdad zur Verfügung stellen.

Verkauf der UNICEF-Karten 1953

Paris — Der Verkauf der UNICEF-Weihnachtskarten in aller Welt brachte im Jahre 1953 einen Nettoertrag von 95 000 Dollar gegenüber 76 000 Dollar im Jahre 1952. Dieser Betrag reicht aus, um 2 Millionen Kinder gegen Tuberkulose zu impfen oder 750 000 junge Opfer der Frambösie zu heilen. Insgesamt wurden 2 Millionen Weihnachtskarten verkauft; im Jahre 1954 ist eine Erhöhung dieser Zahl auf 3 Millionen Karten vorgesehen.

Die Weltgesundheitsorganisation

Schwestern - Pioniere der Gesundheit

Genf — Der neugewählte Generaldirektor der WHO, Dr. M. G. Candau, hat in einem Aufruf zum Weltgesundheitsstag 1954 die Arbeit der Krankenschwestern, die er als Pioniere der Gesundheit bezeichnet, gewürdigt. U. a. führt Dr. Candau aus:

„Die Bedeutung der Krankenschwester und ihrer vielfältigen Arbeit, den Menschen auf der Welt zu vollkommener Gesundheit zu verhelfen, ist das Thema, das die WHO für den Weltgesundheitsstag 1954 vorgeschlagen hat. Es ist gut, daß die Menschheit sich an diesem Tag der großen Vorkämpferin für den Schwesternberuf, Florence Nightingale, erinnert. Wir verdanken ihr die ersten Leitsätze, die der heutigen modernen Krankenpflege wie auch dem Werk der WHO zugrunde liegen. Florence Nightingale hat erkannt, daß für diese Aufgaben ein liebevolles Herz nicht ausreicht, sondern daß die Kunst, Kranke zu pflegen, und das Wissen um Leben und Tod so wichtig und schwierig sind, daß sie wie jeder andere Beruf durch Erfahrung und sorgfältiges Studium erlernt werden müssen.“

Sie hat der Welt einen neuen Begriff von dem Können und der Stellung der gelernten und ausgebildeten Frau in der Gesellschaft vermittelt, den wir in seiner konkreten Form in dem modernen Pflegeberuf wiederfinden, in dem Beruf, der zur Geduld, der notwendigen Eigenschaft der Krankenschwester, noch die überlegene Ruhe durch wissenschaftliche und technische Ausbildung verleiht. . . . Die Welt benötigt mehr und mehr Krankenschwestern. In den glücklichsten Teilen unserer Erde kommt schätzungsweise eine ausgebildete Krankenschwester auf 300 Einwohner, während in einer Reihe anderer Länder das Verhältnis etwa 1 zu 100 000 beträgt.

Im Namen der Weltgesundheitsorganisation gebe ich deshalb der Hoffnung Ausdruck, daß e in Ergebnis des Weltgesundheitsstages 1954 die Tatsache sein wird, daß noch mehr junge charaktervolle Frauen diesen Beruf für ihre zukünftige Laufbahn wählen, diesen Beruf, der denen, die ihn ausüben, soviel Befriedigung gibt.“

Die Kindersterblichkeit 1900 - 1952

Genf — Statistische Untersuchungen für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts geben Aufschluß darüber, daß die Kindersterblichkeit zwischen 1900 und 1952 in eindrucksvoller Weise zurückgegangen ist. In 30 Ländern, deren Zahlenmaterial zur Verfügung stand, ist ein durchschnittlicher Rückgang von 70—80 % in diesem Zeitraum zu verzeichnen; im ersten Viertel des Jahrhunderts sank die Kindersterblichkeit um rund ein Drittel (zwischen 17 und 51 %), im zweiten Viertel des Jahrhunderts erreichte der Rückgang etwa 50 % (zwischen 41 und 87 %). Während im Jahre 1900 im Durchschnitt über 200 von 1000 lebend geborenen Kindern vor der Vollendung ihres ersten Lebensjahres starben (die Zahlen gehen von 264—75), wurde die Sterblichkeitsziffer in einigen besonders glücklichen Ländern sogar bis auf ca. 20 von 1000 Kindern herabgedrückt. Nachstehend geben wir einen Auszug aus dem Bericht „WHO Epidemiological and Vital Statistic Report, Vol. 7, No. 1, 1954“:

Länder	1901—05	1921—25	1952	Proz. Rückgang 1901—52
Belgien	148	—	35	71 %
Dänemark	119	—	29	76 %
Deutschland	199	—	48	76 %
England und Wales	138	—	27	80 %
Frankreich	139	—	41	71 %
Italien	167	—	64	62 %
Niederlande	136	—	23	83 %
Schweden	91	—	20	78 %
Schweiz	134	—	29	78 %
USA	—	74	29	61 % (1921—52)
Kanada	—	98	38	61 % (1921—52)
Chile	264	—	134	50 %
Australien	97	—	24	71 %
Neuseeland	75	—	24	76 %
Indien	—	206	116	43 % (1921—52)
Ceylon	171	—	78	78 %
Ägypten (Städte)	—	208	163	20 % (1931—52)

Studienkommission der WHO in Deutschland

Bonn — Eine Studienkommission der Weltgesundheitsorganisation, die sich aus Vertretern der Gesundheitsverwaltungen von 19 europäischen Ländern und aus zwei Gesundheitsingenieuren zusammensetzte, stattete der Bundesrepublik in der Zeit vom 1. bis 15. April 1954 einen Besuch ab. Sie stand unter der Leitung von Sir Andrew Davidson, dem Leiter der schottischen Gesundheitsverwaltung, und Dr. E. Aujaleu, Abteilungsleiter im französischen Gesundheitsministerium. In den ersten Tagen ihres Besuches wurden die Gäste mit den Problemen der deutschen Gesundheitsverwaltung, der Sozialversicherung, des Versorgungswesens und der Arbeitsmedizin vertraut gemacht. In Nordrhein-Westfalen besuchten sie Anlagen für Trinkwasserbereitung und Abwasserbeseitigung im Bereich des Ruhrverbandes, ferner das Forschungsinstitut für Silikosebekämpfung in Bochum und das Silikosekrankenhaus im Kloster Grafschaft bei Meschede. Weiter besichtigte die Studiengruppe das Institut für Arbeitspsychologie in Dortmund und Gesundheitsämter in Gelsenkirchen, Kempen und Oberhausen. Sie machte sich mit der praktischen Arbeit der Gesundheitsämter vertraut und unterrichtete sich über den Gesundheitszustand der Bevölkerung.

Am 9. April fuhr die Studienkommission nach Regens-

burg, um die ländlichen Gesundheitsämter in Landshut, Straubing und Regen sowie Flüchtlingslager und Flüchtlingsiedlungen bei Passau zu besichtigen. Der 14. und 15. April war Abschlußbesprechungen in Bonn gewidmet. Bei Abschluß ihrer Studienreise erklärten die Mitglieder der Kommission, daß das deutsche Gesundheitswesen unter schwierigen Umständen nach dem Kriege wieder aufgebaut worden sei. Durch intensive Tätigkeit seien die gesundheitlichen Schäden der Kriegs- und Nachkriegszeit in einem für Fremde überraschend weitgehenden Maße behoben worden. Die deutsche Gesundheitspflege habe wieder den internationalen Stand erreicht.

Die Internationale Arbeitsorganisation

Die Zahl der Wochenarbeitsstunden

Genf — Eine vergleichende Statistik über die Zahl der Wochenarbeitsstunden für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft in 36 Ländern der Welt zeigt im Auszug folgendes Bild:

Land	Wochenarbeitsstunden		
	Staatsdienst	Post	Privatwirtschaft
Argentinien	30—35	30	44
Australien	37	40	40
Bundesrepublik	48	48	48
Brasilien	33	33	48
Frankreich	42	42	45—48
Großbritannien	42	48	44
Indien	36	36	48
Israel	42,5	42,5	47
Japan	44	44	48
Jugoslawien	42	42	48
Kanada	39—42	44	40—48
Niederlande	41,5	48	48
Schweden	42	42	48
Schweiz	45	48	48
Südafrik. Union	39—44	48	40—46
Türkei	36,5	48	48
USA	40	—	40
Venezuela	39	39	48

180 Millionen Familien

Genf — In seinem diesjährigen Weltarbeitsbericht, der am 2. Juni in Genf der Internationalen Arbeitskonferenz vorgelegt werden wird, stellt der Generaldirektor David E. Morse fest, daß 180 Millionen Menschen auf der Welt noch in Höhlen, Bäumen und Hütten leben. Die Wohnungsnot umfaßt mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung, davon sogar 30 Millionen in wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern. Der Generaldirektor vertritt die Auffassung, daß zur Beseitigung der Wohnungsnot viel durch private Initiative erreicht werden könne, diese jedoch allein nicht ausreichte; deshalb müsse die Unterstützung der Regierungen hinzukommen. Die Welt habe erkannt, daß Hunger und Armut nicht geduldet werden dürfen. Sie sei sich aber noch nicht genügend der Tatsache bewußt geworden, daß die erschreckenden Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in vielen Teilen der Welt Glück, Zufriedenheit und Arbeitsfreude schädigten und somit eine Gefahr für den sozialen Frieden darstellten. Der Generaldirektor hebt ferner in seinem Bericht das Verdienst der Gewerkschaften um die Milderung der Wohnungsnot hervor und weist besonders auf die vom Deutschen Gewerkschaftsbund ergriffene Initiative bei der Beschaffung von Wohnraum für 10 000 Flüchtlingsfamilien in Schleswig-Holstein hin.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation

Canberra — Über die Frage: „Ist die Welt zu klein?“ sprach der Direktor der Abteilung für Ackerbau bei der

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, Dr. F. P. Wahlen, anlässlich einer Tagung in Canberra, Australien. Wir geben nachstehend eine kurze Zusammenfassung dieser Rede:

Infolge des Anwachsens der Geburtenziffer in vielen hochentwickelten Ländern, des erfolgreichen Kampfes der medizinischen Wissenschaft gegen tödliche Krankheiten, gegen die Kindersterblichkeit und um die Erhöhung der mittleren Lebenserwartung hat die gegenwärtige Wachstumsrate der Welt einen Stand erreicht, der seismogischen in der Geschichte der Menschheit sucht. Wenn wir auf Grund einer sehr vorsichtigen Schätzung einen jährlichen Geburtenüberschuß von 1,5 % bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 2,5 Milliarden annehmen, so bedeutet dies ein Anwachsen um 400 Millionen hungrige Mäuler im Jahr, d. h. in ca. 50 Jahre eine Verdoppelung der Weltbevölkerung. Schätzungen zufolge können noch ca. 4,5 Millionen km² tropischen Bodens und 1,5 Millionen km² an der nördlichen Anbaugrenze der bebauten Fläche hinzugefügt werden. Doch hier sind noch viele Probleme zu lösen. Die afrikanischen Böden erfordern — mit Ausnahme der wenigen alluvialen und neuvulkanischen Flächen — vollständig neue Bepflanzungs- und Düngemethoden, während in den nördlichen Zonen die Ertragsfähigkeit infolge der Kürze der Wachstumszeit sehr gering ist. Auch diese Bodenart benötigt intensivste Düngung. Glücklicherweise ist die Welt mit Phosphorsäure und Kali noch auf 2000 bzw. 500 Jahre versorgt, und zweifellos werden neue Lagerstätten erschlossen werden. Für Stickstoff benötigen wir nur noch wirtschaftlichere Gewinnungsmethoden.

Viel wurde in letzter Zeit gesprochen über Bodenerosion und -versteppung und schlechte Bebauung im allgemeinen, doch nicht genug über die ursprünglich armen und indifferenten Böden, die bäuerlicher Fleiß besonders in Japan und Westeuropa auf einen hohen Fruchtbarkeitsstand gebracht hat. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß für viele Teile der Welt ein dauerhaftes und der Natur des Bodens angepaßtes Bebauungssystem noch nicht gefunden ist, d. h. Fruchtwechsellwirtschaft dort, wo sie am Platze ist, und eine gegenseitige Ergänzung von Viehzucht und Getreideanbau, wie sie in verschiedenen Teilen Europas im Laufe der Jahrhunderte so wundervoll verwirklicht wurde.

Außerdem dürfen wir die weiten Wasserflächen nicht vergessen, die unsere Kontinente trennen. Nur 1 % seiner Nahrung holt sich der Mensch aus dem Wasser. Zweifellos kann dieser Anteil gesteigert werden, und eines Tages werden wir in Fjorden und Buchten Fische züchten, so wie wir dies heute in Weihern tun. Die Wissenschaft hat noch mehr Geheimnisse auf Lager.

Diese Tatsachen, Zahlen und Ausblicke lassen wenig Raum für eine Panik in Malthusianer Sinne. Für eine lange Zeit wird eine wachsende Weltbevölkerung ihre physische Ernährungsgrundlage durch eine verbreitete Anwendung des schon bekannten Wissens finden, und in der Zwischenzeit wird die Wissenschaft nicht müßig sein. Vor allen Dingen ist die große Lücke zwischen dem technisch Möglichen und dem wirtschaftlich Rentablen zu füllen. Wir müssen Vertrauen in die Fähigkeit zukünftiger Generationen haben, ihre eigenen Probleme zu lösen.

Sonstige Nachrichten

Sowjetunion in der ILO

Genf — Die Sowjetunion ist mit dem Eingang eines vom 24. April datierten Schreibens Molotows in Genf wieder Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geworden, aus der sie 1939 mit ihrem Austritt aus dem Völkerbund ausgeschieden war.

Sowjetunion in der UNESCO

Paris — Die Sowjetunion ist am 21. April als 70. Staat der UNESCO beigetreten. Wie der UNESCO-Nachrichtendienst bekannt gab, unterzeichnete der sowjetische Botschafter Malik die Beitrittserklärung und hinterlegte sie im Londoner Außenministerium.

Deutschlands Aufnahme in die UN

Bonn — Bundeskanzler Dr. Adenauer gab dem Bonner Korrespondenten der Athener Zeitung „Ethnikos Kirix“ am 23. April 1954 ein Interview, in dem u. a. auch die Frage der Aufnahme Deutschlands in die Vereinten Nationen erörtert wurde. Wir geben nachstehend den Wortlaut der Frage des Korrespondenten und der Antwort des Bundeskanzlers wieder.

Frage: „Halten Sie den Eintritt der Bundesrepublik in die Organisation der Vereinten Nationen nach der Ratifizierung der Bonner Verträge für möglich, und welche Schritte gedenkt die Bundesregierung in dieser Richtung zu unternehmen?“

Antwort: „Ich halte es durchaus für möglich und nötig; denn mit Inkrafttreten der Bonner Verträge ist die Bundesrepublik ganz in die freie Welt einbezogen. Von seiten der Westmächte dürfte die Aufnahme Deutschlands keinen Widerstand finden. Im Artikel 3, Abs. 2 des sogenannten Bonner Vertrages ist vereinbart: „Die Bundesrepublik bekräftigt ihre Absicht, sich durch ihre Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, die zur Erreichung der gemeinsamen Ziele der freien Welt beitragen, mit der Gemeinschaft der freien Nationen völlig zu verbinden. Die drei Mächte werden zu gegebener Zeit Anträge der Bundesrepublik unterstützen, die Mitgliedschaft in solchen Organisationen zu erlangen.“ Damit ist auch der letzte Teil Ihrer Frage über die Schritte der Bundesregierung beantwortet.“

AUS DER ARBEIT DES WELTVERBANDES

Internationale Seminare

Die World Federation of United Nations Associations führt im Jahre 1954 folgende Seminare in Europa durch:

Seminar über die Arbeit der Economic Commission for Europe (ECE) 8.—20. März Genf
Seminar über die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 3.—15. Mai Genf
Seminar über die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 26. Mai—9. Juni Genf
Seminar über die Arbeit des Internationalen Gerichtshofes 12.—17. Juli Den Haag
Summerschool der WFUNA über „Die Vereinten Nationen und die Probleme Asiens“ 28. Juli—6. Aug. Genf

Die Österreichische Liga für die Vereinten Nationen führt folgende internationale Veranstaltungen durch:

Tagung der Gesundheitskommission der Österreichischen Liga in Bad Gastein 24.—28. Mai
Zweck der Tagung ist die Förderung der Zusammenarbeit von Ärzten, Angehörigen des Gesundheitsdienstes, medizinischen Gesellschaften und Volksgesundheitsämtern mit den UN-Gesellschaften zwecks Förderung der Ziele und Aufgaben der Weltgesundheitsorganisation und die Einrichtung von WHO-Nationalkomitees.

Internationales Seminar der Hochschulsektion der Österreichischen Liga in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Students Movement for the UN (ISMUN) 18.—25. Juli und 25. Juli—1. Aug. in Bruck bei Zell a. See
Das Seminar steht unter dem Leitwort „Fallende Wirtschaftsgrenzen“ und behandelt die Arbeit der ECE, der OEEC, die amerikanische Wirtschaftshilfe, die Bedeu-

tung der Zölle u. ä. Besuche mehrerer großer Industrieunternehmen, z. B. des Großkraftwerkes von Kaprun, Bergtouren, Ausflüge zum Groß-Glockner und nach Salzburg sind in dem Seminarprogramm eingeschlossen.

Die Association Française pour les Nations Unies veranstaltet ein internationales Jugendtreffen in Jouy-en-Josas nahe Paris 3.—12. August

Es ist das Ziel dieses Treffens, Jugendliche von 14—19 Jahren, die sich für internationale Fragen und die Probleme der Vereinten Nationen interessieren, für 10 Tage miteinander leben zu lassen und ihnen Paris und seine Umgebung zu zeigen. Das Programm umfaßt französischen Sprachunterricht, Einführung in die Geschichte und die kulturellen Sehenswürdigkeiten, Gespräche über Themen der Vereinten Nationen, der UNESCO und der internationalen Zusammenarbeit sowie abendliche Diskussionen, die der Veranstalter eine „Lehrzeit als Weltbürger“ nennt.

Die Norsk Samband for de Forente Nasjoner veranstaltet das diesjährige Nansen-Camp in Rollag/Norwegen vom 3.—16. August

Das Ferienlager steht unter dem Thema „Scheinwerfer auf Afrika“ und behandelt politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Probleme des schwarzen Erdteils, die Arbeit des UN-Treuhandsystems in Afrika und die Unterstützung, die die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen der Entwicklung Afrikas zuteil werden lassen. Das Seminar ist für Jugendliche über 18 Jahre bestimmt.

Ebenfalls in Rollag findet ein internationales Jugendlager für 17—20jährige unter dem Leitwort „Jugend und Weltprobleme“ vom 19. Juli—1. August statt.

Genaue Auskünfte über diese internationalen Veranstaltungen erteilt auf Anfrage die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, die auch Anmeldungen entgegennimmt und weiterleitet.

IX. Generalversammlung der WFUNA

Die IX. Generalversammlung der World Federation of United Nations Associations wird vom 6.—12. September 1954 in Genf durchgeführt. Hauptpunkte der Tagesordnung sind auf politischem Sektor die Frage der Änderung der UN-Charta, die Bemühungen der World Federation um die Milderung internationaler Spannungen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet werden Studien über die Finanzierung des Technischen Hilfsprogramms für unterentwickelte Gebiete und die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Ost und West eine besondere Rolle spielen. Die Programmkommission wird neben organisatorischen und finanziellen Fragen vor allem auch die von den ca. 30 nicht-europäischen Mitgliedsgesellschaften dringend geforderte Generalversammlung außerhalb Europas vorzubereiten haben.

Jahresversammlungen von Mitgliedsgesellschaften der WFUNA

Das letzte Bulletin der WFUNA berichtet über die Jahresversammlungen der UN-Gesellschaften von Kuba (11.—14. Dezember 1953), Belgien (23. Dezember 1953), Frankreich (20./21. Februar 1954) und Neuseeland.

Der Vorsitzende der Belgischen Gesellschaft, M. Henry Cochaux, betonte in seiner Ansprache, daß die Belgische Gesellschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten Zeugnis abgelegt habe für die Sache der Vereinten Nationen und in diesen Bemühungen fortfahren werde, da Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde auf die Dauer nur durch die Prinzipien freundschaftlicher internationaler Zusammenarbeit gewährleistet werden können.

ten. M. Cochaux ist bekanntlich zugleich Vorsitzender des Exekutiv-Komitees der WFUNA. — Die UN-Gesellschaft von Kuba wählte zum Abschluß ihrer 4tägigen Hauptversammlung Frau Vijaya Lakshmi Pandit und Botschafter Nasrollah Entezam zu Ehrenpräsidenten ihrer Organisation. — Die Frage der Revision der UN-Charta stand im Mittelpunkt der Hauptversammlung der französischen Gesellschaft, die unter dem Vorsitz von Joseph Paul-Boncour durchgeführt wurde. Auch in diesen Diskussionen spielte das umstrittene Vetorecht im Sicherheitsrat eine besondere Rolle; die überwiegende Auffassung ging dahin, daß der Versuch einer Abschaffung des Vetos zu gefährlichen politischen Verwicklungen führen werde. — Die UN-Gesellschaft von Neuseeland wählte für den aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen bisherigen Präsidenten James Thorn Mr. F. Martyn Renner zu ihrem neuen Präsidenten.

Gründung neuer UN-Gesellschaften

Die Gründung der Gesellschaft für die Vereinten Nationen von Thailand wurde am 1. Dezember 1953 in Bangkok mit einer religiösen Zeremonie eröffnet. Anschließend sprachen der Thailändische Ministerpräsident und die Präsidentin der Gesellschaft, Lady Pibulsonggram, Gattin des Ministerpräsidenten, sowie offizielle Vertreter der Vereinten Nationen. Die neugegründete Gesellschaft hat bereits über 800 Mitglieder; sie hat einen Antrag auf Aufnahme in die World Federation gestellt. — Der vorläufige Vorstand der Gesellschaft für die Vereinten Nationen von Malaya hat Mr. Teoh Thye Moh, Herausgeber mehrerer Zeitungen von Malaya, zum Vorsitzenden gewählt. Dem Komitee gehören auch die konsularischen Vertreter von Indonesien, den Niederlanden, Thailand, den USA sowie der Repräsentant der Britischen Krone an. Die Gesellschaft von Malaya will zunächst eine Zeitschrift herausgeben und regionale Organisationen bilden.

AUS DER ARBEIT DER GESELLSCHAFT

Der diesem Mitteilungsblatt beigelegte Jahresbericht enthält in der Zusammenfassung auch die Einzelberichte über die Arbeit der Deutschen Gesellschaft seit Erscheinen der 4. Nummer des Mitteilungsblattes im Dezember 1953. Wir möchten diese Angaben nicht wiederholen, sondern stattdessen Auszüge aus zwei Berichten geben, die uns von Studienreisen nach New York und Genf zugegangen sind.

Amerikanisches Austauschprogramm zum Studium der UN

Auf Einladung der Frauenabteilung des amerikanischen Hochkommissariats in Deutschland fuhr eine Gruppe von neun deutschen Frauen im September 1953 zu einem siebenmonatigen Studienaufenthalt nach New York. Unter den Teilnehmerinnen dieser Studiengruppe befanden sich vier Philologinnen, zwei Journalistinnen, eine Medizinerin, eine Kunsthistorikerin und eine Dolmetscherin. Bedauerlicherweise wurde die Deutsche Gesellschaft weder über diesen Plan unterrichtet noch bei der Auswahl zu Rate gezogen; umgekehrt war die Zusammensetzung der Gruppe insofern uneinheitlich, als einige der Teilnehmerinnen sich ursprünglich um andere Projekte innerhalb des amerikanischen Austauschprogramms beworben und vor ihrer Abreise wenig Berührung mit den Vereinten Nationen gehabt hatten.

Der erste Teil des Studienprogramms umfaßte Vorlesungen an der Fakultät für Politische Wissenschaften der Columbia-Universität in New York, einführende Vorträge durch Angehörige des Generalsekretariats im UN-Hauptquartier, Besuche der Sitzungen der VIII.

Vollversammlung der Vereinten Nationen und ihrer einzelnen Ausschüsse u. ä. Auch mit dem Ständigen Beobachter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen in New York und mit der American Association for the United Nations kamen die Teilnehmerinnen während dieser Zeit in engeren Kontakt. So besuchten sie das Internationale Seminar, das die Amerikanische Gesellschaft Anfang Dezember aus Anlaß der Vollversammlung durchführte. Besonders beeindruckt waren die Mitglieder der Gruppe von den Veranstaltungen zum Tag der Vereinten Nationen in Amerika. So werden in dem Bericht außer den offiziellen Veranstaltungen das Forum der New York Herald Tribune, Vorträge in zahlreichen Organisationen und internationalen Institutionen erwähnt.

Während des zweiten Teils des Programms sollte die Studiengruppe Ende Januar eine kürzere Zeit in Washington zubringen und anschließend für drei Monate eine Rundreise durch die Staaten antreten. Alle Teilnehmerinnen sollten während dieser Reise einmal Gast einer lokalen Organisation der Amerikanischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen sein, um deren Arbeit und Probleme kennenzulernen. Berichte über diesen Teil des Programms liegen zur Zeit noch nicht vor.

Erstes Jugendseminar des DGB in Genf

Der Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltete, wie wir bereits in Nummer 4 des Mitteilungsblattes berichteten, sein erstes Jugendseminar vom 27. Oktober bis 6. November 1953 in Genf.

Weitere Seminare werden vom 21. bis 30. April und vom 6. bis 18. September 1954 durchgeführt werden.

Der ausführliche Bericht, den 5 der insgesamt 39 Teilnehmer des ersten Seminars gemeinsam zusammengestellt haben, behandelt die zahlreichen Vorträge und Diskussionen, die die einzelnen Arbeitsgebiete der UN betreffen, schildert die Besuche beim Internationalen Roten Kreuz, beim Deutschen Generalkonsulat in Genf und in größeren schweizerischen Industriebetrieben, und gibt die Eindrücke wieder, die die Stadt Genf und ihre weitere Umgebung, das Palais des Nations und der dort herrschende Geist auf die Teilnehmer machten. Zum Abschluß bringt der Bericht einige Sätze aus der letzten Ansprache von Dr. Breycha-Vauthier, Direktor der Bibliothek der Vereinten Nationen, und die Stimmung der Teilnehmer zu Ende des Seminars. Wir geben den Schluß des Berichtes im Wortlaut wieder:

„Dr. Breycha-Vauthier richtete die dringende Bitte an alle Seminarteilnehmer, recht viel des hier Gehörten in Deutschland weiterzugeben, um am großen Werk der Völkerverständigung mitzuwirken. Er sagte u. a.: 'Es gibt keinen Frieden für einen Erdteil, sondern nur ein Friedensproblem für die ganze Welt. Die Lehre für die Zukunft ist, mitzuhelfen, die Spannungen in der Welt zu beseitigen, bevor es dazu kommt, daß diese Spannungen Anlaß zu einem neuen Weltkrieg geben. Es wird selbstverständlich eine geraume Zeit brauchen, die allen Menschen verständlich zu machen. Darum können wir nie genug Helfer haben. Es handelt sich darum, die Menschen zu finden, die sich für die Menschen einsetzen!' Nach diesen Worten hat wohl jeder gespürt, wie wichtig und wertvoll die Arbeit der Vereinten Nationen ist, denn sie geht nicht nur den einzelnen — etwa Staatsmänner, Diplomaten, Funktionäre — sondern uns alle an, den geringsten Mitbürger in der großen Völkerfamilie . . . dann sind wir heimgefahren mit dem Bewußtsein, einen kleinen Einblick in das Getriebe der Weltmaschinerie bekommen zu haben, und daß alle die uns dabei halfen, es gerne taten, um sich und uns zu helfen, daß in Zukunft jeder seinen Platz richtig ausfüllt.“

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer / Dr. Paul Barandon, Gesandter a. D. / Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie / Professor Dr. Carl Billfinger, Direktor des Max-Planck-Instituts Heidelberg / Dr. Heinrich von Brentano, Fraktionsvorsitzender der CDU / Bischof D. Dr. Otto Dibelius, Berlin / Walter Freitag, 1. Vorsitzender des DGB Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger, Paderborn / Prof. Dr. Walter Jellinek, Heidelberg / Prof. Dr. Erich Kaufmann, Bonn / Generaldirektor Dr. Fritz Könecke, Daimler-Benz AG / Reichspräsident Paul Löbe, Berlin / Erich Ollenhauer, 1. Vorsitzender der SPD / Bundesminister Dr. Hermann Schäfer / Dr. Hermann Weinkauff, Präsident des Bundesgerichtshofes

*

VORSTAND

Prof. Dr. Eduard Wahl, MdB, Heidelberg (1. Vorsitzender) / Prof. Dr. Walter Erbe, MdL, Tübingen (stellv. Vors.) / Erwin Schoettle, MdB, Stuttgart (stellv. Vors.) / Dr. Otto Junghann, Regierungspräsident a. D., Hannover (Ehrenvorsitzender) / Senator a. D. Otto Bach, Berlin / Assessor Oskar Barthels, Heidelberg / Dr. Carl E. Bloem, Rechtsanwalt, Mannheim / Dr. Julius Fehsenbecker, Beigeordneter Mannheim / D. Dr. Eugen Gerstenmaler, MdB, Stuttgart / Dr. Gerd Lengeling, Rechtsanwalt, Eppingen / Frau Emmy Meyer-Laule, MdB, Heidelberg / Ludwig Rosenberg, Mitglied des Bundesvorstandes des DGB, Düsseldorf / Vortrag. Leg.-Rat Dr. von Trützschler, Ausw. Amt, Bonn / Frau Dr. Else Ulich-Bell, Vors. Deutscher Frauenring, Berlin / Dr. Rudolf Weeber, Direktor im Ev. Oberkirchenrat, Stuttgart

*

GENERALSEKRETÄR

Hans Pfenninger

*

GENERALSEKRETARIAT

HEIDELBERG
Hauptstraße 244
Telefon Nr. 3128



DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN

Aus dem Inhalt:

„Die Aufgabe der Erziehung bei der Förderung internationalen Verstehens“

von Dr. Günther Dohmen

Aus dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN

Die 17. und 18. Sitzung des ECOSOC
Die Kommission f. d. Stellung der Frau

Aus der Arbeit der Sonderorganisationen

ILO - FAO - UNESCO - WHO - WMO

Berichte über die Tätigkeit der WFUNA

Programm der IX. Generalversammlung
Entschlüsse zu aktuellen Fragen
Seminare und sonstige Veranstaltungen

Aus der Arbeit der Deutschen Gesellschaft

Jahresversammlung 1954
UN - Aufsatzwettbewerb
Teilnahme an internat. Seminaren

„Es findet sich immer ein Weg!“

Unsere kleine Bildgeschichte

Übersichtstafel

„Die Aufgabe der Erziehung bei der Förderung internationalen Verstehens“

Wir können allen Mitgliedern und Freunden der Gesellschaft für die Vereinten Nationen die Mitteilung machen, daß beim diesjährigen Aufsatzwettbewerb der Vereinten Nationen erstmalig ein deutscher Teilnehmer mit einem der acht zweiten Preise ausgezeichnet wurde. Eine kurze Übersicht über das Gesamtergebnis des Wettbewerbs — des 6. dieser Art überhaupt — geben wir auf Seite 13 dieses Mitteilungsblattes. Nachstehend veröffentlichen wir die preisgekürzte Arbeit von Dr. Günther Dohmen.

Die Welt ist kleiner geworden. Die Entwicklung von Technik, Handel und Verkehr rückt die Völker immer näher aneinander und macht das internationale Verstehen zu einer Existenzfrage der Menschheit.

Immer stärker tritt dadurch die Aufgabe der Erziehung in den Vordergrund, zur Förderung internationalen Verstehens beizutragen — und zwar mehr und wirksamer beizutragen als das bisher im allgemeinen geschieht.

Gewiß werden in den Schulen aller Kulturvölker seit langem Kenntnisse über andere Völker, ihre Geographie, Geschichte, Sprache und Kultur gelehrt, und sicher ist auch der gute Wille zur Vermittlung eines objektiven Bildes von anderen Völkern im Wachsenden begriffen — aber über eines gibt es keinen Zweifel: Die Erziehung zu internationalem Verstehen hat mit der Entwicklung der modernen Vernichtungswaffen nicht Schritt gehalten. So erhebt sich die ernste Frage, ob man nicht auch in der politischen Erziehung neue Wege einschlagen muß, um der ganz neuen Situation des Lebens unter der Wasserstoffbombe gerecht zu werden.

Wer von der Vermittlung von Kenntnissen über andere Völker schon eine die politische Atmosphäre zwischen den Nationen wirksam verändernde Wirkung erwartete, ist bisher enttäuscht worden und wird wohl immer wieder enttäuscht werden.

Wo liegt der Fehler?

Die verschiedenen Kenntnisse über andere Völker, die man in Schulen und Vorträgen verbreitete, hatten häufig keinen Zusammenhang mit dem eigenen Leben, mit der Einbildungskraft und den Gefühlen der Zuhörer, deshalb konnten sie auch deren emotional bestimmte Haltungen ändern Völkern gegenüber nicht wesentlich nähern.

Man kann nun einwenden, daß dies eben von dem Geschick des Lehrers abhängt, das Wissen, das er mitteilt, lebendig, interessant und anschaulich zu machen. Aber leider ist es eine Tatsache, eine schwer begriffliche Tatsache, daß sogar die (prozentual immer sehr wenigen) Leute, die selbst in anderen Ländern waren, häufig nicht einmal durch diesen unmittelbaren Anschauungsunterricht zu jener entschiedenen politischen Haltung oder gar persönlichen Aktivität im Sinne einer Förderung des internationalen Verstehens bewegt wurden, die die heutige Weltlage fordert.

Das Wissen über andere Völker und die politische Haltung ihnen gegenüber sind häufig zwei völlig getrennte Dinge. Wie oft konnte man etwa im Deutschland der Hitlerzeit beobachten, daß Menschen, die Frankreich und Amerika aus eigener Anschauung kannten, mit einstimmten in den Beifall über Hitlers Haftstrafen gegen diese Länder — und wie oft kann man Entsprechendes heute in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang beobachten.

Die moderne Psychologie weiß, daß rationale Kenntnisse die Kollektivgefühle und -urteile der Masse wenig beeinflussen. Die moderne Erziehung muß sich diese Kenntnisse gerade bei der Förderung internationalen Verstehens zunutze machen. Die Menschen haben so viele unzusammenhängende Kenntnisse verschiedenster Art im Kopf; das, was sie über andere Nationen wissen, ist auf so viele verschiedene Erfahrungsbereiche und Unterrichtsfächer verstreut, daß ihr

Wissen gar nicht in ihnen wirken kann. Kenntnisse dieser Art, die nicht zu einem politischen Gesamtbild zusammenwachsen, Erfahrungen, die nicht integrieren, können nicht unsere Haltung ändern, zwingen uns nicht zu entsprechendem Handeln. Deshalb wird es kaum eine echte politische Integration von Völkern geben, solange es keine Integration des politischen Wissens übereinander gibt.

Es ist jedenfalls eine wesentliche Aufgabe der Erziehung zu internationalem Verstehen, das Wissen über andere Völker so wirksam zu einem politischen Gesamtbild zusammenzufassen, daß es die politische Haltung und das Tun der Menschen beeinflusst.

Wie ist das möglich?

Wenn man Autofahren lernt und will einen anderen Gang einschalten, wird dies wohl nicht sehr gut gehen, solange man das Wissen über die einzelnen Bewegungen, die man dabei machen muß, nur rational auswendig gelernt im Kopf hat. Es geht besser, je mehr man die verschiedenen Einzelbewegungen vergißt und den Gesamtvorgang des Schaltens in seinem fließenden Ablauf als eine Einheit innerlich vor sich sieht. Sobald unsere Vorstellungskraft die Einzelheiten als integrierende Teile eines Ganzen erfaßt und sobald dieses Ganze in unsere innere Vorstellung eingeht, bekommen wir's „ins Gefühl“ und dann lenkt es unser Handeln. Die Vorstellungskraft bildet so etwas wie die Brücke zwischen Wissen und Tun. Unsere Phantasie ist die Kraft, die uns befähigt, Zusammenhänge zu erkennen, aus Einzelkenntnissen ein Bild — ein Leitbild — zu formen und damit das Wissen, das wir im einzelnen wieder vergessen, in unserem Gefühl lebendig und in unserem Handeln wirksam werden zu lassen.

Das bekannte Wort: „Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn man alles vergessen hat“, läßt sich von da aus folgendermaßen interpretieren: Das, was in unserer inneren Vorstellung als Gesamtbild übrig bleibt, wenn man das Einzelwissen vergessen hat, ist echte Bildung, weil es unsere Haltung formt und unser Handeln bestimmt.

Auf unser Gebiet der Förderung internationalen Verstehens angewandt, würde das heißen: Das Einzelwissen und die Einzelerfahrung über andere Nationen beeinflussen unsere politische Haltung nicht wesentlich, solange sie nicht unserer inneren Vorstellung die Möglichkeit geben, darin etwas zu finden, was all diesen Völkern gemeinsam ist. Was wir wissen über die englische Geschichte, die französische Wirtschaft etc. muß sich zu einem Ganzen zusammenschließen, das als politisches Leitbild, als Gefühl in uns lebendig bleibt, auch dann, wenn wir alle Einzelheiten vergessen haben. Es ist deshalb die Aufgabe der Erziehung zu internationalem Verstehen, eine integrierte Vorstellung von der Menschheit als einer politischen Ganzheit zu vermitteln.

Wie läßt sich das praktisch — etwa im Unterricht einer Schule — erreichen? Ich habe es als Lehrer an verschiedenen Schulen auf die folgende Weise versucht: Zunächst begann ich damit, eine Schülerselbstverwaltung in der Schule aufzubauen oder zu intensivieren. Zu gleicher Zeit erarbeiteten wir in den Unterrichtsstunden die Vorstellungen der Freiheit, der Würde und der Grundrechte des Menschen. Die Schüler sollten durch Beispiele aus der Geschichte und Literatur verschiedener Völker ein Gefühl für die internationale Idee einer Gesellschaft freier Menschen, die reif genug sind, ihre Angelegenheiten in friedlichem Einvernehmen nach eigenem Urteil und eigenem Gewissen regeln, bekommen. Die Vorstellung von freien, aufrechten Menschen, die „ihren“ Staat in gemeinsamer Verantwortung selbst regieren und nicht auf die Machtprüche eines Diktators angewiesen oder von seiner Polizei abhängig sind, das sollte zunächst in den jungen Menschen lebendig werden.

Alle Unterrichtsstunden konzentrierten sich mehr und

mehr auf diese eine Grundvorstellung. In den klassischen Sprachen lasen die Schüler eine Rede des Perikles über athenische Demokratie (Thukydides) und entsprechende Stellen aus den Annalen des Tacitus. In den Geschichtsstunden hörten sie über die bewegenden Kräfte der französischen Revolution von 1789 und über ihre Ausstrahlungen in die anderen Länder (— 1848). Im Deutschunterricht lasen sie Schillers „Wilhelm Tell“, der die Gründung einer freien Eidgenossenschaft in der Schweiz zeigt, und Goethes „Egmont“, der den Kampf der Niederlande um Freiheit und das Recht auf persönliche Selbstbestimmung zum Hintergrund hat. Im Englischunterricht lasen wir Walt Whitman's „Democratic Vistas“, im Französischen Teile aus Montesquieu's „De l'esprit des lois“.

Die Gemeinschaftskunde-Stunden benutzte ich dazu, all das, was die Schüler so in den verschiedenen Fächern gelernt hatten, zu integrieren, die Zusammenhänge, das Gemeinsame in den Einzelheiten zu finden, so daß eine große übernationale Vorstellung von der Persönlichkeitswürde des Menschen, die ein freies Gemeinschaftsleben bedingt, immer lebendiger wurde.

Daneben förderte ich die praktische Schülerselbstverwaltung in der Schule, wobei die Schüler schließlich auf Probleme stießen, die sich nicht selbst innerhalb der Schule lösen konnten (z. B. Änderungen oder Erweiterungen des Schulgebäudes), das führte sie auf den Weg zum Stadtrat. Dort erlebten sie dieselbe freie Selbstverwaltung, die sie in ihrer Schule versuchten, auf einer höheren Ebene. Ich ermöglichte ihnen, daß sie an ihren freien Nachmittagen die Arbeit der verschiedensten Dienststellen der Stadtverwaltung studieren konnten, um von einem besseren Überblick her die eigenen Forderungen an den Stadtrat besser begründen zu können. Weiterreichende Fragen veranlaßten uns schließlich, uns auch an Abgeordnete des Landtages zu wenden. Und dort begegnete den Schülern wieder dasselbe demokratische Prinzip. Dann verfolgten wir gemeinsam im Radio eine Bundestagsdebatte, und die Schüler hatten wieder denselben Eindruck von einer freien Gesellschaft, die ihre Angelegenheiten durch eine offene Aussprache zwischen den gewählten Vertretern der verschiedenen Meinungsgruppen zu regeln sucht. Später führte ich die Schüler auf Grund von Protokollen und Erlebnisberichten in die Arbeit des britischen Unterhauses und der französischen Nationalversammlung ein, und wieder erwuchs daraus das Gefühl, das dort im Prinzip dasselbe geschieht, was man in Bonn versucht oder was in unserem eigenen Schülerrat vorgeht: daß es eine internationale Idee der Freiheit und Menschenwürde und als ihre politische Auswirkung eine große weltumspannende demokratische Bewegung gibt.

Von da aus war es nur noch ein Schritt, um das Gesamtbild eines großen demokratischen Weltgebäudes zu entwickeln, in dem die Nationen nur Stockwerke sind, und das von einem kleinen Schülerrat hinaufgeführt bis zu den Vereinten Nationen. Eine durch viele Lichtbilder und durch Augenzugeneberichte veranschaulichte und aus Sitzungsprotokollen erarbeitete Vorstellung von den Zielen und der Arbeit der Vereinten Nationen schloß den ersten Teil dieses Versuchs einer Integration des politischen Wissens zur Förderung des internationalen Verstehens ab.

Das Ergebnis war bei allen beteiligten Jungen und Mädchen die lebendige, bewegende Vorstellung von der Demokratie als einer auf der Grundlage der Menschenrechte beruhenden Lebens- und Ordnungsform der verschiedensten menschlichen Gemeinschaften. Was sie über die athenische Demokratie, über die *volonté générale* der französischen Revolution oder über das demokratische Lebensgefühl bei Walt Whitman gehört hatten: alles führte auf dieselbe Vorstellung hin, daß die Demokratie eine internationale Idee zur freiheitlichen, friedlichen und gerechten Ordnung der Welt

ist, eine Idee, die Jahrhunderte lang große Menschen aller Nationen bewegt hat und die heute noch in Frankreich ebenso wie in Deutschland oder in Amerika lebendig ist.

Für die Schüler floß nun all das politische Einzelwissen, das sie in den verschiedenen Fächern gelernt hatten, zu einem Gesamtbild zusammen, sie „fühlten“ die weltweite Aufgabe, diese Vorstellung von Freiheit und Menschenrecht, von Gemeinschaftsgeist und Volksherrschaft zu realisieren, und empfanden so etwas wie eine Solidarität freier Menschen über die Grenzen ihrer Schule und über die Grenze ihrer Nation hinaus. Jede Tätigkeit in ihrer Schülerselbstverwaltung — und sei es nur die Wahl eines Sprechers — wurde nun als integrierender Teil eines großen Ganzen, einer Weltbewegung erfaßt. Und dieses Gefühl änderte ihre politische Haltung und zwang sie aus ihrer politischen Reserve heraus.

Aber es wäre gefährlich gewesen, nur die Idee einer freien, demokratischen Welt als hohes Ideal zu vermitteln, denn das hätte einen weltfernen Idealismus hervorgerufen, der sich in der bitteren Wirklichkeit einzelstaatlicher Machtpolitik nicht zurechtgefunden hätte. Eine Erziehung, die die jungen Menschen letztlich dazu bewegt, sich von der politischen Wirklichkeit ihrer Zeit enttäuscht abzuwenden und sich in das ideale Traumreich einer besseren Welt zu flüchten, würde der Förderung internationalen Verstehens mehr schaden als nützen.

Deshalb gehörte es zu dem hier geschilderten Experiment unbedingt dazu, daß man gleichzeitig auf die ungeheuren Schwierigkeiten einführt, die der Realisierung jener Vorstellung von einer sich als Einheit verstehenden demokratischen Welt entgegenstellen. In dem Maße, wie sich diese Vorstellung selbst in den Schülern festigte, mußte auch die Erkenntnis dieser Widerstände wachsen. Hindernisse erkennen, ja selbst scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten entdecken, wird jungen Menschen nicht zu skeptischer Resignation zwingen, wenn sie ein klares Ziel vor Augen haben, für das es ihnen wert scheint, in ihrem kleinen Kreis mutig einzustehen.

Von ihrer eigenen Erfahrung in der Schülerselbstverwaltung wußten sie z. B., daß sehr leicht der Fall eintreten kann, daß ihr gewählter Sprecher seine Stellung auszunützen sucht, um einen persönlichen Gegner zu schaden, wenn er nicht von der Klasse kontrolliert wird. Sie lernten auch aus ihrem eigenen Gemeinschaftsleben in der Schule, daß es gut ist, wenn man im Falle von Streitigkeiten einen unabhängigen Schiedsrichter hat. Auf diese Weise erfassen sie die Wichtigkeit des Prinzips der Gewaltenteilung als eines Mittels, die menschliche Schwäche, den Egoismus, den Machtwahn daran zu hindern, zerstörend zu wirken. Die Erinnerung an die Ereignisse der französischen Revolution und an die Lektüre von Montesquieu vertiefte diese Erfahrung ins Historische.

Wir fanden wieder, daß auch die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung des demokratischen Gedankens entgegenstanden, in den verschiedenen Ländern im Prinzip die gleichen sind, und daß sich deshalb auch in den meisten Verfassungen dieses Prinzip der Gewaltenteilung wiederfindet.

Damit war ein Weg gefunden, der, statt die verschiedenen Verfassungen als Zusammenstellung von Einzelparagrafen darzustellen (oder gar auswendig lernen zu lassen), von einer großen Gesamtvorstellung aus auch die trockene Verfassungskunde in einen die Schüler bewegenden Zusammenhang rückte. So wurde das Gefühl der Solidarität aller freien Menschen in der Welt, die — im wesentlichen — die gleichen politischen Ziele und die gleichen Schwierigkeiten bei der Realisierung haben, erneut bestärkt.

Von dieser bewegenden Vorstellung aus war es auch möglich, die Ziele der Vereinten Nationen zu bejahen,

obwohl man die Schwierigkeiten, die der wirksamen Tätigkeit dieser Weltorganisation heute noch entgegenstehen, mit rückhaltloser Offenheit diskutiert. Die Erörterung des sog. Vetorechts und seiner Folgen z. B. führte dann nicht zu Enttäuschungen und Skeptizismus — im Gegenteil: von einer größeren Perspektive aus gesehen wirkte die klare Erkenntnis von der Schwierigkeit einer als politisch notwendig erkannten Aufgabe eher anspruchend als lähmend.

Eine solche von einer leitenden Grundvorstellung ausgehende und alle Einzelfaktoren auf sie zurückbeziehende politische Erziehung ist wegen des ständigen Integrierens keineswegs eintönig, wenn man die Grundvorstellung immer mehr erweitert und differenziert — ohne ihre Geschlossenheit und damit ihre Wirkkraft zu zerstören.

Ein Beispiel: Wir besuchten die Versammlung einer extrem nationalistischen Partei. Als wir die Argumente, die in den Reden dort gebraucht wurden, hinterher genauer untersuchten, entdeckten wir, daß der Fanatismus der Redner häufig zu nachweisbar falschen Behauptungen über andere Nationen gegriffen hatte. Das wurde von den Jungen sofort als eine Gefahr erkannt, weil sie den Maßstab anwandten: Nützt oder schadet es unserem Hauptanliegen, der Verwirklichung einer freien, einigen demokratischen Welt? Wir spürten, wie wichtig es ist, richtige, objektive Informationen zu erhalten über andere Völker und über die Menschen, die die eigenen Ziele bekämpfen.

Das führte uns zum Besuch eines großen Zeitungsgebäudes in unserer Stadt. Wir widmeten unsere Aufmerksamkeit vor allem dem Raum der Nachrichtenagenturen, wo durch Fernschreiber den ganzen Tag über Nachrichten aus aller Welt einfließen, wir verteilten und verfolgten genau, welche Nachrichten die Redakteure auswählten für die Zeitung des nächsten Tages, welche sie ausließen und wie sie sie evtl. veränderten. Hinterher gab es eine lange Diskussion zwischen Schülern und Redakteuren über objektive Berichterstattung besonders über Vorgänge in anderen Ländern. Später besuchten wir eine Rundfunkstation mit dem gleichen Anliegen und wir machten sogar eine eigene Sendung über unsere Erfahrungen.

Auch diese Erlebnisse waren nicht unverbindliche Einzeldrucke für die jungen Menschen, sondern sie standen im Zusammenhang eines großen politischen Anliegens, das sie sich zu eigen gemacht hatten. Dasselbe Anliegen führte uns in alle Zweige menschlichen Gemeinschaftslebens, wir besuchten Fabriken, Versorgungsbetriebe, Gerichtssitzungen usw.

Die klare Grundvorstellung, die wir bei allem nie aus dem Auge verloren, veranlaßte uns zu freiwilliger Aktivität. Alle diese Besichtigungen und Diskussionen fanden nämlich an den unterrichtsfreien Nachmittagen statt und waren absolut freiwillig. Aber die Klassen waren manchmal an diesen Nachmittagen vollzähliger und vor allem innerlich mehr beteiligt als bei dem regulären Vormittagsunterricht.

Vielleicht war dies ein Ergebnis der Methode, so viele Erfahrungen wie möglich auf eine gemeinsame Vorstellung zu beziehen und dadurch die verwirrende Vielfalt unverbindlichen Einzelwissens in eine überschaubare, ja sogar gefühlhaft faßbare Ordnung zu bringen. Denn dadurch wachsen Erkenntnisse zu bewegenden Leitbildern zusammen, und wenn jede neue Erfahrung die Vorstellung von dem vertieft und erweitert, was heute in unserer politischen Weltsituation not tut, dann treibt das die Menschen innerlich dazu an, sich selbst mitverantwortlich zu fühlen für die Verwirklichung einer freien, friedlichen, zusammengehörenden Welt. Vielleicht ist diese, die Vorstellungskraft ansprechende Integration des politischen Einzelwissens ein Weg, auf dem die Erziehung ihrer immer drängender werdenden

Aufgabe, das internationale Verstehen wirksam zu fördern, gerecht werden kann.

Selbstverständlich muß man sich dabei der Grenzen bewußt sein, die jeder erzieherischen Einwirkung auf Menschen gesetzt sind.

AUS DEN VEREINTEN NATIONEN

Wirtschafts- und Sozialrat

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen tritt zweimal jährlich zu seinen ordentlichen Sitzungen zusammen. Er besteht aus 18 Mitgliedern der Vereinten Nationen, von denen jährlich 6 neu gewählt werden. Eine Wiederwahl ist möglich. Die Abstimmungen des ECOSOC erfolgen mit einfacher Mehrheit.

17. Sitzungsperiode

New York. — Eine Unzahl von Punkten stand auch dieses Frühjahr wieder auf dem Programm der Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates, der vom 30. März bis 30. April in New York tagte.

Die wichtigsten Entscheidungen auf wirtschaftlichem Gebiet betrafen die Förderung der sog. unterentwickelten Gebiete, die unter dem dreifachen Aspekt der internationalen Preisrelationen, des internationalen privaten Kapitalflusses und der Agrarreform diskutiert wurde. Der Rat beschloß die Bildung einer ständigen beratenden Kommission mit der Aufgabe, Maßnahmen auszuarbeiten, um die außerordentlich starken Schwankungen der Rohstoffpreise aufzufangen. Er hat weiterhin einige Empfehlungen an Kapalexport- und -importländer gegeben und sein Interesse an der Agrarreform bekundet, indem er die betreffenden Regierungen ermutigte, in ihren Bemühungen um die Verwirklichung solcher Reformen nicht nachzulassen, da die landwirtschaftlichen Systeme „einer Reihe von Staaten und unterentwickelter Gebiete ein Hindernis für deren wirtschaftliche Entwicklung“ darstellen.

Auf dem sozialen Sektor betrafen die wesentlichen Beschlüsse die Pressefreiheit. Eine Reihe von 19 Resolutionen über die Nachrichtenübermittlung ins Ausland, die Bewegungsfreiheit ausländischer Korrespondenten, das Urheberrecht, die Unabhängigkeit des Nachrichtenspersonals, internationale Radiosendungen, die technische Hilfe auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens u. a. m. wurden — zumeist mit überwiegender Stimmenmehrheit — angenommen. Weitere wesentliche Beschlüsse erfolgten über Zwangsarbeit, die Übertretung von Gewerkschaftsrechten und das Problem der Staatenlosigkeit.

Schließlich wurde eine Entschließung über die Zulassung von Kambodscha, Ceylon, der Republik Korea, Japan, Laos, Nepal und Vietnam als Mitglieder der ECAFE (Economic Commission for Asia and Far East) gefaßt. Österreich, Finnland, Irland, Italien und Portugal wurden als außerordentliche Mitglieder in die ECE (Economic Commission for Europe) aufgenommen. Ein tschechischer Vorschlag, allen europäischen Staaten, die zur Zeit mit beratendem Status an den Arbeiten der ECE teilnehmen, die ordentliche Mitgliedschaft in dieser Kommission zuzuerkennen, wurde mit 9 gegen 8 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung verworfen.

Zum diesjährigen Präsidenten des Rates wurde Sen. Juan I. Cooke (Argentinien), zu Vizepräsidenten Sir Douglas Copland (Australien) und Jiri Nowek (Tschechoslowakei) gewählt.

18. Sitzungsperiode

Genf. — Die 18. Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates begann am 29. Juni in Genf.

Eine ungleich größere Zahl von wirtschaftlichen Problemen steht gegenüber den vorhergehenden Sitzungen

zur Diskussion, da der Rat bei seiner letzten Sitzung die Debatte über die weltwirtschaftliche Lage und über weitere wichtige Fragen — wie die Rückgliederung der Wirtschaft nach Beendigung der Aufrüstungsperiode und die Möglichkeiten zur Verhinderung einer Inflation bei gleichzeitigem Aufrechterhalten bzw. Anstreben der Vollbeschäftigung — auf diese Sitzungsperiode verschoben hatte. Die Aufhebung von Handelsrestriktionen und die Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen steht ebenfalls auf der Tagesordnung dieser Konferenz. Des weiteren soll die Bildung eines Sonderfonds für die wirtschaftliche Entwicklung und einer Internationalen Finanzkorporation unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Hebung der unterentwickelten Länder behandelt werden.

Auf sozialem Gebiet liegt der Jahresbericht des UN-Hochkommissars für das Flüchtlingswesen und der Bericht der Menschenrechtskommission vor, der zwei internationale Konventionen über staatsbürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte dem Rat zur Debatte unterbreitet. Die Kommission für Menschenrechte hat diese beiden Konventionenentwürfe, mit deren Ausarbeitung schon im Jahre 1949 begonnen wurde, im Verlauf ihrer 10. Sitzung vom 23. 3. bis 16. 4. ds. Jahres in New York fertiggestellt. Außerdem steht die jährliche Berichterstattung der Sonderorganisationen und der Mehrzahl der Kommissionen des Rates — wie jeden Sommer — auf dem Programm.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Diskussionen und Beschlüsse dieser Sitzung werden wir in die nächste Nummer des Mitteilungsblattes aufnehmen. Wir wollen heute einmal das Programm dieser 18. Sitzungsperiode des Wirtschafts- und Sozialrates wiedergeben, um unseren Lesern einen Einblick in die vielfältige und umfassende Arbeit dieses Organs der Vereinten Nationen zu geben:

Tagesordnung der 18. ECOSOC-Sitzung

1. Festlegung der Tagesordnung
2. Die weltwirtschaftliche Lage
 - a) Betrachtung der konkreten Situation
 - b) Vollbeschäftigung und Maßnahmen zur Verhinderung einer Inflation
 - c) Abschaffung der internationalen Handelsrestriktionen und Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen
3. Wirtschaftliche Hebung der unterentwickelten Gebiete
 - a) Einrichtung eines besonderen Fonds für Subventionen und langfristige Kredite
 - b) Bericht der Internationalen Bank über die Bildung einer Internationalen Finanzkorporation
 - c) Integrierte wirtschaftliche Entwicklung
 - d) Steigerung der Produktivität
4. Internationale Zusammenarbeit auf hydrologischem Gebiet
5. Jahresbericht der ECE
6. Transport- und Nachrichtenwesen
7. Bericht der Kommission für Statistik
8. Technische Hilfe
 - a) Technisches Hilfsprogramm
 - b) Erweitertes Technisches Hilfsprogramm
9. Jahresbericht des UN-Kinderhilfswerkes
10. Jahresbericht der Kommission für Menschenrechte
11. Konferenz der Non-Governmental-Organisationen gegen Diskriminierung
12. Bericht der Kommission für die Stellung der Frau
13. Übertretung von Gewerkschaftsrechten

14. Jahresbericht des UN-Hochkommissars für das Flüchtlingswesen
15. Weltkalenderreform
16. Kartographische Konferenz für Asien und Ferner Osten
17. Bericht der Kommission für Rauschgifte
18. — 25. Jahresberichte der ILO, FAO, UNESCO, WHO, ICAO, UPU, ITU und WMO
26. Koreanischer Wiederaufbau
27. Koordinierung der Arbeit zwischen UN und Sonderorganisationen
28. Mitarbeit der Non-Governmental-Organisationen
29. Organisation und Tätigkeit des Rates; Änderungsvorschläge zur Verfahrensordnung
30. Konferenzen 1955
31. Wahlen:
 - a) Neuwahl von $\frac{1}{3}$ der Mitgliedstaaten der einzelnen Kommissionen
 - b) Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der UNICEF
32. Bestätigung der von den Regierungen vorgeschlagenen Persönlichkeiten für die Arbeit in den Kommissionen
33. Finanzfragen
34. Bericht des Rates an die Vollversammlung.

Kommission für die Stellung der Frau

New York. — Die „Commission on the Status of Women“ des Wirtschafts- und Sozialrates trat vom 22. 3. bis 9. 4. 1954 in New York zu ihrer 8. Sitzung zusammen. Die Kommission befaßte sich vor allem mit folgenden Fragen:

Die politischen Rechte der Frau;
Die Nationalität der verheirateten Frau;
Gleiche Bezahlung von Mann und Frau bei gleicher Arbeit;

Zugang der Frau zum wirtschaftlichen Leben und Die Stellung der Frau im Privatrecht.

Außer den ständigen 18 Mitgliedern der Kommission hatten 30 verschiedene kulturelle, professionelle und wirtschaftliche internationale Organisationen mit beratender Funktion Vertreterinnen entsandt.

Von deutscher Seite waren die Damen Barbara von Traskow (Hamburg), Dr. Helene Weber (Essen) und Dr. Hilde Wolle-Egenolf (Wiesbaden), Vorsitzende der Kommission für Frauenfragen der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, anwesend.

Die politischen Rechte der Frau

Die Kommission stellte mit Genugtuung fest, daß eines ihrer wesentlichen Ziele erreicht sei: Das von 35 Mitgliedstaaten der UN unterzeichnete und von 6 Ländern ratifizierte Abkommen über die politischen Rechte der Frau, das seit 20. 12. 1953 zur Unterzeichnung aufliegt, kann nunmehr am 7. Juli 1954 in Kraft treten. Diese Konvention gewährt den Frauen das aktive und passive Wahlrecht sowie das Recht, in völliger Gleichberechtigung mit dem Mann alle öffentlichen Ämter und Funktionen ausüben.

Die Kommission empfahl der Vollversammlung, alle Staaten — ob Mitgliedstaaten der UN oder nicht — aufzufordern, dieser Konvention beizutreten.

Eine weitere Resolution fordert die nicht-amtlichen Organisationen auf, ihre Bemühungen um die staatsbürgerliche Erziehung der Frau weiter fortzusetzen, um sie zu einer noch aktiveren Mitarbeit im öffentlichen Leben heranzubilden; ein Memorandum an den Generalsekretär bittet diesen, für die nächste Vollversammlung eine revidierte Fassung der Konvention über die politischen Rechte der Frau vorzubereiten.

Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau

Die Frage der Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau war bereits in früheren Sitzungen der Kommission erörtert worden; die Delegation von Kuba hatte im vergangenen Jahr den Entwurf für eine Konvention vorgelegt, die der Frau bei der Eheschließung mit einem Ausländer ihre Nationalität beläßt und beiden Ehegatten gleiche Rechte sichert. Die Mehrzahl der Anwesenden war sich über die Dringlichkeit einer Lösung dieses Problems auf internationaler Ebene einig, um endlich die Konflikte aus der Welt zu schaffen, die sich durch die verschiedenartigen nationalen Gesetzgebungen ergeben. In einer Entschließung wurde der Generalsekretär gebeten, diesen Konventionentwurf den Mitgliedstaaten der UN zur Stellungnahme bis spätestens 1. 1. 1955 vorzulegen, damit die Kommission in ihrer nächstjährigen Sitzung diese Konvention endgültig fertigstellen kann. In einer Resolution wurden die Staaten aufgefordert, der Frau bei Heirat mit einem Ausländer das gleiche Recht wie dem Mann auf Beibehaltung ihrer Staatsangehörigkeit einzuräumen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Mitglieder der Kommission stimmten in der Ansicht überein, daß trotz gewisser Fortschritte auf diesem Gebiet doch die allgemeine Anwendung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ noch sehr zu wünschen übrig lasse. Die entsprechende Konvention der Internationalen Arbeitskonferenz sei zwar im Mai 1953 in Kraft getreten, jedoch bisher nur von Belgien, der Dominikanischen Republik, Frankreich, Jugoslawien, Mexiko und Österreich ratifiziert worden. Es wurde betont, daß die weitverbreitete Ansicht falsch sei, dem Manne als Familienvater stünde aus sozialen Gründen ein Recht auf höheren Lohn zu, da heute viele Frauen neben ihrem Haushalt einen Beruf ausüben müßten, um die Familie zu ernähren. In einer Entschließung forderte die Kommission alle Staaten auf, Maßnahmen zu treffen, um den Grundsatz der gleichen Bezahlung von Mann und Frau zu verwirklichen, während eine weitere den Generalsekretär ersucht, zusammen mit dem Internationalen Arbeitsamt Berichte über die Anwendung dieses Prinzips der Kommission zu unterbreiten.

Stellung der Frau im Privatrecht

Schon auf ihrer letztjährigen Sitzung hatte die Kommission beschlossen, den Problemen des mütterlichen Entscheidungsrechts, der Bestimmung des Familienwohnsitzes und der Verfügungsgewalt über das eigene Vermögen der Frau besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Als Grundlage der diesjährigen Diskussionen diente eine vom Generalsekretariat ausgearbeitete vergleichende Untersuchung über den Stand des Familienrechts in verschiedenen Ländern. In einer Empfehlung schlug die Kommission vor, die Klausel „Mann und Frau haben die gleichen Rechte und Pflichten bei der Eheschließung, in der Ehe und bei deren Auflösung“ in den Konventionentwurf der Kommission für Menschenrechte über die staatsbürgerlichen und politischen Rechte aufzunehmen.

Ausbildung und Berufschancen der Frau

Die Kommission vertrat die Ansicht, daß auf dem Gebiet der Erziehung noch nicht in allen Ländern die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten für Knaben und Mädchen bestünden, und empfahl allen Staaten, sich für die Beseitigung der Diskriminierung auf diesem Sektor einzusetzen. Die Kommission nahm mit Genugtuung von der Erklärung des Generalsekretärs Kenntnis, daß bei der Einstellung von Frauen in leitende und gehobene Stellungen bei den Vereinten Nationen allein die Eignung entscheidend sei. Bekanntlich hatte die Kommission sich dafür eingesetzt, mehr Frauen in maßgebende Stellen bei den Vereinten Nationen zuzulassen.

Die Sonderorganisationen

Internationale Arbeitsorganisation

Die 37. Weltarbeitskonferenz

Genf. — Die 37. Internationale Arbeitskonferenz hat am 23. Juni in Genf ihre dreiwöchentliche Sitzung beendet. Unter den 66 Teilnehmern aus 69 Mitgliedstaaten befanden sich zum ersten Male seit 15 Jahren wieder Delegationen der Sowjetunion, der Ukraine und Weißrusslands. Die Beteiligung war mit 650 Delegierten und Beratern die bisher größte in der Geschichte der ILO.

Die Bundesrepublik wurde durch die Herren Staatssekretär Sauerborn und Ministerialdirektor Petz vom Bundesarbeitsministerium, Willi Richter vom Deutschen Gewerkschaftsbund und Dr. Winkler von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vertreten. Außerdem nahm Bundesarbeitsminister Storch an der grundsätzlichen Debatte über den Weltarbeitsbericht des Generaldirektors der ILO teil.

In seiner letzten Sitzung kurz vor Beginn der Konferenz beschloß der Verwaltungsrat, die Bundesrepublik zusammen mit Japan und der Sowjetunion als ständiges Mitglied in den Rat aufzunehmen. Der Verwaltungsrat ist das Exekutivorgan der ILO und besteht aus 10 ständigen Regierungsvertretern der 10 bedeutendsten Industrieländer der Welt, sowie weiteren 30 Vertretern, die in einem dreijährigen Turnus neu gewählt werden und sich zu gleichen Teilen aus Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzen.

Der Wiedereintritt von Sowjetrußland hat die Basis der Organisation erheblich erweitert. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer lehnte einen Antrag auf Aberkennung der Mandate der osteuropäischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ab und stellte fest, daß die traditionelle Dreiteilung in Delegierte der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Regierungen ohne Rücksicht auf die einzelstaatliche Verfassung erhalten bleiben solle.

Mit 146 gegen 11 Stimmen bei 39 Stimmenthaltungen billigte das Plenum eine Empfehlung über bezahlten Urlaub, nach der jeder Arbeitnehmer einen bezahlten Jahresurlaub von mindestens 2 Wochen erhalten soll. Die Konferenz stimmte weiterhin einer Resolution zu, die es dem Generaldirektor der ILO zur Auflage macht, einen Bericht über die Verkürzung der Arbeitszeit auszuarbeiten, und bezeichnete eine solche Verkürzung als „möglich und wünschenswert“.

Ferner sprach sich die Konferenz für eine Fortsetzung des Technischen Hilfsprogramms der ILO aus. Es wurde vereinbart, künftig mehr langfristige Projekte durchzuführen und dafür die Gesamtzahl der Projekte zu senken. Den Regierungen wurde empfohlen, den Kapitalfluß nach den industriell weniger entwickelten Ländern zu begünstigen; die Konferenz gab dabei auch den Wunsch Ausdruck, daß sich das private Kapital mehr als bisher auf diesem Gebiet einsetzen möge.

Die berufliche Wiedereingliederung von Schwerbeschädigten und Körperbehinderten, Strafen für Arbeitskontraktbrüche und Bedingungen der Wanderarbeiter in unterentwickelten Gebieten sollen erst auf der nächsten Weltarbeitskonferenz behandelt werden, um Zeit für eingehende Untersuchungen zu lassen.

Für die Finanzierung der Internationalen Arbeitsorganisation im Jahre 1955 wurde ein Budget von 6,7 Mill. \$ festgelegt, von dem sich der Beitrag der Sowjetunion auf 10% beläuft.

Im Mittelpunkt der Debatten des Plenums stand der Weltarbeitsbericht des Generaldirektors David E. Morse, der sich in diesem Jahr besonders mit dem Problem der Arbeiterwohnungen auseinandersetzte. Die Untersuchung stellte fest, daß mehr als 1/3 der arbeitenden Bevölkerung der Welt in ungenügenden Wohnungen lebt. Während sich die Preise für Konsumgüter und verbrauchsnahe Investitionsgüter den nie-

drigen Einkommen dieser Schichten angepaßt hätten, seien die Wohnungsbaupreise für den Arbeiter untragbar.

Neben der Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Lage des Arbeitsmarktes, stellte der Bericht auch das Problem der Industrialisierung der unterentwickelten Länder und die Instabilität auf dem internationalen Rohstoffmarkt in ihrer Auswirkung auf die soziale und wirtschaftliche Lage dieser Gebiete zur Diskussion.

Zum Abschluß der Konferenz wählte der Verwaltungsrat den italienischen Regierungsvertreter Prof. Roberto Ago, Mailand, zum Vorsitzenden für das nächste Jahr. Seine Vertreter wurden der französische Arbeitgeberdelegierte Pierre Waline und der englische Arbeitnehmervertreter Alfred Roberts.

Prof. Ago ist Generalsekretär der italienischen UNGEGESellschaft und erster Vizepräsident der World Federation of United Nations Associations.

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation

Kinder sterben aus Mangel an Eiweiß

Rom. — Erst in den letzten Jahren sind die Ernährungswissenschaftler der Welt darauf aufmerksam geworden, daß der Protein- und Eiweißmangel außerordentlich weit verbreitet ist, und daß diese Krankheit dem kindlichen Körper sehr viel schwereren Schaden zufügt, als die durch Mangel an Vitaminen oder Mineralien verursachten Krankheiten. In manchen Gegenden Afrikas ist die Häufigkeit der Krankheit sehr groß und die Sterblichkeit unter den ins Krankenhaus eingelieferten Fällen betrug bis vor kurzem dort noch 50%.

Es ist das Verdienst der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, durch Berichte und internationale Kongresse in den verschiedensten Teilen der Welt (Lateinamerika, Afrika, Asien) die Diskussion über dieses Weltproblem angeregt und festgelegt zu haben, daß eine unter fast 50 verschiedenen Namen in der ganzen Welt bekannte Krankheitserscheinung dasselbe Krankheitsbild aufweist und die gleichen Behandlungsmethoden erfordert.

Die Grundursachen sind klar: Kinder und Jugendliche brauchen zum Wachsen eiweißhaltige Nahrung. Der Körper des Säuglings nimmt sich das nötige Eiweiß aus der Muttermilch. In dem Maße aber, in dem das Kind heranwächst, wird seine Nahrung von außen her ergänzt.

Noch lange ist Milch deren Hauptbestandteil und gleichzeitig das beste Vorbeugungsmittel gegen Proteinmangel. In vielen Gegenden der Welt gibt es jedoch keine andere Milch für die Kinder als die Muttermilch und die Ernährung wird sofort auf kohlehydrathaltige Nahrungsmittel umgestellt. Fleisch, Fisch oder Eier, die ebenfalls Eiweiß enthalten, sind meist nur für die Erwachsenen da. So stellen sich Mangelerscheinungen ein, deren Folgen von einem Nachlassen des Wachstums bis zu schweren Erkrankungen und Tod führen. Diese Krankheit ist besonders häufig in Gemeinschaften, deren Hauptnahrung aus stärkehaltigen Früchten wie Maniok, Getreide und Bananen besteht. Die Behandlung ist relativ einfach und auch schwerer erkrankten Kindern wird schon nach wenigen Wochen durch eine Milchdiät die Gesundheit wiedergegeben. Nur in ganz schweren Fällen ist Bluttransfusion nötig. Gemeinsam mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hat die FAO deshalb die Möglichkeit zur Steigerung der Milchproduktion in verschiedenen Gebieten geprüft und Milchkonservierungsbetriebe finanziert. Doch in vielen Ländern ist die Milchproduktion ungenügend bzw. der Preis zu hoch für die Mehrzahl der Familien. Hier müssen andere eiweißhaltige Nahrungsmittel, die im Lande selbst gewonnen werden können, die Milch ersetzen. Die FAO unterstützt z. Zt. Experimente mit Sojabohnen und Erdnüssen in Indien,

auf den Philippinen und in Indonesien. Parallel damit laufen Propagandaaktionen zur Hebung des Fischfangs und -konsums, besonders in Lateinamerika.

Das Problem der Bereicherung der Nahrung mit eiweißhaltigen Stoffen ist nicht nur ein technisches Problem der Produktions- und Konsumausdehnung, es ist ebenso sehr ein soziologisches und pädagogisches Problem. Es sind dabei Widerstände von nicht zu unterschätzender Bedeutung von seiten der Bevölkerung selbst zu überwinden. So ist z. B. in vielen Gebieten Viehbestand ein Zeichen des Reichtums, aber das Vieh darf weder geschlachtet noch gemolken werden. Andere Länder, die ihrer geographischen Lage nach einen ausreichenden Fischfang betreiben könnten, nützen diese von der Natur gegebene Möglichkeit nicht aus, weil der Fischfang und das Essen von Fischen nicht ihren Lebensgewohnheiten entsprechen. Mütter, deren Kinder die bei Eiweißmangel üblichen schweren Verdauungsschäden zeigen, unterwerfen die Kinder einer strengen Hungerkur, wodurch die Krankheit nur noch verschlimmert wird. Hier hilft allein eine oft mühsame Aufklärung und besondere Mütterberatungen. Trotz all dieser Schwierigkeiten ist der Proteinmangel kein Problem, das nicht aus der Welt geschafft werden könnte. Da die Bedingungen, unter denen er auftritt, und die Vorbeugungsmaßnahmen und Behandlungsmethoden bekannt sind, hofft man, in vielleicht 20–30 Jahren diese Erscheinung auf das Ausmaß einer normalen Krankheit reduzieren zu können.

Die UNESCO

Schutz kultureller Werte im Kriegsfall

Paris. — Die „Internationale Konvention zum Schutze kulturellen Eigentums im Falle eines bewaffneten Konfliktes“ wurde am 14. Mai 1954 von Vertretern von 44 Ländern auf einer von der UNESCO einberufenen Konferenz in Den Haag unterzeichnet. Die Konvention wird nach der Ratifizierung durch 5 Staaten in Kraft treten; sie liegt bis 31. 12. 1954 zur Unterzeichnung offen.

Der Gedanke, historische Denkmäler und kulturelle Schätze vor den Zerstörungen des Krieges zu schützen, wurde nicht erst in unserer Zeit geboren. Aber erst die beiden letzten großen Kriege haben die Welt von der dringenden Notwendigkeit überzeugt, diese Idee auf internationaler Basis zu verwirklichen. Der amerikanische Roerich-Pakt hatte keinen Erfolg. Im Jahre 1938 wurde dem Völkerbund ein vom Internationalen Museumsrat ausgearbeiteter Konventionsentwurf vorgelegt und die niederländische Regierung übernahm es, die verschiedenen Regierungen zur Annahme dieser Konvention zu bewegen. Die Verhandlungen waren noch im Gange, als der 2. Weltkrieg ausbrach. Auf Anregung der niederländischen Delegation griff die UNESCO diesen Gedanken im Jahre 1949 wieder auf. „Das kulturelle Eigentum hat im Laufe der letzten Konflikte schweren Schaden erlitten und ist durch die Entwicklung der Kriegstechnik in immer steigendem Maße der Zerstörung ausgeliefert“, heißt es in der Präambel. „Ein wirksamer Schutz kann nur durch eine Koordinierung nationaler und internationaler Maßnahmen schon zu Friedenszeiten gewährleistet werden.“

Technische Bibliographie

Paris. — Die UNESCO hat eine Bibliographie der mehrsprachigen wissenschaftlichen und technischen Wörterbücher unter dem Titel „Bibliography of Interlingual Scientific and Technical Dictionaries“ (Revidierte und erweiterte Auflage, Preis § 1.75) herausgegeben. Das Buch enthält die Aufstellung von 1629 zwei- und mehrsprachigen Wörterbüchern, die Fachausdrücke aus über 237 verschiedenen Gebieten der Medizin, Landwirtschaft und Technik enthalten.

Verbilligte Luftfracht für Bücher

Paris. — Der UNESCO ist es gelungen, die International Air Transport Association (IATA) zu einer 50 %igen Senkung der Transportkosten für Bücher im Verkehr innerhalb Europas zu veranlassen. Die IATA umfaßt mit den ihr angeschlossenen Luftfahrtlinien in mehr als 40 Ländern der Welt 95 % des gesamten zivilen Luftfrachtverkehrs. Diese Abmachung ist nur ein Teil der Wege, die die UNESCO zur Zeit beschreitet, um Fracht und Zölle von wissenschaftlichen, kulturellen und erzieherischen Schriften, Büchern, Filmen u. ä. herabzusetzen bzw. abzuschaffen.

Weltgesundheitsorganisation

Die 7. Weltgesundheitsversammlung

Genf. — In der Zeit vom 4. bis 21. Mai fand in Genf die 7. Weltgesundheitsversammlung, zu der 71 von 84 Mitgliedstaaten ihre Vertreter entsandt hatten, statt. Den Vorsitz führte Dr. Joseph Togba (Liberia). Wie üblich wurden zwei Hauptkommissionen gebildet, deren erste, die Programm- und Budgetkommission, mit der Prüfung der Organisationsstätigkeit im vergangenen Jahr und der Aufstellung des Arbeitsprogrammes und des Budgets für 1955 beauftragt war, während die zweite Kommission sich mit verwaltungstechnischen und juristischen Problemen beschäftigte.

Im Programm der Organisation trat gegenüber dem Vorjahre keine Veränderung ein. Es wurde lediglich der Wunsch ausgedrückt, auf einigen Gebieten wie Zahnhygiene, Desinfektion, spinale Kinderlähmung und der wissenschaftlichen Forschungsarbeit die Anstrengungen zu verdoppeln.

Das Budget der Weltgesundheitsorganisation, das im vergangenen Jahre 3,5 Millionen Dollar betrug, sollte einem Vorschlag des Generaldirektors Dr. M. G. Candau zufolge auf 10,3 Millionen Dollar erhöht werden. Auf Vorschlag Großbritanniens einigte sich die Versammlung mit 28 gegen 24 Stimmen bei 7 Enthaltungen auf 9,5 Millionen Dollar. Dieser Betrag soll sich wie folgt verteilen:

8 Millionen zur Fortführung der laufenden Projekte, davon 5 Millionen für den Kampf gegen Krankheiten. Desinfektionen, die Ausbildung von technischem Personal und 2 Millionen für die regionalen Büros, Expertenausschüsse und technischen Konferenzen. Der Rest von 1,5 Millionen Dollar soll den zentralen technischen Diensten (Seuchenforschung, Gesundheitsstatistik, Medikamentennormung, Fachveröffentlichungen u. a.), die zumeist in Genf ihren Sitz haben, zur Verfügung stehen.

Der Vorschlag, die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrates von 18 auf 24 zu erhöhen, traf auf Ablehnung. Anstelle der 6 turnusmäßig ausscheidenden Staaten wurden Saudi-Arabien, Chile, Südafrika, Frankreich, Japan und Burma in den Verwaltungsrat gewählt. Einstimmig wurden Rhodesien und Nyassaland als außerordentliche Mitglieder aufgenommen.

Die zweite Kommission arbeitete weiterhin einen Vorschlag aus, der die Wiederaufnahme der Arbeit des Komitees für das östliche Mittelmeergebiet, die seit dem Jahre 1950 ruhe, ermöglichen soll. Danach ist die Bildung von zwei Unterausschüssen vorgesehen, die sich aus Vertretern der arabischen Staaten einerseits und aus den israelischen Vertretern andererseits zusammensetzen und „möglichst an demselben Ort, zum gleichen Tage, aber zu verschiedenen Zeiten“ zusammenzutreten sollen. Bekanntlich haben sich die arabischen Staaten geweigert, mit den israelischen Vertretern zusammenzuarbeiten, und dadurch die Tätigkeit dieses Komitees lahmgelegt.

Die technischen Diskussionen spielten sich auch in diesem Jahr nur am Rande der Hauptversammlung ab. Sie erstreckten sich hauptsächlich auf die Verwirklichung von Hygienemaßnahmen in der Landwirtschaft

und die Organisation des Gesundheitsdienstes auf dem Lande.

Die Organisation der WHO.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen über die 7. Weltgesundheitsversammlung soll kurz etwas über den organisatorischen Aufbau der WHO gesagt werden: Die Hauptorgane der WHO sind die Weltgesundheitsversammlung, die sich aus Vertretern aller Mitgliedstaaten zusammensetzt und in der Regel einmal jährlich zusammentritt, und der Verwaltungsrat, der aus Vertretern von 18 Mitgliedstaaten besteht, die von der Weltgesundheitsversammlung auf 3 Jahre gewählt werden und von denen jährlich sechs ausscheiden. Das Sekretariat der WHO befindet sich in Genf.

Die WHO hat sechs Regionalbüros: für Europa (z. Zt. in Genf), für Afrika (Brazzaville), für das östliche Mittelmeer (Alexandria), für Südostasien (New Delhi), für den Westpazifik (Manila) und für Amerika (Washington). Gebiete, die „für die Wahrnehmung ihrer internationalen Beziehungen nicht selbstverantwortlich sind“, können gemäß Artikel 8 der Satzung der WHO als außerordentliche Mitglieder zugelassen werden, wenn der für sie verantwortliche Staat den Antrag auf Mitgliedschaft stellt. Es entspricht dieser Satzungsbestimmung, daß Rhodesien und Nyassaland anlässlich der 7. Weltgesundheitskonferenz zu außerordentlichen Mitgliedern ernannt wurden.

Die Pest — eine alte Geisel der Menschheit

Genf. — Im vergangenen Monat hat die Weltgesundheitsorganisation ein großes Handbuch über die Pest herausgegeben („Plague, a WHO monography“ by R. Pollitzer, M. D. 698 Seiten, Preis \$ 9.—), dessen Verfasser, Dr. R. Pollitzer, sein Leben dem Studium dieser Krankheit im Fernen Osten, insbesondere in China, gewidmet hat.

Das Buch gibt in seinem ersten Teil einen Abriss der Geschichte der Pest vom Altertum bis zur Neuzeit, um dann den heutigen Stand der wissenschaftlichen Forschung darzustellen.

Die erste große Pestepidemie, von der uns die Überlieferung berichtet, brach unter der Regierungszeit des Kaisers Justinian im Jahre 542 n. Chr. aus. Sie breitete sich „bis zu den Grenzen der bewohnten Welt“ aus und dauerte 60 Jahre. Die nächste Epidemie, von der wir wissen, begann im 14. Jahrhundert und raffte in Europa und Asien Millionen von Menschen hinweg. In England wurde die Bevölkerung um mehr als die Hälfte dezimiert. Erst im 18. Jahrhundert begann die Krankheit zuerst in Westeuropa, dann in Osteuropa, zu verschwinden. Die „letzte Zitadelle der Pest“ war die Türkei, wo sie noch 1841 viele Menschenleben forderte. Sie nahm von da ab in Europa kein kontinentales Ausmaß mehr an und blieb auf kleinere örtliche Zwischenfälle beschränkt. In Asien jedoch fordert sie noch immer zahlreiche Opfer, ebenso in Afrika, Nord- und Südamerika (besonders in Peru).

Die Pest ist zunächst eine Krankheit der Nagetiere, die durch Flöhe auf den Menschen und von Mensch zu Mensch übertragen wird. Der Hauptkrankheitsreger ist die Ratte, jedoch können auch andere Nagetiere (z. B. in Südafrika 100 verschiedene Arten) wie Mäuse, Murmeltiere, Maulwürfe, Eichhörnchen von ihr befallen werden. Die wirksamste Bekämpfung ist daher die Vertilgung dieser Tiere, insbesondere der Ratten, die mit verschiedensten Mitteln durchgeführt wird, von denen der Autor jedoch die Anwendung von Viruspräparaten verwirft.

Wohl ist der Pestbazillus schon seit mehr als 60 Jahren bekannt und auch ein Impfstoff entwickelt worden, doch erst seit knapp 10 Jahren ist mit Hilfe der Sulfonamide, Antibiotika und Insektiziden eine wirksame Bekämpfung dieser Menschheitsgeisel möglich geworden.

Weltwetterdienst

Genf. — Die Bundesrepublik Deutschland ist am 10. Juni 1954 als 86. Mitglied in den Weltwetterdienst (World Meteorological Organization — WMO) aufgenommen worden, nachdem $\frac{2}{3}$ der Mitgliedstaaten dieser Organisation dem Antrag auf Zulassung der Bundesrepublik zugestimmt hatten.

Der Weltwetterdienst ist die jüngste der den Vereinten Nationen bzw. dem Wirtschafts- und Sozialrat angegliederten Sonderorganisationen. Seine Mitglieder setzen sich aus 60 Staaten und 26 abhängigen Gebieten zusammen. Abhängige Gebiete, die über eine eigene Wetterstation verfügen, können Mitglied der Organisation werden, verfügen aber nur über ein beschränktes Stimmrecht.

Der Weltwetterdienst setzt die Arbeit der Internationalen Organisation für Meteorologie fort, die im Jahre 1950 den Vereinten Nationen angeschlossen wurde. Er setzt sich für einen besseren Ausbau des internationalen Wettermeldewesens, für eine Normierung der Wetterbeobachtung und für eine verbesserte Anwendung der meteorologischen Erkenntnisse in der Luft- und Seeschifffahrt sowie in der Landwirtschaft ein. Des Weiteren erstrebt diese Organisation die Koordinierung der Forschung und Ausbildung auf internationaler Basis. Die Organe der WMO sind: Der Kongreß, der mindestens einmal alle 4 Jahre zusammentritt; der Verwaltungsrat, der einmal im Jahr eine Sitzung abhält und sich aus dem Präsidenten und den Vize-Präsidenten des Weltwetterdienstes, den Präsidenten der 6 regionalen meteorologischen Vereinigungen (Afrika, Asien, Südamerika, Nord- und Mittelamerika, Europa und der Südwestpazifik) und 6 gewählten Mitgliedern zusammensetzt, und das Sekretariat in Genf unter der Leitung eines Generalsekretärs.

Sonstige Nachrichten

Konvention über Völkermord

Bonn. — Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung vom 8. Juli 1954 das Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, die am 9. 12. 1948 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde, einstimmig angenommen. Auch der Bundesrat hat am 16. Juli 1954 diesem Gesetz zugestimmt. Damit ist die Bundesrepublik als 44. Staat dieser Konvention, die am 12. Januar 1954 in Kraft getreten ist, beigetreten.

Ost-West-Handelskonferenz

Genf. — Prof. Gunnar Myrdal, der Exekutivsekretär der Europäischen Wirtschaftskommission der UN, hat die Einladungen für eine weitere Ost-West-Handelskonferenz im Oktober dieses Jahres versandt. Die Einladungen ergingen an alle europäischen Staaten und an die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Maßnahme entspricht den Bestrebungen des Wirtschafts- und Sozialrates, der in seiner zur Zeit noch andauernden Sitzung die wirtschaftliche Situation und Handelsfragen eingehend erörtert hat.

Kalenderreform

Genf. — Der Wirtschafts- und Sozialrat hat beschlossen, die vorgesehene Debatte über die Kalenderreform bis zu seiner nächsten Sitzung im Frühjahr 1955 zurückzustellen und die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, ihre Stellungnahme zu den Reformplänen bis zu diesem Zeitpunkt bekanntzugeben. Diese Kalenderreform, die auf indischen Vorschlag auf die Tagesordnung gesetzt wurde, beschäftigen bereits den

Völkerbund. Sie sieht die Einteilung des Jahres in 4 gleiche Quartale von 91 Tagen vor, in denen nur jeder 1. Monat 31 Tage, die beiden folgenden je 30 Tage haben; der überzählige 365. Tag soll ohne Wochentagsbezeichnung am Jahresende eingeschoben und als Weltfeiertag begangen werden. Die „beweglichen“ Feste wie Ostern und Pfingsten werden stets zum gleichen Datum gefeiert werden.

Technische Hilfe in Ceylon

Colombo. — Mit Unterstützung einer Sachverständigengruppe der Technischen Hilfe der Vereinten Nationen ist es der Regierung von Ceylon gelungen, die Salzproduktion des Landes unter gleichzeitiger Senkung der Produktionskosten und Verbesserung der Qualität um 50 % zu steigern. Wie Mr. Thischby, der Leiter dieser Gruppe mitteilt, ist eine weitere Produktionserhöhung vorgesehen, um die Außenhandelsposition des Landes zu stärken. Außerdem sollen in Zukunft die Nebenprodukte anderer Industriezweige zugezogen kommen und man erhofft sich durch den bei der Salzgewinnung anfallenden Gips einen starken Auftrieb für die Zementindustrie.

Rumänien und die UNESCO

Genf. — Der rumänische Außenminister hat dem Generaldirektor der UNESCO mitgeteilt, daß sein Land um Aufnahme in die UNESCO nachsuche. Nach dem Zulassungsverfahren für Nicht-Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen wurde das Aufnahmegesuch Rumäniens dem Wirtschafts- und Sozialrat vorgelegt, der sich mit 10 gegen 7 Stimmen bei einer Enthaltung für die Aufnahme Rumäniens in die UNESCO ausgesprochen hat. Da somit von seiten des ECOSOC kein Einwand erhoben wurde, kann Rumänien von der Hauptversammlung der UNESCO mit Zweidrittelmehrheit als Mitglied aufgenommen werden. Die Hauptversammlung der UNESCO tritt seit 1952 nur noch alle zwei Jahre zusammen. Ihre nächste Sitzung beginnt am 12. November d. J. in Montevideo.

UNESCO-Briefmarke

Paris. — Ein Preis von 500 Dollar wurde von der UNESCO für den besten Entwurf einer die Arbeit dieser Organisation symbolisierenden Briefmarke ausgeschrieben. Die Postverwaltung der Vereinten Nationen hat über 200 Künstler aus 40 Mitgliedstaaten zur Teilnahme an diesem Wettbewerb eingeladen, dessen Ergebnis im September 1954 veröffentlicht werden soll.

Europäisches Büro der WHO

Genf. — Der Verwaltungsrat der WHO hat am 27. Mai Kopenhagen zum ständigen Sitz des Europäischen Büros der Organisation gewählt. Außer Kopenhagen waren noch Nizza, Frankfurt, Den Haag, Wien, Florenz, Genf und Montreux vorgeschlagen worden. Zur Zeit ist das Europäische Büro der WHO noch behelfsweise im Völkerbundspalast in Genf, der auch Sitz der Hauptorganisation ist, untergebracht. Die Verlegung nach Kopenhagen ist für Herbst 1955 vorgesehen. Des weiteren hat der Verwaltungsrat beschlossen, der Einladung der mexikanischen Regierung Folge zu leisten und die nächstjährige Weltgesundheitsversammlung in Mexico City durchzuführen.

Neues UN-Informations Centre

Bogota. — Der stellvertretende Generalsekretär für die öffentliche Information, Benjamin Cohen, eröffnete am 13. Juli 1954 in Bogota, Kolumbien, ein neues UN-Information Centre, das 20. der über die ganze Erde verstreuten Institute dieser Art. Dieses Information Centre ist für die Arbeit in Kolumbien, Ekuador, Peru und Venezuela bestimmt.

IX. Generalversammlung der WFUNA

Das Exekutiv-Komitee der World Federation hat in seiner Sitzung Mitte Mai 1954 die Tagesordnung für die IX. Generalversammlung des Weltverbandes, die vom 6. bis 12. September 1954 in Genf stattfinden wird, festgelegt. Die Aufnahmeanträge der „Indonesian Association for the UN“ und der „UN Association of Thailand“ wurden überprüft; sie werden der Generalversammlung mit der Befürwortung des Exekutiv-Komitees zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Vorbereitungen für den 10. Jahrestag der Vereinten Nationen — 24. Oktober 1955 — werden ebenso wie die Erwägungen über die Durchführung einer I. Generalversammlung der WFUNA außerhalb Europas, für die bisher Einladungen von Pakistan und Thailand vorliegen, einen recht wesentlichen Teil der Verhandlungen in der Programmkommission einnehmen, ist doch für beide Projekte zunächst die Sicherstellung der Finanzierung von entscheidender Bedeutung. Ebenfalls wird die Organisation und die Arbeit der International Student Movement for the UN (ISMUN), die im Jahre 1949 in Rom als studentische Kommission der World Federation gegründet wurde, aus Anlaß ihres 5jährigen Bestehens einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden.

In den politischen Diskussionen wird die Frage einer Revision der Charta der UN im Vordergrund stehen. Weitere gewichtige Punkte betreffen die Abrüstung und das Verbot der atomischen und bakteriologischen Waffen, die Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen, die Aufnahme neuer Mitglieder in diese Organisation und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Auch die Aufgabe, die der World Federation bei der Milderung internationaler Spannungen zufällt, wird Gegenstand eingehender Beratungen sein.

Fachleute auf dem Gebiet des Erziehungswesens werden sich mit der Frage beschäftigen, wie die Schule die herkömmlichen Hindernisse für ein internationales Verstehen überwinden und dieses Verstehen zu einer wesentlichen Grundlage ihrer Erziehungsaufgabe machen kann. Für die Jugend geeignete Publikationen, Unterricht über die Arbeit der Vereinten Nationen, Förderung des Verständnisses für deren Ziele und für die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Erleichterung des Briefwechsels mit ausländischen Altersgenossen und zwischen Lehrern verschiedener Staaten, Austauschreisen von Schülergruppen und ähnliche Probleme sind weitere Punkte der Tagesordnung auf dem Erziehungssektor. Schließlich wird auch die Entwicklung des Erziehungswesens in Treuhandsgebieten als Mittel zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes untersucht werden.

Die Kommission für Wirtschafts- und Sozialfragen wird sich innerhalb der Generalversammlung mit der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der sog. unterentwickelten Gebiete und mit der Aufgabe der Internationalen Arbeitsorganisation innerhalb des Technischen Hilfsprogramms beschäftigen. Die Kommission wird weiter einen Bericht über das Flüchtlingsproblem erörtern, den Dr. Kappeyne van de Capello, Niederlande, nach Beratung mit den UN-Gesellschaften in Belgien, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei erstatten wird. Ferner gehören zu der Tagesordnung dieser Kommission die Zusammenarbeit des Weltverbandes und seiner Mitgliedschaften mit der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau und die so viel diskutierte Frage der Ost-West-Handelsbeziehungen.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß Botschafter Nasrollah Entezam, Iran, seit 1951 Präsident der World Federation, sein Amt zum Abschluß der diesjährigen Generalversammlung zur Verfügung stellen wird; eine Wiederwahl ist nach der Satzung nicht möglich. Ebenfalls erfolgt die Neuwahl für die turnusmäßig ausscheidenden Vizepräsidenten und Mitglieder des Exekutiv-Komitees sowie des Schatzmeisters und der Rechnungsprüfer. Es ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß alle Träger von Funktionen in der World Federation mit Ausnahme des Generalsekretärs — also der Präsident, die Ehrenpräsidenten, die Vize-Präsidenten, die Mitglieder des Exekutiv-Komitees, der Schatzmeister und die Rechnungsprüfer — ehrenamtlich für den Weltverband tätig sind. Innerhalb der Gruppe der Vize-Präsidenten (9 Mitglieder) und des Exekutiv-Komitees (11 Mitglieder) wird Wert auf eine gleichmäßige geographische Verteilung gelegt; es soll jeweils nur ein Mitglied dieser beiden Gremien aus einem Staat bzw. einer Mitgliedsgesellschaft der WFUNA kommen.

Entschlüsse zur internationalen Politik

Auf Antrag der UN-Gesellschaft für Großbritannien und Nord-Irland hat sich das Exekutiv-Komitee der WFUNA in seiner Sitzung Mitte Mai mit den politischen Spannungen und mit dem Problem der Wasserstoffbombe befaßt. In einer Resolution, die an den Generalsekretär der UN, die Außenminister der Großmächte und die Mitglieder der UN-Abrüstungskommission gerichtet wurde, appellierte das Exekutiv-Komitee an alle Regierungen, insbesondere an die Großmächte, auf dem schnellsten Wege eine Beschränkung der herkömmlichen Waffen, ein Verbot der Verwendung und Herstellung atomischer, bakteriologischer und anderer Waffen der Massenvernichtung und eine wirksame Kontrolle dieser Maßnahmen herbeizuführen. Die auf diese Weise freiwerdenden Mittel sollen der friedlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, vor allem der unterentwickelten Gebiete, zugeführt werden.

In einer Botschaft an die in Genf tagende Ostasien-Konferenz, die dem Prinzen Wan, Außenminister von Thailand, — einer der Präsidenten der Konferenz — überreicht und den übrigen Delegationen übersandt worden ist, fordert das Exekutiv-Komitee alle Mächte auf, den Völkern Asiens das Selbstbestimmungsrecht zu sichern und die Rolle der Vereinten Nationen in Asien durch die Aufnahme aller selbständigen Staaten, die die Verpflichtungen der Charta zu übernehmen bereit sind, als Mitglieder in diese Organisation zu stärken; insbesondere soll China durch seine tatsächliche Regierung, die seit dem Jahre 1949 in Peking besteht, in den Vereinten Nationen vertreten sein. Durch enge Zusammenarbeit in den UN sollen die Mächte dafür Sorge tragen, daß alle asiatischen Staaten vor Aggression und der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten gesichert sind und ihnen die erforderliche Unterstützung bei ihren Bemühungen gewährt wird, Armut, Krankheit und Unwissenheit in ihren Ländern zu überwinden und eine friedliche Entwicklung herbeizuführen.

UN-Seminar für Lehrer auf den Philippinen

Vom 4. bis 11. April 1954 fand in Manila ein Seminar über „Unterricht über die Vereinten Nationen und Erziehung zur internationalen Verständigung“ statt, an dem 300 Delegierte und Beobachter aus allen Provinzen der Philippinen und von den verschiedenen Organisationen mit erzieherischer und kultureller Zielsetzung, sowie Vertreter von Australien, Hongkong, Indonesien, Japan, Laos und Thailand teilnahmen. Die Durchführung des Seminars lag in den Händen der UN-Gesellschaft der Philippinen und erfolgte auf Anregung

und in Zusammenarbeit mit der UNESCO. Die Arbeit der Delegierten vollzog sich in 4 Gruppen, die jeweils die Probleme in den Universitäten, Höheren Schulen, Grundschulen und bei der Tätigkeit außerhalb der eigentlichen Lehrpläne dieser Anstalten untersuchten und das Ergebnis dieser Studien in Empfehlungen niederlegten.

... in Italien

Am 24. März 1954 eröffnete die Italienische UN-Gesellschaft ihren 3. Studienkurs für die Lehrer von Elementarschulen in Rom. Der Generalsekretär der Gesellschaft, Prof. Roberto Ago, 1. Vize-Präsident der WFUNA, hielt vor 120 Lehrern, Schulleitern und Mitarbeitern des Erziehungsministeriums den einleitenden Vortrag.

... in Sierra Leone und Uganda

Anfang Mai fand in Freetown, Sierra Leone, ein Ferienkurs für Lehrer statt, der ebenfalls das Thema „Unterricht über die Vereinten Nationen“ zum Gegenstand hatte. Die Teilnehmer ersuchten die UN-Gesellschaft von S. L., Unterrichtsmaterial, vor allem Anschauungsmaterial, für ihre Arbeit den Schulen zur Verfügung zu stellen. — Auch in Uganda wurden seit dem Herbst 1953 in den verschiedenen Distrikten Seminare und Tagungen durchgeführt, die der Weiterbildung von Lehrern dienten. An einer Zusammenkunft am 10. April 1954 nahmen über 100 Lehrer aus 4 verschiedenen Distrikten teil. Weitere Tagungen über den gleichen Gegenstand werden in anderen Teilen des Landes vorbereitet.

Sonstige Seminare und Veranstaltungen

Vom 2. bis 4. April 1954 veranstaltete die WFUNA in Zusammenarbeit mit dem Collegiate Council for the UN einen Wochenendlehrgang in New York aus Anlaß der Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates. Unter den 53 Teilnehmern befanden sich Angehörige von 22 Nationen, darunter auch Deutsche.

Die italienische UN-Gesellschaft führte in ihrer Reihe von Studienkursen über internationale Organisationen ein Seminar über Gesundheitsprobleme in der Zeit vom 26. April bis 21. Mai 1954 in Mailand durch. Ein weiteres Seminar über internationale Arbeitsprobleme fand in Turin vom 17. Mai bis 17. Juni 1954 statt. In 3 bis 4 Vorträgen je Woche kamen in beiden Seminaren Mitarbeiter der WHO bzw. der ILO, leitende Wissenschaftler der Universitäten Mailand und Turin und Angehörige der zuständigen italienischen Ministerien zu Wort.

Die Österreichische Liga für die Vereinten Nationen veranstaltete vom 24. bis 29. Mai in Bad Gastein eine internationale Tagung von Fachleuten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, an der neben Vertretern aus 20 verschiedenen Staaten auch der Präsident der diesjährigen Generalversammlung der WHO, Dr. Togba, Liberia, teilnahm. Zum Abschluß der Tagung, die die Besichtigung mehrerer österreichischer Heilbäder einschloß, empfahlen die Teilnehmer in einer Entschließung die Bildung von Gesundheitskommissionen innerhalb der einzelnen UN-Gesellschaften, die Schaffung von nationalen WHO-Komitees in Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation und die Abhaltung weiterer Zusammenkünfte der Gesundheitskommissionen mit Sachverständigen auf dem Gebiet der internationalen Gesundheitspflege. Drei deutsche Teilnehmer dieser Tagung, die Herren Dr. Freund, Darmstadt, Dr. Hamacher, Karlsruhe, und Prof. Dr. Hasselmann, Erlangen, haben eine entsprechende Entschließung an den Vorstand der Deutschen Gesellschaft gerichtet.

Die Schwedische UN-Gesellschaft hat ihren Sommerferienkurs im Juli 1954 unter das Thema „Weltprobleme und unsere Verantwortlichkeit“ gestellt und wird sich in diesem Zusammenhang mit der Technischen Hilfe für unterentwickelte Gebiete befassen. — Ein weiteres Seminar über Fragen des Gesundheitswesens wird von der Kubanischen UN-Gesellschaft vom 20. bis 25. September 1954 in Havanna durchgeführt werden.

Ihre Jahresversammlungen hielten ab: Die Italienische Gesellschaft am 26. 2. 1954 in Rom, die Neuseeländische Gesellschaft am 26./27. 2. 1954 in Wellington, die Philippinische Gesellschaft am 13. 3. 1954 in Manila, die Niederländische Gesellschaft am 8. 5. 1954 in Den Haag, die Pakistanische Gesellschaft am 30. 5. 1954 in Karatschi, die Schweizerische Gesellschaft am 20. 6. 1954 in Montreux und die Britische Gesellschaft am 16. bis 18. 7. 1954 in Harrogate. Die Jahresversammlung der International Student Movement for the United Nations wird unmittelbar vor der Generalversammlung der WFUNA vom 30. August bis 4. September in Genf stattfinden.

AUS DER ARBEIT DER GESELLSCHAFT

Hauptversammlung 1954 der DGVN

Die diesjährige Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen fand am 15. Mai 1954 unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bundesgerichtshofes Dr. Hermann Weinkauff in Heidelberg statt. Die Tagesordnung sah nach der Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts und der Entlastung des Vorstands die Wahl zur Ergänzung des Präsidiums, die Neuwahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer, eine Satzungsänderung und die allgemeine Aussprache vor.

Als Vorsitzender der Hauptversammlung begrüßte Dr. Weinkauff in seiner Eröffnungsansprache unter den Teilnehmern besonders die Herren Arnold Rorholt, Ständiger Vertreter des UN-Hochkommissars für das Flüchtlingswesen, Legationsrat Dr. Frowein, UN-Referent im Auswärtigen Amt, Oberbürgermeister Dr. Neinhaus, Landtagspräsident von Baden-Württemberg, Prof. Dr. Bilfinger und Dr. von Brentano als Vertreter des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft, Vize-Präsident Dr. Moelle, Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen, und Fritz Bartsch, Vertreter des Vorstands des Landesverbandes Hessen. — Prof. Dr. Wahl dankte als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft Herrn Präsidenten Dr. Weinkauff dafür, daß er trotz seines schweren und sorgenvollen Amtes der Bitte des Vorstandes nachgekommen sei, die diesjährige Hauptversammlung zu leiten. Sodann gedachte Prof. Wahl des verstorbenen Ministerpräsidenten a. D. Prof. Dr. Geiler, der als leidenschaftlicher Anhänger der Weltorganisation der Vereinten Nationen seine Kraft der Tätigkeit unserer Organisation seit deren Gründung gewidmet hatte. — Oberbürgermeister Dr. Neinhaus hieß die Teilnehmer an der Hauptversammlung im Namen der Stadt Heidelberg willkommen und betonte die stete Bereitschaft der Stadtverwaltung, mit allen Kräften die Arbeit der Gesellschaft und die Ziele der Vereinten Nationen zu fördern. Zugleich sprach Dr. Neinhaus den Gruß des Landtags Baden-Württemberg als dessen Präsident aus und versicherte, daß die Bestrebungen der Deutschen Gesellschaft von allen Fraktionen des Landtags aufs wärmste begrüßt und unterstützt würden.

In seinem Jahresbericht stellte der Generalsekretär fest, daß die Gesellschaft im 2. Jahre ihres Bestehens

einen guten Schritt vorangekommen sei, daß sich aber andererseits die Erwartungen nicht völlig erfüllt hätten. Die Untersuchung der Gründe für dieses Zurückbleiben hinter den Vorhaben ergab, daß die deutsche Öffentlichkeit den politischen Realitäten, wie sie sich in der Arbeit der UN zeigten, nüchtern und zurückhaltend gegenüberstehe und die Vereinten Nationen weniger nach ihrem Willen als nach ihren tatsächlichen Erfolgen beurteile. Die Bemühungen dieser Organisation abseits der großen Politik seien dabei noch nicht im notwendigen Maße in das Bewußtsein eingebracht und bildeten deshalb mit ihren unbestreitbaren Erfolgen nicht das ausreichende Gegengewicht gegenüber dem nicht immer erfreulichen Anblick auf der rein politischen Ebene. Die Einstellung der politisch interessierten und einsichtigen Kreise in Deutschland gegenüber den UN dürfe deshalb grundsätzlich als im Ganzen positiv, jedoch abwartend und mit einer gewissen Hoffnung auf die Entwicklung der Zukunft, umschrieben werden.

Die Aufgabe, die sich aus dieser Analyse ergebe, laute demnach: Überwindung des noch hier und dort vorhandenen Mißtrauens, Förderung des Interesses durch die Vermittlung genauer Kenntnisse über die Arbeit der UN an den großen Problemen und auf allen Gebieten, Appell an die Vernunft mit dem Ziel, die auf Ausgleich der Spannungen bedachte Rolle der Vereinten Nationen deutlich zu machen und sie wo irgend möglich moralisch zu unterstützen. Hierbei sei vor allem immer wieder die außerordentlich segensreiche Arbeit auf sozialem und wirtschaftlichem, kulturellem, medizinischem und humanitärem Gebiet an die ihr gebührende Stelle zu rücken.

In einer Übersicht über die bisherigen Vorhaben auf organisatorischem Gebiet, die im Laufe des kommenden Jahres zur Gründung von wenigstens 4 weiteren Landesverbänden führen sollen, betonte der Generalsekretär, daß eine nur oberflächlich vorbereitete Bildung regionaler Unterorganisationen vom Vorstand stets abgelehnt worden sei. Die Hinzuziehung möglichst weiter Kreise des öffentlichen Lebens, die naturgemäß einer erheblichen Kleinarbeit bedürfe, und die Sicherung der materiellen Basis für neugegründete Gesellschaften seien eine unabwendbare Voraussetzung, wenn man nicht lediglich des rein äußerlichen Erfolges wegen Gründungen durchführen wolle.

Im weiteren Verlauf seines Berichts stellte Herr Pfenniger dem guten Zusammenwirken mit den großen Jugendorganisationen, die in ihrer Arbeit mehr und mehr Raum der Idee der Vereinten Nationen und des internationalen Zusammenlebens geben, einen gewissen Rückgang der Wirkungsmöglichkeiten der beiden studentischen Organisationen gegenüber, die nicht mehr wie in früheren Jahren das Interesse der jüngeren Semester an ihrer Arbeit — wie den politischen Fragen ganz allgemein — finde. Er regte deshalb an, einen weiteren organisatorischen Ausbau der Jugendarbeit in Form einer Arbeitsgemeinschaft zu erwägen, an der die Studentenorganisationen zusammen mit den sonstigen Jugendverbänden mitwirken und ihre in der bisherigen Arbeit gesammelten Erfahrungen und Kenntnisse verwerten könnten.

Mit einer Darlegung der finanziellen Schwierigkeiten und der Erstattung des Kassenberichts, der rund DM 53 000.— als Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1953/54 ausweist, beendete der Generalsekretär seinen Bericht. —

Dr. Weinkauff beantragte als Vorsitzender der Hauptversammlung, den Vorstand für die Geschäftsführung des vergangenen Jahres zu entlasten. Prof. Wahl stellte den zusätzlichen Antrag, den Vorstand zugleich zu ermächtigen, auch für den noch nicht gegründeten Landesverband Baden-Württemberg zu handeln und des-

sen Geschäfte vorläufig durch das Generalsekretariat führen zu lassen. Er begründete diesen Antrag vor allem mit der prekären Finanzlage der Gesellschaft, die eine möglichst wirtschaftliche Verwendung der Mittel erforderlich mache. Durch den Sitz der Gesamtorganisation im Lande Baden-Württemberg habe sich ein Schwerpunkt der Arbeit der Deutschen Gesellschaft in diesem Raum entwickelt, von dem aus die Vorbereitungen der Gründung des Landesverbandes betrieben und die Arbeit selbst für den ersten Zeitraum übernehmen werden könne. — Beide Anträge, die Entlastung des Vorstandes und die Ermächtigung, zugleich für den Landesverband Baden-Württemberg zu handeln, wurden einstimmig angenommen. —

In der anschließenden Wahl zur Ergänzung des Präsidiums wurden die Herren Walter Freitag, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und Dr. Fritz Könecke, Generaldirektor der Daimler-Benz AG, einstimmig dem Präsidium zugewählt.

Die Neuwahl des Vorstandes brachte die Bestätigung der bisherigen Vorstandsmitglieder in ihrem Amt für weitere 2 Jahre; lediglich Rechtsanwalt Dr. Knott, Kanzler der Erzdiozese Köln, hatte wegen Arbeitsüberlastung seinen Rücktritt erklären müssen. Neu in den Vorstand gewählt wurden Frau Dr. Else Ulich-Beil, Vorsitzende des Deutschen Frauenrings, und die Herren Bundestagsabgeordneten Dr. Eugen Gerstenmaier und Erwin Schoettle. —

Ferner billigte die Hauptversammlung die vom Vorstand angeregte Satzungsänderung, die durch Schaffung des „Erweiterten Vorstands“ eine engere Zusammenarbeit des Vorstands der Gesamtorganisation mit den Landesverbänden, den Studentenorganisationen und, in der Zukunft, auch den politischen Jugendverbänden gewährleisten soll. Neben den notwendigen Ergänzungen der §§ 11 und 13 wird demzufolge ein neuer § 13a mit folgendem Wortlaut in die Satzung eingefügt:

„Der Erweiterte Vorstand setzt sich aus dem Vorstand der Gesellschaft und den Vorsitzenden der Landesverbände sowie den Vorsitzenden der Deutschen Studentenvereinerung für die Vereinten Nationen und des ISSF zusammen. Seine Aufgaben sind die Beschlussfassung über die Tagesordnung der Hauptversammlung und den Haushaltsplan der Gesellschaft. Soweit die Mitglieder des Erweiterten Vorstands nicht dem Vorstand angehören, können sie an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.“

Die allgemeine Aussprache befaßte sich vor allem mit zwei Fragenkomplexen, nämlich der Aufklärungsarbeit und der Bildung von Kommissionen für bestimmte Fachgebiete. Es wurde dabei einmütig die Auffassung vertreten, daß der bisher eingeschlagene Weg, über eigene Veranstaltungen der Deutschen Gesellschaft hinaus immer wieder die Anregung in andere Organisationen hineinzutragen, sich selbst mit Problemen der UN zu beschäftigen, der richtige und erfolversprechende sei. Die Jugendarbeit müsse dabei eine wesentliche Rolle spielen, wobei alle Kreise der Jugend angesprochen werden sollten. Dr. Grunwald machte als Vertreter des DGB in diesem Zusammenhang der Versammlung die Mitteilung, daß in den Schulen des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Arbeit der UN als ordentliches Lehrfach angesehen werde. Weitere Anregungen verfolgten das Ziel, in Zusammenarbeit mit den Kultusministerien und den Verlegern von Lehrbüchern brauchbares Unterrichtsmaterial zusammenzustellen. Prof. Erbe setzte sich dafür ein, daß die Kenntnisvermittlung über die Vereinten Nationen eine feste Stätte in der staatsbürgerlichen Erziehung finde, und zwar sowohl in der Schule als auch in der Erwachsenenbildung. Um die Tätigkeit der großen internationalen Organisation den Menschen in Deutschland näher zu brin-

gen, bedürfe es intensiver Anstrengungen, da dieser spröde Stoff nicht ohne weiteres für Veröffentlichungen in der Presse, für die Verwendung im Rundfunk und für die Herausgabe der erforderlichen Schriften usw. geeignet sei, sondern zunächst verarbeitet und auf unsere Verhältnisse in Deutschland zugeschnitten werden müsse. — Prof. Wahl betonte, daß eine große Aufgabe der Deutschen Gesellschaft darin bestehe, die Bildung von Ressentiments gegen die Vereinten Nationen in Deutschland zu verhindern. Es sei bekannt, daß die UN zunächst eine Vereinigung zur Niederrückung der Achsenmächte gewesen seien. Aus diesem Ursprung stamme auch noch die Bestimmung der Charta, daß Maßnahmen gegen Feindstaaten des 2. Weltkrieges nicht durch die Satzung der UN ungültig oder unanwendbar geworden seien. Auch wenn es kaum möglich sei, eine solche Bestimmung aus der UN-Charta zu streichen, so habe doch schon ein Prozeß begonnen, der das Ziel habe, solche Bestimmungen einfach einzuschlagen zu lassen. Ein Beweis dafür sei die Kriegsgefangenenkommission der UN, die gegen den mit Artikel 107 begründeten Widerspruch der Sowjetunion gebildet worden sei und ihre Arbeit erfolgreich aufgenommen habe. Es bedürfe jedoch auch eines großen psychologischen Geschicks, um die immer wieder mit Bezug aus diskriminierende Bestimmungen der Charta vorgetragenen Bedenken gegen die UN allmählich auszüräumen.

Von mehreren Diskussionsteilnehmern, so von den Herren Dr. Freund und Dr. Jusatz, wurde die sofortige Bildung von Arbeitsausschüssen dringend empfohlen, um von seiten der Gesellschaft zu den Problemen der Vereinten Nationen und den einzelnen Sachgebieten Stellung nehmen zu können. Dabei wurde auch besonders darauf hingewiesen, daß einzelne Berufsgruppen, wie z. B. die Ärzteschaft, die sonst kaum für den Gedanken der UN zu gewinnen sei, auf diesem Wege zur Mitarbeit herangezogen werden und in ihrem eigenen Fach Anregungen empfangen und ausstrahlen könnten. — In seiner Stellungnahme zu diesen Vorschlägen wies Prof. Wahl darauf hin, daß der Vorstand sich immer wieder mit solchen Plänen befaßt und von Anfang an die Auffassung vertreten habe, daß eine eigentliche politische und sachliche Arbeit der Gesellschaft die Bildung von Kommissionen zur Voraussetzung habe. Die Kommissionsarbeit könne aber nach Auffassung des Vorstands erst dann beginnen, wenn der regionale Aufbau, d. h. die Bildung von Landesverbänden, abgeschlossen sei, da erst dann auch wirklich die Fachleute aus allen Teilen der Bundesrepublik gewonnen werden könnten. Ein wesentlicher Anreiz für eine aktive Mitarbeit in der Gesellschaft sei doch wohl die Mitarbeit in solchen Kommissionen. Es müsse deshalb der Eindruck vermieden werden, daß diese Kommissionen bereits gebildet und endgültig besetzt seien, ehe die Gesellschaft in allen Teilen der Bundesrepublik festen Fuß gefaßt habe. — Der Kompromißvorschlag von Dr. Junghann, daß es trotz des noch nicht abgeschlossenen regionalen Aufbaus und trotz der schwierigen Finanzlage der Gesellschaft wünschenswert sei, möglichst bald mit der Bildung von Arbeitsgruppen zu beginnen, die eine Vorarbeit für die späteren Kommissionen auf Bundesebene leisten könnten, fand allgemeine Zustimmung. Es wäre auf diese Weise ein Mittelweg gefunden, der es ermöglichen würde, auch vor Gründung aller Landesverbände bereits diese Arbeit aufzunehmen oder wenigstens vorzubereiten.

Als Abschluß der Aussprache wurde der Hauptversammlung der Entwurf einer durch den Vorstand ausgearbeiteten Entschließung vorgelegt, die das Problem der Wasserstoffbombe betraf. Den Anlaß für die Behandlung dieser Frage hatte eine Aufforderung der World Federation geliefert, bis zur Sitzung des Exekutiv-Komitees am 15./16. Mai 1954 eine Stellungnahme der einzelnen Gesellschaften herbeizuführen. Der Vor-

stand hatte daraufhin beschlossen, den Fragenkomplex der Hauptversammlung vorzulegen und dem Exekutiv-Komitee der WFUNA das Ergebnis der Diskussion telegraphisch nach Genf weiterzuleiten.

Nach längerer Diskussion faßte die Hauptversammlung nachstehende Entschließung zur Weiterleitung an das Exekutiv-Komitee der World Federation of United Nations Associations: „Nichts darf unversucht bleiben, auf weltumfassender Basis im Rahmen einer allgemeinen Abrüstung eine wirksame Ausschaltung der Wasserstoffbombe im Kriegsfall herbeizuführen. — Das Mittel hierzu müßte ein allgemeines Übereinkommen sein, durch das auch die Herstellung der Wasserstoffbombe verboten und die Vorbereitung solcher Kriegsrüstung unter die internationale Kontrolle der Vereinten Nationen gestellt wird.“

UN-Aufsatzwettbewerb 1954

An dem diesjährigen Aufsatzwettbewerb der Vereinten Nationen haben Angehörige von 63 Nationen teilgenommen. Arbeiten aus 45 Ländern wurden der internationalen Jury in New York für die Preisverteilung eingesandt. Der Deutschen Gesellschaft gingen über 100 Arbeiten zu den beiden Themen „Die Aufgabe der Erziehung bei der Förderung internationalen Verständnisses“ und „Wirtschaftliche Entwicklung und Weltfrieden“ zu. Die nationale Jury unter dem Vorsitz des Direktors des Bonner Zweigamtes der Internationalen Arbeitsorganisation, F. G. Seib, wählte aus diesen Eingängen 8 Arbeiten aus, von denen 3 an das Informationsamt der UN nach New York weitergeleitet wurden. Wie wir bereits mitteilen, hat Herr Dr. Günther Dohmen, zur Zeit Stuttgart, als erster deutscher Teilnehmer einen der acht 2. Preise, die für diesen Wettbewerb ausgesetzt waren, gewonnen; er wird im Oktober dieses Jahres auf Einladung der Vereinten Nationen für zwei Wochen nach Genf reisen, um die dortigen Einrichtungen am europäischen Sitz der UN sowie der Sonderorganisation ILO, WHO und WMO zu studieren. Dem durch die deutsche Jury mit dem zweiten Preis ausgezeichneten Lehrer Ulrich Geiß aus Görwihl, Landkreis Säckingen, konnte durch die Deutsche Gesellschaft die Möglichkeit gegeben werden, an der vom 28. Juli bis zum 6. August 1954 stattfindenden Summer School der World Federation in Genf teilzunehmen. Buchpreise erhielten folgende Damen und Herren:

Dr. Arnold Buchholz, Reinbeck, Bez. Hamburg,
Hans-Jürgen Stutzer, Flensburg,
Helga Wegner, Berlin-Charlottenburg,
Gerd Joachim Sieger, Göttingen,
Lothar Nielsen, Flensburg,
Renate Fischer, Berlin-Lichterfelde.

Eine Übersicht über die Gewinner — 14 Herren und 1 Dame — dieses internationalen Wettbewerbs zeigt, daß 9 von insgesamt 15 Preisträgern einer nationalen Gesellschaft für die Vereinten Nationen angehören. Die sieben 1. Preise fielen auf Teilnehmer aus Australien, Burma, Frankreich, Groß-Britannien, dem Libanon, Mexiko und Uruguay; die acht 2. Preise wurden für Einsendungen aus Ägypten, Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Indien, Israel, Jugoslawien, Singapur und den USA verliehen.

Internationale Seminare

Trotz zunächst großer Schwierigkeiten war es der Deutschen Gesellschaft doch noch möglich, zu den Seminaren der World Federation, die im Sommerhalbjahr 1954 in Genf bzw. Den Haag stattfanden, jeweils einige Vertreter zu entsenden. Darüber hinaus nahmen

auch Mitglieder unserer Gesellschaft in verstärktem Maße auf eigene Kosten an diesen Seminaren teil. Dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium, die uns in die Lage versetzten, kleinere Studiengruppen mit Reisekostenzuschüssen zu versehen, gilt unserer besonderer Dank.

An dem Seminar über die Weltgesundheitsorganisation vom 3. bis 15. Mai in Genf konnten auf diese Weise vier Mitglieder der Gesellschaft teilnehmen; es verdient wohl bemerkt zu werden, daß die ursprünglich für diesen Zweck ausgewählten drei Studenten freiwillig auf einen Teil ihres Reisekostenzuschusses verzichteten, um noch einem 4. Bewerber die Möglichkeit zu geben, ebenfalls das Seminar zu besuchen. 48 Teilnehmer aus 14 Staaten hörten nach der Eröffnungsansprache des Generaldirektors der WHO, Dr. Candau, Vorträge von Spezialisten aus den verschiedenen Abteilungen der WHO und von Delegierten der gleichzeitig stattfindenden Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation. Besonders Interesse fand naturgemäß der Vortrag des Leiters der norwegischen Delegation, Dr. Karl Evang, über Eindrücke seines kürzlichen Besuchs der Sowjetunion zum Studium der dortigen Gesundheitsprobleme und -maßnahmen. Dieser Vortrag wurde auch von einer Reihe von Delegierten der WHO-Konferenz besucht.

Das Seminar über internationale Arbeitsprobleme, das erste Seminar der WFUNA in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation, fand vom 26. Mai bis 9. Juni in Genf statt. Unter den 35 Teilnehmern aus 15 verschiedenen Staaten befanden sich auch zwei Mitglieder unserer Gesellschaft. Eine große Zahl von internationalen Organisationen hatte ebenfalls Beobachter zu diesem Seminar entsandt, das der stellvertretende Generaldirektor der ILO, Mr. Yalden Thompson, eröffnete. Eine Gruppe von 23 Studenten der juristischen Fakultät der Universität Lyon und 30 deutsche Studenten, Mitglieder des ISSF, besuchten für jeweils einen Tag ebenfalls das Seminar.

Gleichfalls zum ersten Male fand ein Seminar am Sitz des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag statt. Zu diesem Seminar, das vom 12. bis 17. Juli durchgeführt wurde, konnten von der Gesellschaft drei deutsche Teilnehmer entsandt werden. Sir Arnold Duncan McNair, der Präsident des Internationalen Gerichtshofs, sprach über die Aufgaben des Gerichts, während u. a. der Richter Dr. Hsu Mo über dessen Rechtsprechung referierte. Die Seminarteilnehmer hatten auch Gelegenheit, einer Sitzung des Gerichtshofes beizuwohnen.

Die diesjährige Summer School der WFUNA vom 28. Juli bis 6. August in Genf, die das Thema „Die Vereinten Nationen und die Probleme Asiens“ behandelt, war bei Redaktionsschluß noch nicht beendet. Auch an diesem Seminar konnten außer dem Gewinner des ersten deutschen Preises im Aufsatzwettbewerb noch sechs Mitglieder der Gesellschaft teilnehmen.

UN-Seminar in Göttingen

Der Landesverband Niedersachsen der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen in der Zeit vom 25. bis 29. Oktober 1954 eine Seminarwoche über Probleme der Vereinten Nationen durchführen. In Vorträgen und anschließenden Diskussionen werden folgende Themen behandelt werden:

- Idee und Aufgaben der Vereinten Nationen;
- Deutschland und die Vereinten Nationen;
- Die Tätigkeit der UNESCO;

Die Vereinten Nationen und das Problem der internationalen Gewährleistung der Menschenrechte;

Gegenwartsprobleme der Vereinten Nationen;

Die Vereinten Nationen und die Probleme der europäischen Einigung;

Das technische Hilfsprogramm der Vereinten Nationen;

Die Vereinten Nationen und die Weltwirtschaft;

Probleme der internationalen Gerichtsbarkeit.

Die Referate werden von namhaften Wissenschaftlern und Praktikern des In- und Auslandes gehalten werden. Zu ihrer Ergänzung wird die Vorführung von Filmen über die Tätigkeit der Vereinten Nationen dienen. Zur Vertiefung der Studien stehen den Teilnehmern an der Seminarwoche die Bibliothek und die Sammlungen des Instituts für Völkerrecht zur Verfügung. Über die Teilnahme an der Seminarwoche werden auf Wunsch Bescheinigungen ausgestellt.

Die Teilnahme steht in- und ausländischen Studierenden der deutschen Hochschulen und verwandter Einrichtungen sowie Jungakademikern in der Ausbildung offen. Die Teilnehmergebühr, in der der Unkostenbeitrag für die Unterbringung in Studentenwohnheimen und die gesamte Beköstigung enthalten ist, beträgt DM 25.—, bei Verzicht auf Unterbringung und Beköstigung DM 5.—.

Verbindungsstelle Bonn

Mit Wirkung vom 1. Juni 1954 konnte dank der Unterstützung der Bundesregierung die Informations- und Verbindungsstelle der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen in Bonn eingerichtet werden. Zur Leiterin dieser Stelle wurde Frau Gerta Tzschaschel ernannt. Die Verbindungsstelle Bonn soll einen laufenden Kontakt mit der Presse und dem Rundfunk im Raume der Bundeshauptstadt sicherstellen, deren Interesse an einer verstärkten Berichterstattung über die Gesamtorganisation der Vereinten Nationen wecken und sich beratend für alle Fragen, die in diesem Zusammenhang entstehen, zur Verfügung stellen. Zu diesem Zweck wird die Verbindungsstelle laufend durch das Genfer Informationsamt die Veröffentlichungen und Berichte der UN und ihrer Sonderorganisationen erhalten. Es ist beabsichtigt, mit Hilfe der Verbindungsstelle eine Art Forum in Bonn zu schaffen und Pressekonferenzen über aktuelle Probleme der UN durchzuführen.

Anschrift: Verbindungsstelle Bonn der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bad Godesberg, Koblenzer Straße 89.

Besuch in Genf

Der Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft führte Mitte Juli Besprechungen mit dem Büro der World Federation, dem Genfer Informationsamt, dem Europäischen Büro der UN und den sonstigen Genfer Dienststellen der Vereinten Nationen. Er wurde bei dieser Gelegenheit auch von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, der an der Genfer Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrats teilnahm, empfangen. Der Besuch diente der Vorbereitung der Generalversammlung der WFUNA und des UN-Seminars, das für November dieses Jahres in Heidelberg vorgesehen ist. Ebenfalls wurden Pläne für die Durchführung eines Seminars für Lehrer in Deutschland im Frühjahr 1955 erörtert. Auch der diesjährige UN-Tag, die für November geplante Deutschlandreise von Mr. Szapiro und allgemeine Publikationsprobleme waren Gegenstand der Besprechungen.

Es findet sich immer ein Weg

Mit etwas gutem Willen und ein wenig Kompromißbereitschaft lassen sich auch schwierige Probleme lösen ...

Bei einer gemeinsamen Aktion von UNICEF, der WHO und der jugoslawischen Regierung zur Bekämpfung der endemischen Geschlechtskrankheiten — eine Erinnerung an die Einfälle osmanischer Truppen im 17. Jahrhundert — tauchte ein solches Problem auf, als ein zehnjähriger bosnischer Junge mit seinem Korb voller Pilze zur Impfstation kam.



Bild oben rechts: „Wie — ich soll meine Hose hier vor den Frauen herunterziehen?“ Das war denn doch mit seinem männlichen Stolz und seiner Selbstachtung nicht zu vereinbaren! Aber dann kam ihm eine Idee:

Bild unten: „Kann ich denn die Spritze nicht in den Arm kriegen?“ Es nützt nichts, daß die drei Krankenschwestern dem jungen Mann klarzumachen versuchen, daß es auch eine falsche Scham gibt — er nimmt schon wieder seinen Korb und will gehen, bereit, eher auf die Segnungen des Fortschritts einschließlich des Penicillin, als auf seine Manneswürde zu verzichten.

Bild unten: „Halt mal, lauf' nicht weg!“ ruft ihm eine der drei zu, die mit einem Blick einen Weg mitten durch das Problem und das störende Kleidungsstück hindurch gefunden hatte. „Bleib' mal hier, Du kannst Deine Hose ruhig anbehalten!“ Und so bekam der kleine Pilzverkäufer durch das größte Loch hindurch seine Injektion an der vorgeschriebenen Stelle und konnte doch seinen Stolz und seine Hose „oben“ behalten.



Die Organe der Vereinten Nationen



Die Struktur des Wirtschafts- und Sozialrates

1. KOMMISSIONEN:

(Functional Comissions)

Kommission für Transport- und Nachrichtenwesen

Kommission für Finanzen

Kommission für Statistik

Kommission für Bevölkerungsfragen

Kommission für soziale Fragen

Kommission für Menschenrechte

Kommission für die Stellung der Frau

Kommission für Rauschgifte

2. REGIONALE KOMMISSIONEN:

(Regional Commissions)

Europäische Wirtschaftskommission
(Economic Commission for Europe — ECE)

Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten
(Economic Commission for Asia and Far East — ECAFE)

Lateinamerikanische Wirtschaftskommission
(Economic Commission for Latin America — ECLA)

3. STÄNDIGE KOMITEES:

(Standing Committees)

Komitee für Technische Hilfe
(und Amt für Technische Hilfe)

Komitee für Verhandlungen mit zwischenstaatlichen Organisationen

Komitee für Verhandlungen mit den Sonderorganisationen

Komitee für non-governmental Organisationen

Interimskomitee für Konferenzprogramme

4. SONDERORGANISATIONEN: (Specialized Agencies)

Internationale Arbeitsorganisation
(International Labour Organization — ILO)

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation
(Food and Agriculture Organization — FAO)

Internationale Wiederaufbaubank
(International Bank for Reconstruction and Development — BANK)

Internationaler Währungsfonds
(International Monetary Fund — FUND)

Internationale Organisation für Zivile Luftfahrt
(International Civil Aviation Organization — ICAO)

Internationale Organisation für das Fernmeldewesen
(International Telecommunication Union — ITU)

Weltpostverein
(Universal Postal Union — UPU)

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
(United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization — UNESCO)

Weltgesundheitsorganisation
(World Health Organization — WHO)

Weltwetterdienst
(World Meteorological Organization — WMO)

In Entstehung begriffen:

Zwischenstaatliche Beratende Schifffahrtsorganisation
(Inter-Governmental Maritime Consultative Organization — IMCO)

Internationale Handelsorganisation
(International Trade Organization — ITO) z. Zt. Interimskommission

Seit 31. 1. 1952 aufgelöst:

Internationale Flüchtlingsorganisation
(International Refugee Organization — IRO)

5. SONSTIGE KÖRPERSCHAFTEN: (Special Bodies)

UN-Flüchtlingskommissar
(United Nations High Commissioner for Refugees)

UN-Kinderhilfswerk
(United Nations Childrens Fund — UNICEF)

Zentrale Opiumbehörde mit Beirat
Aufsichtsbehörde für Rauschgifte

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer / Dr. Paul Barandon, Gesandter a. D. / Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie / Professor Dr. Carl Billfinger, Direktor des Max-Planck-Instituts Heidelberg / Dr. Heinrich von Brentano, Fraktionsvorsitzender der CDU / Bischof D. Dr. Otto Dibelius, Berlin / Walter Freitag, 1. Vorsitzender des DGB / Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger, Paderborn / Prof. Dr. Walter Jellinek, Heidelberg / Prof. Dr. Erich Kaufmann, Bonn / Generaldirektor Dr. Fritz Könecke, Daimler-Benz AG / Reichspräsident Paul Löbe, Berlin / Erich Ollenhauer, 1. Vorsitzender der SPD / Bundesminister Dr. Hermann Schäfer / Dr. Hermann Weinkauff, Präsident des Bundesgerichtshofes

VORSTAND

Prof. Dr. Eduard Wahl, MdB, Heidelberg (1. Vorsitzender) / Prof. Dr. Walter Erbe, MdL, Tübingen (stellv. Vors.) / Erwin Schoettle, MdB, Stuttgart (stellv. Vors.) / Dr. Otto Junghann, Regierungspräsident a. D., Hannover (Ehrenvorsitzender) / Senator a. D. Otto Bach, Berlin / Assessor Oskar Barthels, Heidelberg / Dr. Carl E. Bloem, Rechtsanwalt, Mannheim / Dr. Julius Fehsenbecker, Beigeordneter Mannheim / D. Dr. Eugen Gerstenmaier, MdB, Stuttgart / Dr. Gerd Lengeling, Rechtsanwalt, Eppingen / Frau Emmy Meyer-Laule, MdB, Heidelberg / Ludwig Rosenberg, Mitglied des Bundesvorstandes des DGB, Düsseldorf / Vortrag. Leg.-Rat Dr. von Trützschler, Ausw. Amt, Bonn / Frau Dr. Elise Ulich-Bell, Vors. Deutscher Frauenring, Berlin / Dr. Rudolf Weeber, Direktor im Ev. Oberkirchenrat, Stuttgart

GENERALSEKRETÄR

Hans Pfenninger

GENERALSEKRETARIAT

HEIDELBERG
Hauptstraße 244
Telefon Nr. 3128



DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN



IX. Vollversammlung der UN

New York. — Am 21. September begann im New Yorker UN-Gebäude die IX. Vollversammlung der Vereinten Nationen, die voraussichtlich bis zum 29. November dauern wird. Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt 67 Punkte. Wir bringen in der Folge die wichtigsten Ergebnisse der Generaldebatte und werden in der nächsten Nummer dieses Mitteilungsblattes über die weiteren Ergebnisse der Sitzungsperiode berichten.

Wahl des Präsidenten

Zum Präsidenten der Versammlung und damit zum Nachfolger von Frau Lakshmi Pandit, der Schwester des indischen Ministerpräsidenten Pandit Nehru, wurde Dr. Eelco Nicholas Van Kleffens gewählt. Dr. Van Kleffens war während des 2. Weltkrieges holländischer Außenminister und blieb als einziger Minister auch nach der Rückkehr der Exilregierung im Amt. Später war er dann nacheinander Botschafter seines Landes in Washington und Lissabon sowie Mitglied des Sicherheitsrates und der Atomenergiekommission der Vereinten Nationen. — In seiner Ansprache führte der neue Präsident aus, daß die meisten Menschen das Gefühl hätten, „als ob wir unter einem niedrigen Himmel lebten“, obwohl nirgendwo in der Welt offene Feindseligkeiten im Gange sind. Er kam dann auf die Entwicklung der modernen Massenvernichtungsmittel zu sprechen und stellte fest, daß damit die Verantwortung für den Politiker entsprechend gestiegen sei, denn „wir sitzen nicht nur auf einem Pulverfaß, sondern auf einer Atombombe“. Dr. Van Kleffens sprach sich weiterhin entschieden gegen den Grundsatz einer bloßen Koexistenz aus: „Leichen können auch koexistieren. Die Nationen brauchen mehr als dies, und hier liegt unser ehrgeiziges Programm“. Das wichtigste Problem, mit dem sich die Vereinten Nationen befassen, ist seiner Ansicht nach die Abrüstungsfrage.

Die Generaldebatte

In der Generaldebatte befaßte sich die Vollversammlung mit dem sowjetischen Antrag auf Ausschuß Nationalchinas und Einsetzung der Volksrepublik China an dessen Stelle. Auch die Volksrepublik China hatte zu Beginn der Debatte um Aufnahme ersucht. In einer Gegenresolution, die mit 43 gegen 11 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen wurde, schlug der amerikanische Chefdelegierte Lodge vor, in der gegenwärtigen Sitzungsperiode die Frage einer Aufnahme der Volksrepublik China nicht mehr zu behandeln. Außer den Ostblockstaaten stimmten Indien, Burma, die drei skandinavischen Länder und Jugoslawien gegen den Antrag, während sich die arabischen Länder der Stimme enthielten.

Am 23. September übermittelte der amerikanische Chefdelegierte der Vollversammlung einen Vierpunkteplan seiner Regierung, der eine „internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken“ vorschlägt. Der Plan sieht die Bildung einer internationalen Behörde vor, der Mitglieder aus allen Teilen der Welt angehören sollen. Ferner soll unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen im Frühjahr 1955 eine wissenschaftliche Konferenz zusammenreten, um den gesamten Komplex der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke zu erörtern. Cabot Lodge gab weiter bekannt, daß die Amerikaner Anfang 1955 eine Ausbildungsstätte für Atomchemiker eröffnen würden, an der auch ausländische Studenten unterrichtet

werden sollten. Als vierten Punkt nannte er schließlich die Absicht seiner Regierung, eine größere Anzahl ausländischer Ärzte zur Mitarbeit in den amerikanischen Krebs-Kliniken, in denen Atomenergie zu Heilzwecken verwendet wird, einzuladen. — Anschließend befaßte sich der amerikanische Delegierte mit der allgemeinen außenpolitischen Lage und nannte unter den zahlreichen Gefahrenherden der Welt auch Deutschland und Österreich. Er wies auf die ergebnislose Berliner Konferenz hin und betonte die Bereitschaft seiner Regierung, „das Deutschland und Österreich zugefügte Unrecht wieder gutzumachen“ und den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages und die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen.

Der sowjetische Chefdelegierte Andrej Wischinski erklärte die Bereitschaft seiner Regierung, den amerikanischen Plan über die Bildung eines Atompools während der Vollversammlung zu erörtern, und legte seinerseits einen Abrüstungsplan vor, der eine begrenzte Zustimmung zu einer internationalen Abrüstungskontrolle, die schrittweise Ausschaltung der Atom- und Wasserstoffwaffen und, als Vorstufe zu einem späteren Verbot dieser Waffen, die Verpflichtung aller Nationen vorsieht, Atom- und Wasserstoffbomben nur zur Verteidigung gegen eine Aggression zu verwenden. Eine internationale Abrüstungskommission soll im Rahmen dieses Planes die vereinbarte Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen überwachen. Dabei soll das gesteckte Ziel in Jahresfrist erreicht werden und als Grundlage der Rüstungsstand von 1953 dienen. Seiner Ansicht nach würde das Verbot von Atomwaffen und eine Herabsetzung der Rüstung und der Streitkräfte wesentlich zu einer Milderung der internationalen Spannung beitragen. Wischinski trat ferner für eine friedliche Koexistenz zwischen den kapitalistischen und kommunistischen Staaten ein und wandte sich scharf gegen die Pläne einer Bewaffnung Deutschlands, die dessen Teilung nur verewigen und neue Kriegsfahrer erzeugen müßten. — Der amerikanische Delegierte sagte eine sorgfältige und ernsthafte Prüfung des sowjetischen Abrüstungsvorschlages zu.

Einen dringenden Appell, allen Kriegsgefangenen die uneingeschränkte Möglichkeit zur Rückkehr in ihre Heimat zu gewähren, richtete der amerikanische Vertreter am 5. Oktober an die Sowjetunion. In diesem Appell heißt es, daß alle Unterlagen darauf hinweisen, daß die Sowjetunion und die Staaten ihres Einflußgebietes immer noch Tausende von Gefangenen zurückhalten. Zugleich veröffentlichte die Kriegsgefangenenkommission der Vereinten Nationen einen Bericht, wonach sich in der Sowjetunion allein noch 358 769 Kriegsgefangene befinden, in der Hauptsache Spanier, Japaner, Italiener und Deutsche.

Am letzten Tag der Generaldebatte in der Vollversammlung, an der sich 41 von den 60 Delegationen beteiligt hatten, machte der indische Vertreter Krischna Menon den Vorschlag, daß die Regierungen der beiden nunmehr souveränen deutschen Staaten durch unmittelbare Verhandlungen das Problem der Wiedervereinigung angehen sollten. Er betonte, daß die Frage der deutschen Einheit von entscheidender Bedeutung für den Weltfrieden sei und keinen weiteren Aufschub dulde. Menon begründete seinen Vorschlag mit der Feststellung, daß die Auffassungen der Westmächte und Rußlands einander unversöhnlich gegenüber ständen und deshalb z. Zt. nur durch direkte Verhandlungen der Deutschen selbst eine Lösung der Probleme möglich sei.

Neue Mitglieder des Sicherheitsrats

Am 6. Oktober wählte die Vollversammlung Belgien, Persien und Peru für die Dauer von 2 Jahren in den Sicherheitsrat. Diese drei Staaten nehmen ab 1. Januar 1955 die Sitze von Dänemark, Kolumbien und Libanon ein, die turnusmäßig aus dem Rat ausscheiden. Bekanntlich besteht der Sicherheitsrat aus fünf ständigen Mitgliedern — China, Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und USA — und sechs nichtständigen Mitgliedern,

Unser Titelbild:

Dr. Eelco Nicholas van Kleffens

Präsident der IX. Vollversammlung der Vereinten Nationen.

die jeweils für 2 Jahre gewählt werden. Bis Ende des Jahres 1955 werden Brasilien, Neuseeland und die Türkei als weitere Mitglieder des Rates fungieren.

Wahlen für den Wirtschafts- und Sozialrat

Ebenfalls am 6. Oktober wählte die Vollversammlung der Vereinten Nationen Ägypten, Argentinien, Chile, die Dominik. Republik, Frankreich und die Niederlande für die Dauer von 3 Jahren in den Wirtschafts- und Sozialrat. Weitere Mitglieder des ECOSOC sind Australien, Ekuador, Großbritannien, Indien, Jugoslawien, Norwegen, Pakistan, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, die Türkei, die USA und Venezuela.

Der Internationale Gerichtshof

Die Vollversammlung und der Sicherheitsrat wählten am 7. Oktober sechs Richter für den aus 15 Mitgliedern bestehenden Internationalen Gerichtshof. Fünf Richter nehmen für neun Jahre die Plätze der nach Ablauf ihrer Amtsperiode ausscheidenden Richter ein, während eine Ersatzwahl durch den Tod des indischen Richters Sir Benegal Rau für die Dauer von dessen Amtsperiode, d. h. bis Anfang 1961, erforderlich wurde. — Die bisherigen Richter Jules Basdevant (Frankreich) und José Guerrero (El Salvador) wurden wiedergewählt; als neue Mitglieder des Gerichts wurden Hersch Lauterpracht (Großbritannien), Robert Cordova (Mexiko) und Lucio Moreno Quintana (Argentinien) bestellt. Den Sitz von Sir Benegal Rau wird der Außenminister Pakistans, Zafullah Khan, einnehmen.

Nach diesen Neuwahlen gehören Richter aus folgenden Ländern dem Internationalen Gerichtshof an: USA, Kanada, Argentinien, El Salvador, Mexiko, Uruguay, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Jugoslawien, Sowjetunion, Polen, Ägypten, Pakistan und Nationalchina.

Wirtschafts- und Sozialrat

Ergebnisse der 18. Sitzungsperiode

Genf. — In der Zeit vom 29. Juni bis 6. August hielt der Wirtschafts- und Sozialrat in Genf seine 18. Sitzung ab. Wie wir schon in unserer Übersicht im letzten Mitteilungsblatt berichteten, standen dieses Mal vorwiegend wirtschaftliche Fragen — und zwar praktisch alle bedeutenden wirtschaftlichen Zeitprobleme — auf der Tagesordnung. Unter diesen nahm die Behandlung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation den bei weitem größten Raum ein. Als Diskussionsgrundlage dienten hier die drei vom Generalsekretariat vorgelegten Untersuchungen, der traditionellen allgemeine „Bericht über die Weltwirtschaft 1952/53“, die „Übersicht über die wirtschaftliche Lage im Mittleren Osten 1952/53“ und der „Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika 1952/53“.

Sehr klar trat im Verlauf der Debatten zutage, worauf der Generalsekretär Dag Hammarskjöld bereits in seiner Eröffnungsansprache hingewiesen hatte, nämlich daß die augenblickliche Situation durch ein sehr labiles Gleichgewicht gekennzeichnet ist und eine gleichmäßige Weiterentwicklung der Weltwirtschaft nicht gesichert erscheint und daß die unterentwickelten Länder vom wirtschaftlichen Fortschritt des letzten Jahres ausgeschlossen waren. Zwei Fronten standen einander wie üblich gegenüber, doch es schien, als ob die Kluft zwischen ihnen größer geworden sei. Auf der einen Seite standen die Industrieländer besonders Westeuropas, die — um die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung besorgt — mit einem Abflauen der Rüstungskonjunktur neue schwer zu lösende Probleme wie die Eingliederung der freiwerdenden Arbeitskräfte auftauchen sehen. Sie konnten zwar als großes Plus für sich buchen, daß ihre Wirtschaft sich gegenüber dem Rückgang der Produktionstätigkeit in den USA standhaft gezeigt hatte; doch hat der englische Vertreter hervorgehoben, daß dafür zum großen Teil der nicht unterbrochene Dollarfluß verantwortlich war, und damit auf ein weiteres gefährliches

Moment hingewiesen. — Auf der anderen Seite standen die unterentwickelten und in Entwicklung befindlichen Länder, Produzenten und Exporteure von Rohstoffen, die — durch die Preiserhöhungen auf dem internationalen Rohstoffmarkt infolge des Koreakrieges zunächst begünstigt — nun unter dem Absinken und den Schwankungen dieser Preise eine rückläufige wirtschaftliche Tendenz zu verzeichnen hatten.

Während die Industriestaaten im wesentlichen einer allgemeinen Handels- und Zahlungsliberalisierung günstig gegenüberstanden, ist diese, darauf wies besonders der indische Vertreter hin, kein Allheilmittel für Staaten mit in Entwicklung begriffenen Industrien.

Eine Zwischenstellung nahmen die Ostblockstaaten ein. Sie sprachen sich einhellig für die Abschaffung der internationalen Handelsrestriktionen und eine Unterstützung der unterentwickelten Länder aus und geläuteten den hohen Stand der Rüstungsindustrie in den westlichen Industrieländern, der die Kaufkraft der Bevölkerung gehemmt habe, hoben jedoch auf der anderen Seite (Rußland) ihre eigenen Maßnahmen zur Hebung der Kaufkraft der Konsumenten hervor.

Der Rat nahm mit 16 gegen 2 Stimmen (UdSSR und Jugoslawien) eine Resolution über Vollbeschäftigung an, die u. a. folgende Empfehlungen enthält: Die Staaten sollten die Veränderungen in ihrer Wirtschaft aufmerksam verfolgen und die notwendigen Maßnahmen vorbereiten, um im Falle eines Nachfragerückganges oder einer Einschränkung der Rüstungsausgaben die stetige Produktionsentwicklung und den Beschäftigungsstand aufrechterhalten zu können. Die einzelnen Länder und besonders diejenigen, deren wirtschaftliche Entwicklung einen hohen Stand erreicht hat, wurden ferner angehalten, auf die Beschäftigungslage und die wirtschaftliche Entwicklung der anderen Länder Rücksicht zu nehmen und solche Maßnahmen zu bezuziehen, die die Stabilität und den Fortschritt der Weltwirtschaft im ganzen und die Entwicklung der unterentwickelten Gebiete im besonderen nicht stören. — Die östlichen Vertreter waren der Ansicht, daß die westlichen Länder einen ungerechtfertigten Optimismus zutage legten und enthielten sich praktischer Vorschläge. Die unterentwickelten Länder legten den Akzent auf die bei ihnen vorherrschende Unterbeschäftigung und betonten in diesem Zusammenhang, daß die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in den Industriestaaten eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Hebung der übrigen Welt darstelle.

In voller Einstimmigkeit wurde eine von der Sowjetunion vorgeschlagene Entschließung angenommen, die den Generalsekretär auffordert, in seinen nächsten Weltwirtschaftsbericht eine eingehende Analyse derjenigen Faktoren einzubeziehen, die einer Ausweitung des Handelsverkehrs im Wege stehen, damit der Rat sich auf seiner nächsten Sitzung eingehender mit diesem Problem beschäftigen könne. Die Länder wurden angehalten, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um den internationalen Handel auf der Basis des gegenseitigen Interesses zu fördern.

Über mehrere Tage hindurch erstreckten sich auch die Debatten über die wirtschaftliche Förderung der unterentwickelten Gebiete. Die Vollversammlung hatte in ihrer letzten Sitzung den damaligen Vizepräsidenten des Rats, M. Raymond Scheyven (Belgien), mit der Ausarbeitung eines Berichtes über die Bildung eines UN-Sonderfonds für die wirtschaftliche Entwicklung und über die moralische und materielle Unterstützung dieser Pläne durch die einzelnen Staaten betraut. M. Scheyven legte dem Rat eine vorläufige Fassung dieses Berichtes, ergänzt durch einen mündlichen Vortrag, vor. Er teilte mit, daß die einzelnen Länder verschieden auf seine Anfragen reagiert hätten: Ein Teil der unterentwickelten Länder habe sich sehr für eine schnelle Verwirklichung des Projekts ausgesprochen, während die übrigen schwach oder gar nicht reagiert hätten. Ein Teil der Industriestaaten, darunter USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, hätten ihre Beteiligung

nur im Falle einer allgemeinen Abrüstung zugesagt; der Rest habe seine Beteiligung in Aussicht gestellt und versprochen, diese im Falle einer Abrüstung zu erhöhen, jedoch sei diese prinzipielle Zusage nur für den Fall einer Teilnahme der kapitalkräftigen Industriestaaten, d. h. also bei Garantie einer soliden Basis, gegeben worden. M. Scheyven unterstrich die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung in den Industriestaaten noch mehr als bisher auf das Elend, in dem $\frac{2}{3}$ der Menschheit leben, und die dringenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme hinzuweisen, die nach einer großen internationalen Hilfsaktion rufen.

Bezüglich des erweiterten Technischen Hilfsprogramms nahm der Rat einstimmig drei Entscheidungen an, die die Arbeit des Amtes für Technische Hilfe gutheißen, die Regierungen auffordern, dieses Programm ihre Unterstützung auch weiterhin nicht zu versagen, und die Verteilung der zur Verfügung stehenden Gelder regeln.

Auf dem sozialen Sektor ist besonders die Behandlung des Berichtes der Menschenrechtskommission und ihrer zwei Konventionsvorschläge über staatsbürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu erwähnen. Der Rat beschloß, diese Vorschläge zusammen mit den Sitzungsprotokollen der Menschenrechtskommission der Vollversammlung zuzuleiten. Er bat ferner die Internationale Arbeitsorganisation, eine Untersuchung über diskriminierende Maßnahmen auf dem Berufssektor durchzuführen, und empfahl dem Unterausschuß gegen Diskriminierung und für Minderheitenschutz, in seinen Untersuchungen auf dem Gebiet des Auswanderungswesens besonderes Gewicht auf die Bestimmung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Art. 13 Abs. 2) zu legen, nach der jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes, zu verlassen und jederzeit in sein eigenes Land wieder zurückzukehren.

Eine ganze Reihe von Entschlüssen beschäftigte sich mit den Vorschlägen der Kommission für die Stellung der Frau, die — wie wir in unserem letzten Mitteilungsblatt berichteten — im April/Mai in New York zusammengetreten war. In diesen Resolutionen wiederholt der Rat seinen Appell an alle Staaten, die Konvention über die politischen Rechte der Frau zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Er fordert den Generalsekretär auf, den Mitgliedstaaten der UN den Vorschlag der Kommission über die Nationalität der verheirateten Frau zuzuleiten und die Regierungen aufzufordern, der Frau das gleiche Recht wie dem Manne auf Beibehaltung ihrer Nationalität bei Eheschließung mit einem fremden Staatsangehörigen einzuräumen. Eine weitere Resolution empfiehlt der Vollversammlung, in den Konventionsentwurf über die staatsbürgerlichen und politischen Rechte die Klausel „Mann und Frau haben die gleichen Rechte und Pflichten bei der Eheschließung, in der Ehe und bei deren Auflösung“ aufzunehmen. Außerdem fordert der Rat die Regierungen auf, aus ihrer Gesetzgebung alle diskriminierenden Bestimmungen in Bezug auf den Status der verheirateten Frau zu beseitigen und den Frauen in voller Gleichberechtigung mit dem Mann Zugang zu Bildung und Beruf zu ermöglichen.

Europäische Wirtschaftskommission (ECE)

Genf. — In der soeben veröffentlichten Nummer des vierteljährlich erscheinenden „Economic Bulletin for Europe“ der ECE werden die wirtschaftlichen Entwicklungen in Ost- und Westeuropa im ersten Quartal 1954 unter die Lupe genommen. In Westeuropa hat sowohl die Konsumgüterindustrie als auch die Produktionsgüterindustrie ihren Produktionsanstieg weiterhin fortsetzen können; allerdings werden nur die Kurven der Metall- und Textilindustrie als repräsentativ für beide Industriezweige angenommen. Die leichte Flaute auf dem Kohlen- und Stahlmarkt wurde abgelöst durch ein Wiederanziehen der Nachfrage nach Stahl. Der Rückgang der amerikanischen Wirtschaftstätigkeit hat keine merklichen Folgen weder auf das Produktionsniveau

noch auf die Devisenlage Westeuropas gezeitigt. Diese unerwartete Widerstandsfähigkeit der westeuropäischen Wirtschaft wird darauf zurückgeführt, daß die amerikanischen Binnenpreise wie auch die Preise auf dem internationalen Rohstoffmarkt relativ stabil geblieben sind. Die westeuropäische Ausfuhr besonders Deutschlands nach den überseeischen Ländern außer Kanada und USA hat sogar im Berichtszeitraum gegenüber derselben Zeit des Vorjahres wesentlich zugenommen, zum Teil sind die westeuropäischen Länder hier in die von Amerika gelassene Lücke eingesprungen. Der relativ günstige Stand ihrer Dollarguthaben gestattete es auch diesen Ländern, auf restriktive Maßnahmen auf dem Devisensektor zu verzichten.

Die innerwirtschaftliche Politik vieler westeuropäischer Länder ist, wie aus einer Gegenüberstellung ihrer Budget- und Goldbestandsentwicklung hervorgeht, leicht expansiv ausgerichtet.

In den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion lassen die zur Verfügung stehenden Statistiken auf eine erhöhte Kaufkraft der Konsumenten infolge der Maßnahmen, die zur Hebung des Konsums getroffen wurden, schließen. Es ist infolge fehlenden Zahlenmaterials nicht möglich, das Ansteigen der Konsumgüterproduktion, die ja die gewachsene Nachfrage befriedigen soll, zu verfolgen. Doch ist sicher, daß besonders die Maßnahmen, die zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion getroffen wurden, zu schnellen Ergebnissen führen müßten.

Die Sonderorganisationen

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Konsumpreisentwicklung

Genf. — „Bemerkenswert stabil“ lautet das Urteil des Internationalen Arbeitsamtes nach der Prüfung der Berichte von 87 Nationen über die Entwicklung der Verbraucherpreise in der Zeit von Dezember 1952 bis Dezember 1953. Aus den Berichten geht hervor, so heißt es weiter, daß diese Preise in dem erwähnten Zeitraum bei 44 Ländern nur geringfügige Schwankungen aufwiesen, im Gesamtdurchschnitt lediglich Schwankungen von etwa 2% und in 10 Ländern von etwa 10% auftraten. Weiterhin wird festgestellt, daß die starke Preisbewegung nach oben, die nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea erfolgte, in den meisten Fällen im Sommer 1952 zum Stillstand kam. In Deutschland hätten die Preise ihren Höhepunkt Ende 1951 erreicht und seien dann langsam abgefallen.

Soweit die Rückschau des Internationalen Arbeitsamtes. Sieht man sich die einzelnen Zahlen jedoch etwas näher an, so stellt man fest, daß in dieser Durchschnittsziffer von etwa 2% doch eine ganze Reihe von erheblichen Preisschwankungen verborgen ist, die in den verschiedensten Staaten innerhalb dieses kurzen Zeitraumes auftraten. Höchstens in Bezug auf die westeuropäischen und nordamerikanischen Industrieländer kann man von einer „Periode gleichbleibender und stabiler Preise“ sprechen. Nachstehend die Wiedergabe der Preisschwankungen in einzelnen Ländern:

	0 = gleichbleib. Preise		
	— = Preissenkung		
	+ = Preissteigerung		
Irak	— 14	Indien	+ 1
Jugoslawien	— 10	Spanien	+ 1
Philippinen	— 7	USA	+ 2
Mexiko	— 5	Frz. Westafrika	+ 2
Deutschland	— 3	England	+ 2
(West)		Australien	+ 6
Frankreich	— 2	Neuseeland	+ 6
Argentinien	— 1	Japan	+ 10
Ägypten	— 1	Indonesien	+ 11
Schweiz	— 1	Iran	+ 12
Skandinavien	0	Brasilien	+ 16
Benelux	0	Chile	+ 57
Kanada	0	Bolivien	+ 117

ILO und Technische Hilfe

Bad Godesberg. — Wie das deutsche Büro des Internationalen Arbeitsamtes in Bad Godesberg mitteilt, werden 60 türkische Ingenieure und Meister in verschiedenen westeuropäischen Betrieben im Rahmen des Technischen Hilfsprogramms der ILO eine weitere Ausbildung erhalten. Sie reisen in Gruppen von einem Ingenieur und vier Meistern und halten sich 8 Wochen in den Betrieben auf, die Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben. 3 Gruppen dieser Art haben bereits mit der Ausbildung begonnen und befinden sich in der Gute-Hoffnungs-Hütte in Oberhausen, in den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken in Völklingen und einem französischen Betrieb in Giro Magny.

Eisen- und Stahlausschuß

Genf. — Der Eisen- und Stahlausschuß der Internationalen Arbeitsorganisation wird in der Zeit vom 11. bis 23. Oktober in Genf seine 5. Arbeitstagung abhalten. Er setzt sich zusammen aus Vertretern der Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer derjenigen Ländern, die eine besonders entwickelte Eisen- und Stahlindustrie besitzen. Auf der Tagesordnung steht vor allem die Behandlung von zwei wichtigen Problemen:

1. Die Pensionseinrichtungen und
2. die menschlichen Beziehungen in der Eisen- und Stahlindustrie.

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO)

Weltbevölkerungskongress

Rom. — Einer der größten internationalen wissenschaftlichen Kongresse der Nachkriegszeit fand in der ersten Septemberhälfte im Gebäude der FAO in Rom statt, auf dem über 500 Wissenschaftler aus mehr als 70 Ländern ihre Sorgen und Nöte über die ständig wachsende Bevölkerungszahl austauschten. Die Aussichten sind erschreckend: in jedem Jahr wächst die Weltbevölkerung um ca. 400 Millionen. 1850 lebten 1,1 Milliarden Menschen auf der Welt, 1950 schon 2,45 Milliarden, für 1955 wird die Zahl auf 2,5 Milliarden geschätzt und 1980 soll die astronomische Ziffer von 3,6 Milliarden erreicht werden. Die Gefahr erscheint umso größer, wenn man sich vergegenwärtigt, daß gerade die unterentwickelten Länder, besonders der Gebietsstrich von Nordafrika über Ägypten und Indien nach dem Fernen Osten, die größten Geburtenziffern zu verzeichnen haben. Für die westeuropäische Bevölkerung wird es sich erst 1960 entscheiden, ob der Geburtenüberschuß die Regeneration auf längere Sicht zu sichern in der Lage ist. Dabei ist hier im Gegensatz zu früher die Kinderzahl gerade der besser situierten Schichten im Steigen begriffen. Es ergab sich also, daß Maalthus These, die Bevölkerung der Welt vermehre sich in geometrischer Reihe, während die Nahrungsmittelproduktion nur in algebraischer Reihe vergrößert werden könne, sich zwar nicht als richtig erwies, weil er bei der Aufstellung seiner Behauptungen vor rund 150 Jahren den ungeheuren technischen Fortschritt nicht ahnen konnte, daß aber im Prinzip seine Sorge nicht unbegründet war.

Zweiterlei müsse geschehen, so stellte der unter Leitung von Prof. Gunnar Myrdal, dem Exekutivsekretär der Europäischen Wirtschaftskommission, stehende Arbeitsausschuß fest: Einmal müsse versucht werden, die landwirtschaftliche Nutzfläche auszudehnen; zweitens sei es erforderlich, zu einer intensiveren Ausnutzung des Bodens zu kommen. Dazu gehöre vor allem eine bessere technische Ausbildung von Millionen von Asiaten und Afrikanern und viel Kapital. Auswanderungen könnten das Problem nicht lösen, da die Industriestaaten schon zuviel Menschen hätten und vor allem gelernte Facharbeiter bräuchten. Außerdem wäre rein psychologisch eine solche Massenverpflanzung unmöglich. Schließlich wurden auch Fragen der Geburtenregelung diskutiert.

Im großen und ganzen gesehen erscheint die Lage jedoch nicht so schlimm, denn — wie der letztjährige Bericht

der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation feststellt — in den letzten 4 Jahren konnte z. B. die Bevölkerungszunahme von 1¹/₂% überkompensiert werden durch eine landwirtschaftliche Produktionserhöhung von 3% im gleichen Zeitraum. Es wird daher in großem Maße von der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und damit von der wissenschaftlichen Forschung abhängen, ob es gelingen wird, eine ständig sich vermehrende Weltbevölkerung auch in Zukunft — und möglichst noch besser — zu ernähren.

Die Welt braucht mehr Papier

Rom/Paris. — Erzeugung und Verbrauch von Druck- und Schreibpapier, ein Thema, dem schon seit längerer Zeit die verschiedensten Organe der Vereinten Nationen ihre Aufmerksamkeit gewidmet haben, wird in seiner produktionstechnischen Seite auf zwei Konferenzen der FAO noch in diesem Jahr behandelt werden: im Oktober auf einer Konferenz, die die technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Probleme der Papierproduktion in Lateinamerika zum Gegenstand haben wird, und im Dezember auf dem 4. Weltforstkongress in Dehra Dun (Indien), der sich u. a. ebenfalls mit der Papierproduktion befassen wird. Auch die UNESCO hat in diesem Jahr im Rahmen ihrer Sammlung „Cahiers du Centre de Documentation“ zwei Untersuchungen über dieses Thema herausgegeben: „Zeitungs- und Druckpapier — Entwicklung der Situation von 1928—1951“ und „Zeitungs- und Schreibpapier — Entwicklung und Situation von 1928—1951“. Diese beiden Schriften enthalten umfangreiche statistische Tabellen und graphische Tafeln mit eingehenden Erläuterungen, ausgehend von der Situation nach der großen Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929.

Der Papierverbrauch hat sich in der Welt in den letzten 40 Jahren nahezu vervierfacht. Zur Zeit werden täglich ungefähr 50 Millionen Tonnen Papier produziert und benötigt. Aber 86% dieser ungeheuren Menge werden von nur 23% der Weltbevölkerung in Europa, Nordamerika, Australien und Neuseeland verbraucht. Es ist sicher, daß die fortschreitende Hebung der Wirtschaft der unterentwickelten Länder und die Reduzierung des Analphabetismus eine erhebliche Mehrproduktion von Papier nach sich ziehen werden. Welche ungeheuren Möglichkeiten hier zu finden sind, wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß erst knapp 50% der Bevölkerung der Erde lesen und schreiben kann.

Die FAO hat in verschiedenen Ländern im Rahmen des Erweiterten Technischen Hilfsprogramms Untersuchungen durchgeführt, um die Möglichkeiten zur Errichtung von Papier- und Zellulosefabriken zu prüfen. Diese haben ergeben, daß die Frage, ob die Produktionskapazität eines Landes auf diesem Gebiet ausgedehnt werden kann oder nicht, mehr von wirtschaftlichen als von technischen Faktoren bestimmt ist.

Die UNESCO

Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission

Köln. — Dr. Luther Evans, der Generaldirektor der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen (UNESCO), eröffnete die 6. Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission, die vom 29. September bis 1. Oktober in Köln stattfand. Dr. Evans war über Hamburg, wo er das dortige UNESCO-Institut für Pädagogik besichtigt hatte, nach Köln gekommen. Er erklärte in seiner Eröffnungsansprache, daß die deutsche UNESCO-Kommission eine der aktivsten Länderkommissionen sei, und kündigte an, daß er sich auf der nächsten Generalkonferenz der UNESCO in Montevideo im November dieses Jahres für einen Zuschuß für die deutschen UNESCO-Institute in Hamburg, Köln und München-Gauting für die kommende Haushaltsperiode (zwei Jahre) einsetzen werde. Dr. Evans betonte, daß die UNESCO nun in ein entscheidendes Stadium ihrer Entwicklung eingetreten sei.

Während man in den vergangenen Jahren viel experimentiert habe, müsse man sich jetzt darüber klar werden, in welcher Richtung die Arbeit fortgesetzt werden solle. Auch der Eintritt der östlichen Länder werde neue Gesichtspunkte aufwerfen.

Am 30. September gab die Bundesregierung zu Ehren des Gastes einen Empfang, bei dem Bundesminister Dr. Tillmanns in einer Festansprache die Bedeutung dieses hohen Besuches und die Verbindung Deutschlands zur UNESCO würdigte.

Mr. Evans, der sich in Begleitung der schwedischen Sozialpsychologin Frau Alva Myrdal, Direktor der Abteilung für Sozialwissenschaften der UNESCO, und der Neuseeländerin Miss Lorna McPhee befand, besuchte während seines Aufenthaltes im Bundesgebiet auch die beiden anderen UNESCO-Institute, das Institut für Sozialwissenschaften in Köln und das Institut für Jugendfragen in München-Gauting.

Östblockstaaten in der UNESCO

Paris. — Die Sowjetunion, die Ukraine und Weißrußland haben im Frühjahr dieses Jahres ihren Beitritt zur UNESCO erklärt. Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn, die bekanntlich im Jahre 1952 ihre Mitgliedschaft bei der UNESCO niedergelegt hatten — die entsprechenden Austrittserklärungen waren von der Generalkonferenz der UNESCO nicht akzeptiert worden —, haben sich bereiterklärt, ihre Mitarbeit in der Organisation wieder aufzunehmen. Ebenfalls haben Rumänien und Bulgarien Aufnahmeanträge an die UNESCO gerichtet und der rumänische Antrag wurde bereits durch den Wirtschafts- und Sozialrat gebilligt. Es ist also damit zu rechnen, daß an der diesjährigen Generalkonferenz der UNESCO in Montevideo zum erstenmal seit Bestehen dieser Organisation acht kommunistische Staaten teilnehmen werden.

AUS DER ARBEIT DES WELTVERBANDES

Die IX. Generalversammlung der WFUNA

Die IX. Generalversammlung der World Federation of United Nations Associations wurde in der Zeit vom 6. bis 12. September 1954 in Genf durchgeführt. An der Versammlung nahmen die Delegationen von 41 Mitgliedergesellschaften und Beobachter weiterer 8 UN-Organisationen aus aller Welt teil. Ebenfalls hatten die Regierungen von 11 Staaten und 49 internationale non-governmental-organizations ihre Vertreter als Beobachter zu dieser Versammlung entsandt. Die Delegation unserer Gesellschaft wurde, wie auch im Vorjahre, von Prof. Dr. Wahl geführt und umfaßte die Herren Oskar Barthels, Dr. Fehsenbecker, Dr. Grunwald und Hans Pfenniger.

Unter dem Vorsitz des Ehrenpräsidenten der WFUNA, Exzellenz Josef Paul-Boncour, wurde die Generalversammlung mit einer Reihe von Begrüßungsansprachen eröffnet. Die UN-Gesellschaften von Indonesien und Thailand wurden anlässlich dieser Sitzung als ordentliche Mitglieder in den Weltverband aufgenommen. Die abschließende Sitzung des Plenums am 12. September nahm vor allem die Berichte der vier Kommissionen, die die einzelnen Probleme der Tagesordnung in sachlicher Arbeit diskutiert hatten, entgegen und stimmte über die von den Kommissionen vorgelegten Resolutionsentwürfe — es waren dies insgesamt 38 Entwürfe für Entschlüsse auf allen Gebieten — ab. Schließlich wurden zum Abschluß der IX. Generalversammlung die Wahlen für die satzungsmäßigen Organe der WFUNA durchgeführt. Zur Präsidentin der World Federation of United Nations Associations wurde einstimmig

Frau Vijaya Lakshmi Pandit (Indien)

gewählt. Für die turnusmäßig ausscheidenden Vizepräsidenten wurde neugewählt:

Prof. J. Cholasinski (Polen),
Dr. Ofelia Dominguez (Kuba),
Mr. S. N. Sahni (Indien).

Zur Ergänzung des Exekutiv-Komitees nach Ausscheiden von vier Mitgliedern wurden

Dr. Arne Björnerg (Schweden),
M. Henri Cochaux (Belgien),

wiedergewählt. Zu neuen Mitgliedern wurden durch Wahl bestellt:

Mr. Solomon Pratt (Sierra Leone),
Dr. Peter Uvotov (Bulgarien).

Der Schatzmeister der World Federation, Dr. N. J. C. M. Kappeyne van de Copello (Niederlande), und der Generalsekretär Mr. John A. F. Ennals wurden ebenfalls einstimmig wiedergewählt.

Schließlich wurde auf Vorschlag des Exekutiv-Komitees beschlossen, Dr. Chu Chia-hua (National-China) von der Liste der Ehrenpräsidenten zu streichen. Der Antrag war damit begründet worden, daß der im Jahre 1946 zum Ehrenpräsidenten gewählte Dr. Chu Chia-hua seit 5 Jahren laufend beleidigende Angriffe gegen die World Federation und deren leitende Persönlichkeiten gerichtet habe.

Aus der praktischen Arbeit der Generalversammlung werden besonders die Frage der Charta-Revision und die aktuellen politischen Probleme — Abrüstung und Verbot von Atomwaffen, Aufnahme neuer Mitglieder in die UN und Repräsentation Chinas in der Weltorganisation — interessieren.

Bei der Frage der Charta-Revision standen sich von Anfang an zwei Gruppen gegenüber, deren eine eine Änderung der Charta einschließlich der Abschaffung des Vetorechts forderte, während die andere eine Revision unter den derzeitigen Umständen für verfrüht und als eine Gefahr für den Bestand der Vereinten Nationen selbst ansah. Die Majorität vertrat die Auffassung, daß ein Weg gefunden werden könne, durch Änderung und Verbesserung der Verfahrensregeln eine größere Wirksamkeit der Vereinten Nationen herbeizuführen, ohne die grundsätzlichen Bestimmungen der Charta anzugreifen. In der gegen die Stimmen der Gesellschaften aus den Ostblockstaaten und bei 5 Stimmenthalten angenommenen Entschlieung wurde diese Auffassung eindeutig vertreten.

Die Diskussion um die Atombombe und die sonstigen Mittel der Massenvernichtung ergab, daß alle Delegierten grundsätzlich einem Verbot dieser Waffen zustimmen bereit waren, daß jedoch hinsichtlich des Weges keine Einigkeit bestand; während eine Gruppe vorschlug, daß die Großmächte, die im Besitz atomischer Waffen seien, sich unverzüglich in einer feierlichen Erklärung verpflichten sollten, die Herstellung solcher Waffen einzustellen und deren Verwendung auszuschließen, vertrat eine andere Gruppe die Auffassung, daß weder eine feierliche Erklärung noch eine internationale Konvention das Verbot der Verwendung und Herstellung solcher Waffen gewährleisten, wenn nicht zugleich eine wirksame Kontrolle und Überwachung dieses Verbots sichergestellt sei. Die schließlich ausgearbeitete Resolution übernahm den Gedanken eines internationalen Kontrollorgans und schlug eine gleichzeitige Herabsetzung der gesamten Rüstung bis zu dem Stand vor, den die innere Sicherheit der Staaten erfordere.

Bei der Frage der Aufnahme neuer Mitglieder in die UN kam es zu Meinungsverschiedenheiten, die zur Ablehnung der von der Sowjetunion seit langem vertretenen en-block-Aufnahme aller Bewerber führten. Die Entschlieung, die bei 4 Stimmenthalten angenommen wurde, stellte fest, daß die Vereinten Nationen ohne die Universalität der Mitgliedschaft ihre Aufgabe niemals völlig erfüllen könnten und daß der augenblickliche Zustand die Tendenz verstärkte, internationale Probleme außerhalb des Rahmens der UN zu lösen. Die

IX. Vollversammlung der UN und die Regierungen der Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, zu einem Über-einkommen im Sicherheitsrat beizutragen, damit alle Staaten, die einen Aufnahmeantrag gestellt haben und die Bedingungen der Charta der UN erfüllen, unverzüglich Mitglied der Vereinten Nationen werden können. Die Frage schließlich der Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen wurde aufgrund des Einspruchs zahlreicher Delegierter nicht ausführlich behandelt, da bereits die vorjährige Generalversammlung und das Exekutiv-Komitee der WFUNA in seiner Mai-Sitzung eingehend hierzu Stellung genommen hatten. So bestätigte die bei 3 Stimmenthaltungen angenommene Entschliebung lediglich die Resolution des Vorjahres und sprach die Hoffnung aus, daß die internationale Entwicklung der Volksrepublik China bald gestatten möge, ihren Sitz in den Vereinten Nationen einzunehmen. —

Der im kommenden Jahr bevorstehende 10. Jahrestag der Gründung der UN stand im Mittelpunkt der Arbeit der Programmkommission, die sich bemühte, Pläne für eine würdige Ausgestaltung dieses Jubiläums auszuarbeiten. Die enge Zusammenarbeit mit der UNICEF, der Weltgesundheitsorganisation und der UNESCO war ein weiteres Thema dieser Kommission. Schließlich wurde beschlossen, zum ersten Male seit der Gründung der WFUNA im August 1946 eine Generalversammlung außerhalb Europas durchzuführen. Trotz der Bedenken der meisten europäischen Gesellschaften, die finanzielle Schwierigkeiten für die Entsendung arbeitsfähiger Delegationen ihrer Organisationen befürchteten, wurde die Einladung der thailändischen Gesellschaft angenommen, die für die Durchführung der X. Generalversammlung in Bangkok einen Betrag von \$ 10 000.— zur Verfügung stellen wird. —

Die Erziehungskommission beschäftigte sich mit der Aufgabe der Schulen im Hinblick auf die Überwindung der Hindernisse, die einer internationalen Verständigung entgegen stehen. Ziel dieser Arbeit ist das von der UNESCO verkündete Leitwort „Living in a World Community“. Es bestand kein Zweifel, daß es einer langdauernden Arbeit bedürfe, um alte Vorurteile zu beseitigen und durch besseres Kennenlernen der Lebensverhältnisse außerhalb des eigenen Landes und der Geschichte fremder Völker zu einem gegenseitigen Verständnis zu kommen. Bei dieser Arbeit spielen Schulen und Erziehungsbehörden eine wesentliche Rolle, aber auch die Eltern und Elternverbände. Die Gesellschaften für die Vereinten Nationen werden deshalb aufgefordert, gemeinsam mit den nationalen UNESCO-Kommissionen dafür Sorge zu tragen, daß die Erziehungsbehörden dem Unterricht über die tragende Idee der Vereinten Nationen und über die Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte einen angemessenen Platz einräumen. — Der Austausch von Lehrern und Schülern wurde von allen Delegierten als das beste Mittel der internationalen Verständigung angesehen. Die UNESCO wurde deshalb in einer Entschliebung gebeten, ihre bisherigen Bestrebungen zur Erleichterung des Austausches, der Studienreisen und des internationalen Briefwechsels fortzusetzen. —

Die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Gebiete und die Erweiterung des Ost-West-Handels waren die wichtigsten Punkte der Tagesordnung, die die Kommission für Wirtschafts- und Sozialfragen zu bearbeiten hatte. Hinsichtlich der Finanzierung der Entwicklung rückständiger Gebiete wurde die Auffassung abgelehnt, daß der Aufbau eines internationalen Fonds erst dann möglich sei, wenn eine ruhigere politische Atmosphäre die allgemeine Abrüstung oder Einschränkung der Rüstung erlaube, durch welche die dadurch freiwerdenden Geldmittel den wirtschaftlichen Maßnahmen in den unterentwickelten Gebieten zufließen könnten. Es wurde dagegen der Standpunkt vertreten, daß die Unterstützung dieses internationalen Fonds und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Arbeit in unterentwickelten Ge-

bieten dazu beitragen würden, daß die gespannte politische Situation sich mehr und mehr entspanne und eine allgemeine Abrüstung erlaube. Die Beteiligung privaten Kapitals an der Entwicklung dieser Länder wurde als besonders wichtig angesehen. Es wurde allerdings betont, daß die unterentwickelten Gebiete selbst dazu beitragen müßten und private Investitionen erleichtern müßten. Nicht der Mangel an privatem Kapital an sich sei das entscheidende Hindernis, sondern die Tatsache, daß die Bedingungen für Darlehen und Investitionen in diesen Ländern nicht sehr verlockend seien.

Die Entwicklung und weitere Ausdehnung des Ost-West-Handels wurde von allen Delegierten als eine Notwendigkeit für die wirtschaftliche Gesundung Europas und der Welt, aber auch als wesentliches Mittel zur Verminderung der bestehenden politischen Spannungen bezeichnet. Dagegen war keine völlige Übereinstimmung darüber zu erzielen, welche Wege zu diesem Ergebnis führen könnten, wie auch die Frage, wer für die Beschränkungen dieses Handels verantwortlich sei, von verschiedenen Seiten verschied beantwortet wurde. In der abschließenden Resolution wurden die Bemühungen der europäischen Wirtschaftskommission der UN (ECE) einstimmig gewürdigt, da sie zu einer Reihe von bilateralen Abkommen und zu einer Reduzierung der Handelsbeschränkungen seitens des Westens wie zu einem größeren und vielseitigeren Warenangebot seitens des Ostens geführt haben. Die Kommission gab der Hoffnung Ausdruck, daß die beteiligten Regierungen weitere Schritte in Richtung auf einen allmählichen Abbau der Restriktionen und auf langfristige Handelsabkommen gehen, die Bestimmungen für Geschäftsreisen erleichtern und die Konvertibilität der Währungen anstreben möchten.

*

Eine besondere Schwierigkeit erwuchs der Delegation unserer Gesellschaft aus der Tatsache, daß die Ende Juli dieses Jahres in Ost-Berlin gegründete „Deutsche Liga für die Vereinten Nationen“ eine Vertretung nach Genf entsand und einen Aufnahmeantrag an die World Federation gerichtet hatte. Gemäß den Beschlüssen der Vorstandssitzung vom 1. September hatte Prof. Dr. Wahl bereits vor Beginn der Generalversammlung dem Vorsitzenden des Exekutiv-Komitees mitgeteilt, daß sich unsere Gesellschaft entschieden gegen die Aufnahme einer weiteren deutschen Organisation in den Weltverband wende. Dieser Einspruch war mit der Feststellung begründet worden, daß Deutschland nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten als Einheit fortbestehe und deshalb eine Aufnahme der Liga den Satzungsbestimmungen der WFUNA widerspreche, nach denen jeweils nur eine nationale Organisation Mitglied des Verbandes werden kann.

In seiner am Tag vor der Eröffnung der Generalversammlung abgehaltenen Sitzung hat das Exekutiv-Komitee beschlossen, den Antrag unserer Gesellschaft auf Beförderung zum ordentlichen Mitglied und den Aufnahmeantrag der Liga zunächst zurückzustellen, um vor einer Behandlung dieser Fragen im Plenum durch einen Unterausschuß prüfen zu lassen, wieweit eine Zusammenarbeit beider deutscher Organisationen möglich sei. Noch vor der Besprechung unserer Delegation mit diesem Unterausschuß hat Prof. Wahl dem Vorsitzenden der Liga, Prof. Dr. Steiniger, in einem ausführlich gehaltenen Schreiben den Standpunkt unserer Gesellschaft übermitteln; der gleiche Standpunkt wurde auch in der Unterredung mit den Herren des Unterausschusses eindeutig vertreten und in allen Einzelheiten erläutert.

In diesem Schreiben wird daran erinnert, daß der deutsche Staat im Jahre 1945 nicht zu existieren aufgehört hat und daß weder die Besatzungsmächte noch das deutsche Volk selbst jemals eine rechtliche Teilung Deutschlands herbeigeführt haben, so sehr sich auch die Besatzungszonen infolge der verschiedenen Zielsetzungen und Methoden der Okkupationsmächte seitdem in

verschiedenen Richtungen entwickelt haben. Von dieser Feststellung ausgehend legt der Brief dar, daß die Deutsche Gesellschaft sich von Anfang an ihrer Aufgabe bewußt gewesen sei, eine gesamtdeutsche Wirksamkeit zu entfalten, und dieser Zielsetzung durch die Berufung von Persönlichkeiten mit gesamtdeutschen Funktionen und gesamtdeutscher Geltung Rechnung getragen habe. Es sei auch erreicht worden, daß die Deutsche Gesellschaft im Vorjahre durch die World Federation als die Deutsche Organisation anerkannt und in den Verband der WFUNA aufgenommen wurde. Unter diesen Umständen sei es nicht tragbar, daß eine weitere deutsche Organisation sich um internationale Anerkennung bemühe, da dies den Anschein der rechtlich vollzogenen Spaltung Deutschlands erwecke. Die Liga wurde deshalb aufgefordert, ihren Aufnahmeantrag wieder zurückzuziehen.

Zu einer Aussprache der beiden deutschen Organisationen ist es während der Genfer Tagung nicht gekommen, da die Delegation unserer Gesellschaft zunächst eine schriftliche Stellungnahme der Vertretung der Liga in Beantwortung des oben erwähnten Briefes wünschte, um eine klare Grundlage für eine Besprechung in Händen zu haben. Ebenfalls wurde von unserer Seite der Wunsch geäußert, die Satzung der Liga kennenzulernen und über deren maßgebende Mitglieder unterrichtet zu werden. In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der Schwesterorganisationen bemühte sich unsere Delegation um Verständnis für unsere schwierige Situation und für den Standpunkt, den wir auf Grund der rechtlichen Lage einzunehmen gezwungen waren. Wir ließen dabei, wie auch schon bei der Unterredung mit dem Unterausschuß, keinen Zweifel offen, daß die Aufnahme einer zweiten deutschen Organisation in den Weltverband diesen selbst wie auch unsere Gesellschaft damit belaste, zur Vertiefung des Risses zwischen den beiden Teilen Deutschlands beigetragen oder sie hingenommen zu haben; ein solcher Vorwurf werde uns unter Umständen zwingen, uns aus der World Federation zurückzuziehen. In der abschließenden Plenarsitzung am letzten Tag der Generalversammlung empfahl das Exekutiv-Komitee, die Anträge beider deutscher Organisationen um ein Jahr zurückzustellen und diese aufzufordern, den Versuch einer Zusammenarbeit mit dem Ziel der Bildung einer einzigen deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zu unternehmen. Nach einer lebhaften Debatte wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß eine endgültige Entscheidung über die beiden Anträge allein durch die nächstjährige Generalversammlung getroffen werden könne. Dieser Vorschlag des Exekutiv-Komitees wurde einstimmig angenommen.

AUS DER ARBEIT DER GESELLSCHAFT

24. Oktober — Tag der Vereinten Nationen

Auch in diesem Jahr veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen wieder eine Feierstunde, die dem Tag der Vereinten Nationen gewidmet ist. Als Ort wurde Stuttgart ausgewählt, wo die Veranstaltung um die Mittagstunde des 23. Oktober im Gustav-Siegle-Haus durchgeführt wird. Als Redner haben sich die Herren Dr. Eugen Gerstenmaier, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Bundestag, und Ludwig Rosenberg, Mitglied des Bundesvorstands und Hauptabteilungsleiter Ausland des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zur Verfügung gestellt. Herr Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller hat sich bereit erklärt, die Feierstunde einzuleiten, die von einem Streichquartett aus Mitgliedern der Stuttgarter Philharmoniker und des Symphonieorchesters des Süddeutschen Rundfunks musikalisch umrahmt wird.

Insgesamt drei Sonderveröffentlichungen konnten zum diesjährigen UN-Tag herausgegeben werden. Da ist zunächst die deutsche Übersetzung des Flugblatts, das aus diesem Anlaß vom Informationsamt der Vereinten Nationen in New York zusammengestellt wurde. Ferner haben wir zum ersten Male eine kurze Zusammenstellung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen in Form eines Flugblattes, das auch die Anschriften der in Deutschland zuständigen Organisationen oder Dienststellen enthält. Schließlich wurde die Übersicht „50 Punkte über die Vereinten Nationen“, die wir im vergangenen Jahr als Sonderveröffentlichung zum UN-Tag verteilt haben, neu bearbeitet und aufgelegt. — Die beiden zuletzt genannten Schriften sind diesem Mitteilungsblatt beigelegt. Weitere Exemplare können jederzeit beim Generalsekretariat angefordert werden; auch größere Bestellungen werden vorerst ohne Schwierigkeiten ausgeführt werden können.

Seminarwoche in Göttingen

Der Landesverband Niedersachsen der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen führt zusammen mit dem Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen vom 25. bis 29. Oktober 1954 eine Seminarwoche über die Vereinten Nationen für in- und ausländische Studenten sowie Jungakademiker in der Ausbildung in Göttingen durch. Das Programm umfaßt folgende Vorträge:

25. Oktober: Eröffnung durch den Vorsitzenden des Landesverbands Niedersachsen, Dr. Moelle, den Direktor des Instituts für Völkerrecht, Prof. Dr. Erler, und den Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium, Dr. Bojunga.
Dr. A. C. Breycha-Vauthier, Bibliothekar, Palais des Nations, Genf, „Idee und Aufgaben der Vereinten Nationen“.
26. Oktober: Dr. Heinz Küppers, Krefeld, „Die Aufgaben der UNESCO“.
Leg.-Rat Dr. H. von Trützschler, Bonn, „Deutschland und die Vereinten Nationen“.
27. Oktober: Prof. Dr. Eberhard Menzel, Hamburg, „Das Friedenssicherungssystem der Vereinten Nationen und die Frage der europäischen Sicherheit“.
Prof. Dr. Herbert Kraus, Göttingen, „Die Vereinten Nationen und die Menschenrechte“.
28. Oktober: M. Alfred Poignant, Recrutement pour l'Assistance Technique, Bureau Européen, Paris, „Das technische Hilfsprogramm der Vereinten Nationen“.
Mr. E. M. Chossudowsky, Special Assistant to the Executive Secretary of ECE, Palais des Nations, Genf, „Die Aufgaben der europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen“.
Frau Rechtsanwältin Dr. Hildegard Wolle-Egenolf, Wiesbaden, „Die Vereinten Nationen und die rechtliche Stellung der Frau“.
29. Oktober: Prof. Dr. Georg Erler, Göttingen, „Die Vereinten Nationen und die Probleme der europäischen Einigung“.
Prof. Dr. Erich Kaufmann, Bonn, „Probleme der internationalen Gerichtsbarkeit“.
Stud.-Ass. Dr. Gün'her Dohmen, Stuttgart, „Die Aufgabe der Erziehung bei der Förderung internationalen Verstehens“.

Internationales Studienseminar des ISSF

Der ISSF — Internationaler Studentenbund, Studentebewegung für internationale Föderation e. V. — führt in Berlin vom 27. Oktober bis 5. November 1954 ein internationales Studienseminar über

„Die geistige Auseinandersetzung zwischen Ost und West“
durch.